

**Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts
der Freien Universität Berlin**
Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft

Klaus Segbers (Hg.)

**Ost-West-Kompetenz als Ressource
für Berlin?**

Heft 19/1998

© 1998 by Klaus Segbers
Osteuropa-Institut der Freien Universität **Berlin**
Arbeitsbereich Politik und Gesellschaft
Herausgeber: Klaus Segbers Redaktion: Simon
Kaiser, Simone **Schwanitz**

ISSN 1434-419X

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	5
<i>Andreas Brune: UND ES LAG MEHLTAU ÜBER DER STADT</i>	6
1 Anspruch und Wirklichkeit der wirtschaftlichen Osteuropakompetenz Berlins	6
<i>Claudia Kurz: DIE KOOPERATIONSMÖGLICHKEITEN ZWISCHEN DEUTSCHEN UND OSTEUPÄISCHEN UNTERNEHMEN IN BERLIN</i>	9
1 Welche Möglichkeiten der Kontaktaufnahme gibt es?	9
2 In welchem Rahmen können Kooperationsanbahnungen stattfinden?	10
3 Inwieweit kann Berlin in diesem Kontext als ein Kompetenzzentrum für Ost-West-Kontakte bezeichnet werden?	14
<i>Franziska Havemann, Anne Schüttpelz, Anja Würker. DAS PHÄNOMEN „OQ“: OSTEUROPA-KOMPETENTE ARBEITSKRÄFTE IN BERLIN</i>	18
1 Theoretische Vorüberlegungen	19
2 Untersuchungsergebnisse	23
<i>Mir/am Müller. DER OQ IN DER PRAXIS: PERSONELLE OSTEUROPA KOMPETENZ DEUTSCHER UNTERNEHMEN IN LITAUEN</i>	28
1 Vorüberlegungen und Hypothesen	28
2 „OQ“ aus Sicht ostdeutscher Beschäftigter	30
3 „OQ“ aus Sicht der Geschäftsführung	33
4 Zusammenfassung	35
<i>Tobias Raddatz: WIEN - EINE METROPOLE MIT BRÜCKENFUNKTION ?</i>	37
1 Historische Wurzeln - Wiens Verflechtungen mit Osteuropa	37
2 Einwohnerstatistik Wiens 1992 - 1996	39
3 Wirtschaft	40
4 Standort Wien/Österreich	44
5 Fazit	48
<i>Astrid Ahlers, Marion Feldmann, Antje Müller. BERLINER-NGOS: EINE MÖGLICHE RESSOURCE FÜR OST-WEST-KOMPETENZ?</i>	49
1 Was sind NGOs?	50
2 Wo besteht ein Bedarf an Ost-West-Kompetenz?	54
3 Vernetzung von NGOs	58
4 Schlussfolgerungen und Perspektiven	59

<i>Pamela Dorsch, Julia Koch, Christian Thiele: PIROSCHKA-ROMANTIK UND POSTMODERNE PHILOSOPHIE</i>	62
1 Angebot und Programm	62
2 Zielgruppe und Nutzer	65
3 Finanzielle und personelle Ressourcen	66
4 Kooperationspartner	67
5 Berliner Osteuropakompetenz durch die Kulturinstitute?	69
<i>Gisela Neunhöffer. ZWISCHEN WISSENSCHAFTLICHER NEUORIENTIERUNG, EFFIZIENZDRUCK UND POLITISCHER KONZEPTLOSIGKEIT: SOZIAL WISSENSCHAFTLICHE OSTEUROPAFORSCHUNG IN BERLIN</i>	71
1 Einflussfaktoren auf die Entwicklung der Berliner osteuropabezogenen Forschung	71
2 Akteurinnen	72
3 Die Rolle des OEI in der Berliner OE-Forschungslandschaft	74
<i>Nadja Rademacher: FILMSTADT BERLIN - KOMPETENZZENTRUM FÜR DEN AUSTAUSCH MIT OSTEUROPA</i>	75
1 Zur allgemeinen Lage der Filmstadt Berlin	75
2 Zur allgemeinen Lage des osteuropäischen und russischen Films	77
3 Filmfestivals mit besonderem osteuropäischen Bezug in und um Berlin	80
4 Leinwände für Osteuropa jenseits der Festivals	83
5 Initiativen zur Zusammenarbeit zwischen Ost und West	84
6 Die „Filmstadt Berlin“: (noch kein) Kompetenzzentrum für den Austausch mit Osteuropa?	86
<i>Indira Dupuis: BERLIN - STANDORT RUSSISCHER MEDIEN</i>	8
8	
1 Geschlossenes ethnisches System	88
2 Die Medien und ihre Mitarbeiter	89
3 Die Zeitungen: Russkij Berlin/Russkaja Gemanija	90
4 Das Fernsehen	91
5 Das Russische Kulturprogramm	91
6 Werden die Berliner russischsprachigen Medien überleben können?	91
<i>Lars Banzhaf, Simon Kaiser. AUSLÄNDERRECHT UND AUSLÄNDERPOLITIK IN DEUTSCHLAND UND DEREN AUSWIRKUNGEN AUF DIE LEBENS BEDINGUNGEN OSTEUROPÄISCHER ZUWANDERER IN BERLIN</i>	93
1 Ausländerrecht und Zuwanderung nach Berlin	94
2 Die Lebensbedingungen von Zuwanderern in Berlin	97
3 Die Berliner Ausländerpolitik und ihre Akteure	100
4 Nationale und europaweite Ausländerpolitik	105
5 Probleme der Ausländerpolitik	106
6 Denkbare Verbesserungsvorschläge	107
LITERATURVERZEICHNIS	111

Einleitung

Vor etwa einem Jahr fand an der Freien Universität ein Seminar statt, das der Frage nachging, ob der selbstgesetzte Anspruch Berlins, ein Kompetenzzentrum für Ost-West Kontakte zu sein, realitätstüchtig ist. Die ersten Ergebnisse dieser Veranstaltung wurden im Frühjahr 1998 als Themenheft des Berliner Osteuropa-Infos (Nr. 10) veröffentlicht. Damit wurde auch eine Öffnung der FU zu Problemen und Räumen ihrer Stadt dokumentiert.

Die meisten Studierenden, die am Seminar teilnahmen, fanden das Thema und die Atmosphäre so anregend, dass eine Weiterarbeit in Form einer Projekt Werkstatt beschlossen wurde. Weitere Ergebnisse der Studierenden, aber auch viele Reaktionen aus der Stadt auf die erste Publikation halten Sie hier in Händen - die Zusammenstellung teils überarbeiteter, teils neuer Papiere und Aufsätze zum Umgang Berlins mit Osteuropa und dessen zahlreichen Spuren in der Stadt.

Unser Interesse, das kann ich vielleicht verallgemeinernd sagen, war weder nur, einen Anstoß für effektivere Wirtschaftsförderung zu geben, noch nur die Möglichkeiten nichtstaatlicher Kontaktstrategien zu betonen. Beide Dimensionen, aber auch viele weitere Aspekte sollen im Zusammenhang gesehen werden.

Durch Geschichte und geographische Lage, durch Hauptstadtfunktion und Erwartungen von außen ist die Stadt ein Kristallisationspunkt für Beziehungen zu und mit Osteuropa. Auch wenn Berlin für diesen wie für andere wesentliche Aspekte der Hauptstadtrolle nur mäßig gerüstet ist: Das Brückenschlagen zwischen West- und Osteuropa, zwischen Deutschland und den östlichen Nachbarräumen ist eine Rolle, die sie nicht vermeiden kann und die es - diesseits jedes übertriebenen und unrealistischen Metropolen-Enthusiasmus - anzunehmen und zu gestalten gilt.

Viele Aspekte dieser Funktion finden sich in den nachfolgenden Beiträgen: Wie präsentiert sich Berlin im Direktvergleich mit anderen Städten günstiger geographischer Lage, wie z.B. Wien? Was sind die ausländerrechtlichen Grundlagen für den Empfang der Arbeiterinnen, Geschäftsleute, die aus Osteuropa kommen und wie wirken sich diese Bestimmungen auf die Lebensbedingungen der Zuwanderer aus? Welches Interesse haben Berliner Firmen, die in Osteuropa investieren und aktiv werden? Was, umgekehrt zieht osteuropäische Firmen nach Berlin? Welche Kooperationsmöglichkeiten gibt es zwischen Anspruch und Wirklichkeit?

Auch gesellschaftliche und kulturelle Aspekte müssen bedacht werden: Sind die in der DDR sprachlich und anders einschlägig ausgebildeten Menschen heute eine positive „Ressource“ für Kontakte nach Osteuropa? Wie präsentiert sich osteuropäische Kultur in Berlin? Welche Medien bedienen „osteuropäische“ Berliner? Wie werden Entwicklungen in Osteuropa von Berlin aus wissenschaftlich erfasst? Was geschieht im Geflecht der NGOs zwischen Berlin und MOE?

Das Lesen sollte anregen und nachdenklich machen. Gedanken und Meldungen zum Thema sind willkommen.

Klaus Segbers, Dezember 1998

Und es lag Mehltau über der Stadt

Andreas Brune

I Anspruch und Wirklichkeit der wirtschaftlichen Osteuropakompetenz Berlins

Der Spannungsbogen möglicher Antworten auf die Frage, ob wirtschaftliche Kompetenz in bezug auf Osteuropa in Berlin vorhanden ist, wurde durch die Gäste des Kompaktseminars hergestellt: auf der einen Seite Dr. Zielke (Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe / Ost-West-Wirtschaftskooperation), der insgesamt mangelnde Eigeninitiative in Ost- wie in Westberlin feststellt, auf Bundesebene das „Transform-Programm“ für unsinnig erklärt und nach eigenen Angaben schon nach drei Jahren Dienst im Berliner Senat aufgrund der bürokratischen Probleme resignierte - auf der anderen Seite Marco Hardt (Wirtschaftsförderung Berlin GmbH - Projektförderung Osteuropakooperation), der zumindest die Ansätze einer Ost-West-Kompetenz sieht und die positiven wirtschaftlichen Entwicklungschancen Berlins herausstellt (hauptsächlich in den drei Bereichen Medien, Biotechnologie und Verkehrstechnik).

Zwei Dinge sind in diesem Kontext in Gründerzeiten, d.h. der verdoppelten Geschwindigkeit des Modernisierungsprozesses, zu beachten: erstens das Gerede um die Mitte, und zweitens die Zweckmäßigkeit von Zweckoptimismus.

Mitte ist grundsätzlich erst einmal relativ; jeder beansprucht die Mitte für sich, egal, ob er nun in einem Dorf im Thüringer Wald wohnt oder im neuen Debis-Zentrum am Potsdamer Platz. Die Konstruktion von Wirklichkeit bzw. Gemeinschaft hält sich jeweils zuerst an den regionalen Kontext und kann von diesem Punkt ausgehend geweitet sein zu größeren Horizonten, sei es nun in nationaler oder interkultureller Hinsicht.

Innerhalb Berlins zeigt sich diese Relativität z.B. in der Diskussion um die Mitte der neuen und alten Geschäftszentren; ist die Friedrichstraße auf dem Weg, dem Kurfürstendamm den Rang abzulaufen oder liegt die Zukunft in den *Potsdamer Platz Arkaden*, die erst kürzlich eröffnet wurden und sich großer Beliebtheit erfreuen. Das im Entstehen begriffene Einkaufszentrum an der Schönhauser Allee will bescheidener sein und „nur“ das Zentrum (die Mitte) vom Prenzlauer Berg werden.

Es drängt sich die Frage nach dem Sinn einer solchen Mitte-Diskussion auf, zumal es unverständlich ist, warum eine Stadt der Größenordnung Berlins in Zukunft nur ein einziges alles dominierendes Geschäftszentrum haben sollte und nicht zwei oder drei nebeneinander. Dass Berlin zwei Zentren hatte, ist z.B. keine „Erfindung“ der Nachkriegszeit, wurden doch das Theater des Westens und das KDW schon *vor* dem II. Weltkrieg gegründet.

Die Sinn-Frage führt zu der These, dass Diskussionen um Mitte immer etwas zu tun

haben mit Identitätssuche, Rhetorik und Zweckoptimismus, letztendlich die Diskussion um etwas, das es noch nicht gibt. Hierzu ein Zitat von Elmar Pieroth, ehemaliger Senator für Wirtschaft und Beliebe: „Berlin liegt in der neuen Mitte Europas, auf dem Weg zwischen EU und den Reformländern, befindet sich ebenso im Aufbruch.“¹

Dass sich die Perspektive für Berlin nach 1989 geändert hat, wird niemand bestreiten, aber warum muss es ausgerechnet die Mitte des neuen Europa sein? Etwa weil die Bundes-Verantwortlichen 1999 die Stadt beziehen? Rein wörtlich genommen grenzt dieser Gedanke an Vermessenheit, vor allem vor dem Hintergrund der europäischen Wohlstandsachse von Brüssel ausgehend bis beiderseits der Alpen. Auch rein geographische Gesichtspunkte helfen kaum weiter und beweisen eher das Gegenteil. Präziser lässt sich die neue momentane Lage Berlins so beschreiben: Berlin liegt an der Peripherie Deutschlands und der EU sowie mitten (!) in einem „Reformland“ namens Ostdeutschland. Die Peripherie-Lage wird manifestiert durch die derzeit sicherste Außengrenze der EU, die zu Polen. Wer diese Lage nicht erkennt bzw. anerkennt, erleidet unweigerlich einen Realitätsverlust.

Wenn Herr Pieroth von *Mitte* redet, meint er aber noch etwas anderes; die *Mitte* steht in Verbindung zu Berlins gedachter Rolle als Ost-West-Kompetenzzentrum. Die potentiellen amerikanischen Großunternehmen, so in einem Beispiel des Senators, sollen die neuen osteuropäischen Märkte von Berlin aus erobern, der „Mitte Europas“, und eben nicht von etwaigen Konkurrenten wie z.B. Wien, Stockholm oder Helsinki. Nicht nur Wien, sondern auch die nördlichen Metropolen haben allerdings starke historische Argumente für eine solche Drehscheibenfunktion.

Spätestens an dieser Stelle wird also das Gerede von der *Mitte* als Marketing-Rhetorik entlarvt, und der skeptische Leser fragt sich, wie es um die Rolle Berlins als Ost-West-Kompetenzzentrum tatsächlich bestellt ist, wo die Grenze zu ziehen ist zwischen derzeitiger Realität und auf die Zukunft gerichteten Zweckoptimismus. Diese Grenze zu erkennen und kritisch zu beschreiben, frei nach Schiller, ist Aufgabe bzw. die Rolle von Universität.

Selbstverständlich soll damit nicht gesagt werden, dass kein Marketing für Berlin betrieben werden darf oder soll. Der eingangs erwähnte Gast des Kompaktseminars, Marco Hardt, wies auf die eigens hierfür gegründete *Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing - Partner für Berlin* hin. Diese Gesellschaft mit 19 Mitarbeitern arbeitet mit der *Wirtschaftsförderung Berlin GmbH* zusammen und verfolgt dasselbe Ziel, nämlich Investoren in die Region Berlin zu bekommen.

Was Herr Hardt in bezug auf das Seminarthema nicht erwähnte, ist, dass die potentiellen Investoren nicht gerade in Osteuropa gesucht werden; nach eigenen Angaben der Marketing-Firma lief die Werbung für Osteuropa erst Mitte 1997 an und bildet auch bis dato keineswegs den Marketing-Schwerpunkt. Dieser Sachverhalt deckt sich nicht mit der beschworenen Ost-West-Kompetenz und entlarvt Herrn Hardts Äußer-

¹ Berliner Osteuropa Info 10/1998, 30

rung als Zweckoptimismus.

Dabei scheint die Nachfrage aus Osteuropa oder zumindest aus Polen durchaus präsent zu sein; ein weiterer Gast des Kompaktseminars, Dr. Marek Kudla von der *WBK* (Wielkopolski Kreditbank AG - Repräsentanz Berlin) legte ein Buch vor, frisch aus der Druckpresse der Polnischen Botschaft (Hg.), in dem 10 000 Angebote polnischer Firmen nach Branchen geordnet geschrieben stehen, die einen ausländischen (westlichen) Partner wünschen. Nach Meinung von Herrn Hardt müsste dieses Buch Pflichtlektüre für Berliner Unternehmer sein.

Die Nachfrage spiegelt sich auch im gestiegenen Warenaustausch zwischen Berlin und Polen wider, worauf Herr Kudla mit Nachdruck hinwies und die Zahl von 4000 neuen Arbeitsplätzen in Berlin nannte, die im letzten Jahr durch die erhöhten Exporte der Berliner Wirtschaft nach Polen geschaffen wurden. Nach Herrn Kudla wird diese Tendenz anhalten und der Warenaustausch in diesem Jahr nochmals um 10% steigen.

In bezug auf die direkte Präsenz osteuropäischer Firmen in Berlin hat sich die These bestätigt, dass die hiesige Bürokratie und vor allem das derzeit gültige deutsche Ausländerrecht die Gründung von osteuropäischen Unternehmen in Berlin behindern. Herr Kudla forderte deswegen eine kostenlose Kompaktberatung bei Herrn Hardt ein, um die Startbedingungen zu erleichtern. Es ist aber kritisch anzumerken, daß auch die *Wirtschaftsförderungsgesellschaft GmbH* sich nicht über das Ausländerrecht hinwegsetzen kann. Folglich müsste der Berliner Senat in diesem Punkte Handlungsbedarf beim Bund einfordern, um die ausländerrechtlichen Barrieren schrittweise zu räumen.

Die Nachfrage ist also da und wird weiter steigen, weswegen die Präsenz eines Osteuropa-Institutes in Berlin auf jeden Fall seine Berechtigung hat. Sinn macht ein Regionalstudium allerdings nur in Verbindung mit einer fundierten Sprachausbildung. So nannte beispielsweise Gabriele Schaal von der Debis AG u.a. Sprachkompetenz als Einstellungsvoraussetzung.

Doch auch hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander; die eingeforderte Ost-West-Kompetenz steht konträr zu den erheblichen Kürzungen in der Wissenschaftslandschaft Berlins. Die Ressource Wissenschaft als eine der wenigen in Berlin wird offensichtlich nicht erkannt, obwohl die Stadt als Produktionsstandort seit 1989 stark an Bedeutung verloren hat, wie die Statistiken zeigen (Verlust von 200 000 Arbeitsplätzen).

Wenn die Berliner Universitäten nun gezwungen sind, nach den Etat-Kürzungen Umstrukturierungen einzuleiten, sollte die Berliner Wissenschaftslandschaft insgesamt im Auge behalten werden, nicht etwa nur die *Freie Universität* für sich, um zu einer praktikablen Arbeitsteilung zu gelangen. In bezug auf Osteuropa könnte die *Humboldt-Universität* sich z.B. auf die Sprachausbildung konzentrieren, während für den gesellschaftlichen Bereich das *Osteuropainstitut* in Anbindung an das *OSI* (Otto Suhr-Institut) geeigneter erscheint. Eine Konkurrenzsituation zwischen *Freier Universität* und der *Humboldt-Universität* macht jedenfalls unter den gegebenen Bedingungen keinen Sinn (mehr).

Die Kooperationsmöglichkeiten zwischen deutschen und osteuropäischen Unternehmen in Berlin

Claudia Kurz

I Welche Möglichkeiten der Kontaktaufnahme gibt es?

Erste Kontakte in Richtung Osten können expansionswillige deutsche Betriebe über eine Reihe von Berliner Beratungsfirmen aufnehmen, die sich die Vermittlung von Kooperationen und die Unterstützung von KMU (Kleine und Mittlere Unternehmen) in Deutschland und in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOE) sowie den Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) zur Aufgabe gemacht haben.

Eine der wichtigsten Anlaufstellen für Unternehmen in Berlin, der Region sowie im gesamten Bundesgebiet und der Partner aus den MOE Länder ist die Berliner Absatzorganisation, die BAO Berlin Marketing Service GmbH. Sie ist für Fragen des Marktbeitritts bis hin zur Partnersuche, der Kooperation oder des Direktinvestments zuständig. Neben Seminar- und Veranstaltungsangeboten bietet die BAO Länder- und Außenwirtschaftsinformationen, Beratungsleistungen zu den Themengebieten Handel, Kooperation und Niederlassung, die Organisation von Firmengemeinschaftsständen, Präsentationen und Unternehmerreisen an. Mit dem EuRo Info Centre ERIC Berlin ist sie auch zentrale Ansprechpartnerin für alle Fragen der Europäischen Union und deren Förderprogramme¹.

Weitere Kompetenzträger im Ost- West- Geschäft sind neben den Universitäten das Institut für Management und Technologie (IMT), das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das Kooperationsbüro der Deutschen Wirtschaft und die IHK- Gesellschaft zur Förderung der Außenwirtschaft und Unternehmensführung mbH mit ihren Gesellschaftern Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT) und BAO Berlin.

Aktive Unterstützung des Standortes Berlin als Knotenpunkt für Ost- West- Kooperationen leistet das Ost- West- Kooperationszentrum (OWZ) in Berlin- Adlershof, das konkrete Projekte oder Unternehmen berät. Es wurde in gemeinsamer Initiative von Senat und BAO mit dem Ziel gegründet, die Ansiedlung von Firmen aus MOE in Berlin zu erleichtern².

Weitere wichtige Anlaufadressen für erste Anfragen sind die Industrie- und Handelskammern (IHK), in dieser Region speziell die IHK Berlin, und die Außenhandelskammern (AHK), der Ost- und Mitteleuropa Verein e.V. (OMV) mit seinem Berliner Repräsentanzbüro, die Bundesstelle für Außenhandelsinformationen (BfAI), das Bundesministerium für Wirtschaft (BMWi) sowie der DIHT als Dachorganisation.

Je nach Kooperationswunsch steht in Berlin darüber hinaus eine breite Palette an Firmen, Institutionen, Gesellschaften und Banken zur Auswahl, die Kooperationsan-

¹ Berliner Absatzorganisation- BAO Berlin 1997, 5/8- 19.

² Ost-West- Kooperationszentrum: www.owz.izbm.de, recherchiert am 04.12.1997.

bahnungen, Seminare, Veranstaltungen, Unternehmerreisen und Beratung für die Kontaktaufnahme zu Wirtschaftspartnern in MOE anbieten. Weiterhin können sich an Kooperationen interessierte Unternehmen an die entsprechenden Botschaften oder an bilaterale Gesellschaften wenden.

Einige der Einrichtungen, die der Förderung kleiner und mittlerer Wirtschaftsunternehmen dienen, werden in Form einer Tabelle im Anhang aufgeführt³.

2 In welchem Rahmen können Kooperationsanbahnungen stattfinden?

Deutschen Unternehmen, die an Kooperationen mit Osteuropa interessiert sind, stehen in Berlin verschiedene Möglichkeiten der Kontaktaufnahme zur Verfügung. Den größten Rahmen, in dem ein geeigneter Partner gefunden werden kann, bietet hier die Teilnahme an einem „Europartenariat“ sowie Kooperationsbörsen, wie sie z.B. von der BAO Berlin durchgeführt werden. Vor allem in den letzten Jahren haben sich in Berlin zahlreiche Beratungsfirmen etabliert, die sich die Vermittlung von Kooperationen zwischen deutschen und osteuropäischen Firmen zur Aufgabe gemacht haben. Neben der Herausgabe von Kontaktadressen unterstützen sie die Firmen sowohl organisatorisch als auch inhaltlich, bis ein geeigneter Wirtschaftspartner gefunden ist. Ein Dienstleistungsangebot der Industrie- und Handelskammern ist das IHK- Firmenpool- Konzept, das deutsche Unternehmen vor Ort unterstützt und betreut.

2.1 Was ist ein „Europartenariat“?

Das „Europartenariat“ ist ein Programm, das 1987 von der Europäischen Kommission als Teil ihrer Regional- und Unternehmenspolitik ins Leben gerufen wurde. Es ist eine Initiative zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums in benachteiligten Regionen durch Förderung der Zusammenarbeit zwischen kleinen und mittleren Unternehmen und ist ein gemeinsames Projekt der Generaldirektion für Regionalpolitik (GD XVI) und der Generaldirektion für Unternehmenspolitik (GD XXIII)⁴.

In Berlin werden Kooperationsveranstaltungen im Rahmen eines „Europartenariats“ sowie weiterer „Partenariate“ von der IHK - Gesellschaft zur Förderung der Außenwirtschaft und der Unternehmensführung mbH durchgeführt.

Darüber hinaus gibt es „Medpartenariate“, in deren Mittelpunkt Kontakte zu Regionen der Mittelmeerländer stehen und „Asiapartenariate“ mit dem Schwerpunkt asiatischer Länder.

Ein „Europartenariat“ wird folgendermaßen organisiert: Nach der Erstellung eines Konzeptes, das neben einem Antrag auf Fördermittel bei der Europäischen Kommission in Brüssel vorgelegt werden muss, beginnt bei Zustimmung die Suche nach Organisatoren, wie z.B. Industrie- und Handelskammern in den betreffenden Regionen.

³ Berliner Absatz Organisation - BAO Berlin 1997, 27/1 - S. 60/ 46.

⁴ Europartenariat: www.europa.eu.politik, recherchiert am 16.02.1998.

Bei den Vorbereitungen sind neben den Organisatoren weitere Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Wirtschaftsexperten und Informationsstellen, wie das Euro Info Centre, das BRE (Bureau de Rapprochement des Entreprises - Büro für Annäherung der Unternehmen) und das BC-Net (Business Cooperation Network) behilflich. Das 1986 gegründete Euro Info Centre ist ein Hauptelement in der Unterstützung europäischer Unternehmen, wenn es darum geht, sich Informationen über Rechtsbestimmungen, Bedingungen der Unternehmenstätigkeit, Steuern und Standards zu sichern. Durch seine vielfältigen Kontakte zu Handelskammern, Agenturen für Regionalentwicklung und Branchengesellschaften und den Zutritt zu Datenbanken und neuesten Veröffentlichungen ist es ein interessanter Ansprechpartner, vor allem auch für Auskünfte über Programme, Projekte und Rechtsbestimmungen der EU. Das BRE und das BC-Net hingegen unterstützen die Unternehmen beim Auffinden von Auslandspartnern und der Kontaktaufnahme zu ihnen, ähnlich der im Anhang der Arbeit aufgeführten Beratungsfirmen⁵.

Die Grundaufgabe der Organisatoren ist es zunächst, geeignete Empfangsfirmen für die Veranstaltung zu finden, diese durch eine Überprüfung derer Anmeldeformulare zu analysieren und sicherzustellen, dass sie fähig sind, ihr Kooperationsprojekt zu realisieren. Die Geschäftsprofile sowie Kooperationsprojekte der Empfangsfirmen werden in einem Katalog zusammengefasst, der zugleich die wichtigste Informationsquelle jedes „Partenariats“ darstellt. Der Katalog unterstützt die nationalen Berater bei der Suche nach geeigneten Gastunternehmen. Es kommt darauf an, eine möglichst große Anzahl potentieller Kooperationspartner für die Empfangsfirmen ausfindig zu machen und zu dem „Europartnariat“ einzuladen. Zu diesem Zweck werden Einladungen und Anmeldeformulare mit den ausgearbeiteten Katalogen verschickt.

Die Suche nach Vertreterorganisationen im Ausland, die als nationale Berater fungieren, spielt sich im Vorfeld der Organisation ab. Mit ihnen wird ein Vertrag abgeschlossen, in dem ein bestimmtes Budget vereinbart wird. Mit diesem wird die Auswahl und Betreuung einer vorher festgelegte Anzahl von Firmen bezahlt. So hat sich die IHK- Gesellschaft zur Förderung der Außenwirtschaft und der Unternehmensführung mbH im Laufe der Jahre ein Netz von Repräsentationen der Deutschen Wirtschaft in Ost- und Südosteuropa geschaffen, die die Gesellschaft bei der Durchführung ihrer Tätigkeiten unterstützen⁶.

Rechtzeitig vor Beginn der Veranstaltung werden durch die Organisatoren die Terminkalender, in denen die vereinbarten Gesprächstermine festgehalten werden, für die Empfangsfirmen erstellt und ebenso an die entsprechenden Gastfirmen weitergeleitet. Neben einer Besichtigung des Veranstaltungsorts, an dem das „Europartnariat“ stattfinden wird, werden im Vorfeld Unterstützungen und Dienstleistungen wie Transport, Dolmetschervermittlung, Verpflegung, Unterbringung u.a. gesichert sowie

⁵ EU - Phare: Katalog - „baltic sea partenariat 1996“ 1996,22/35 - 247 50.

⁶ Interview - Kooperationsveranstaltungen: Frau Urbig, IHK- Gesellschaft zur Förderung der Außenwirtschaft und der Unternehmensführung mbH, Schönholzer Str. 10-11, 13187 Berlin, geführt im September 1996.

Gespräche mit Experten vieler Fachbereiche ermöglicht. Hier stehen u.a. Banken, Versicherungsunternehmen, Speditionen, Rechtsexperten zur Verfügung.

Am Veranstaltungsort sortieren die Empfangsfirmen ihre Stände wie im Katalog nach Branchen und Nummern. Auch Besucher/Besucher- Gespräche sind erwünscht und möglich und können durch den Zugriff auf einen Systemcomputer und mit Hilfe eines Dolmetschers organisiert werden. Abgesehen von Anreise und Unterbringung müssen die Besuchsfirmen keine Kosten für die Veranstaltung entrichten.⁷

Finanziert werden diese „Partenariate“ im Rahmen des Joint Venture Programms (JOP), einem Programm der EU zur Förderung der Gründung und Entwicklung von Joint Ventures in den MOE Ländern und in den NUS. Neben einer Reihe von Fördermöglichkeiten bietet JOP die Unterstützung von Seminaren und Veranstaltungen an.

Die maximale Höhe des Finanzierungsbeitrages beträgt 50% der förderfähigen Kosten, höchstens jedoch 100.000 ECU. Die restlichen 50% der Kosten müssen durch die Region sowie durch Investitionen und Werbung getragen werden und durch die Katalogfirmen, die einen einmaligen Beitrag für die Durchführung der Veranstaltung zu entrichten haben. Förderfähig sind z.-. Reise- und Aufenthaltskosten sowie Honorare für die im Programm aufgeführten externen Referenten und Kosten die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Durchführung der Veranstaltung stehen wie z.-. Kosten für Beratungs- und Dolmetscherdienste. Um diese finanzielle Unterstützung zu erhalten, muss das Projekt einem an JOP teilnehmenden Finanzinstitut vorgelegt werden, welches es wiederum nach Prüfung und Befürwortung der EU- Kommission unterbreitet. Nach der Genehmigung des Projektes durch die EU kann eine Finanzierungsvereinbarung mit o. g. Finanzinstitut vereinbart werden. Am JOP beteiligte Finanzinstitute sind z.B. die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die IKB Deutsche Industriebank und die DEG Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH sowie deutsche Regionalbanken wie die Investitionsbank NRW, die Landesbank Rheinland Pfalz und die Westdeutsche Landesbank⁸.

Im Unterschied zu „Partenariateri“ werden Kooperationsbörsen zum größten Teil privat finanziert und finden in einem weitaus kleineren Rahmen statt, sind ihnen jedoch in Vorbereitung und Ablauf sehr ähnlich.

Die Kosten, die durch die Organisation entstehen und weiterhin die Mittel für Raummiete, Referentenhonorare, Personal- und Materialkosten beinhalten, werden durch Eintrittsgelder der teilnehmenden Firmen als auch durch Sponsoren getragen. Die BAO Berlin geht von einem Preisniveau von 250.-DM bis 550.-DM aus⁹.

⁷ Interview - Partenariate: Frau Ruh, IHK- Gesellschaft zur Förderung der Außenwirtschaft und der Unternehmensführung mbH, Schönholzer Str. 10-11, 13187 Berlin, geführt im September 1996.

⁸ Europäische Kommission, 1997, 7/1 - 15/19.

⁹ Interview - Kooperationsbörsen: Herr Markus Gaier, Berliner Absatz Organisation - BAO Berlin, Ludwig - Erhard - Bau, Fasanenstraße, 10623 Berlin, geführt am 11.02.1998.

Der Vorteil der Privatfinanzierung einer solchen Börse sind die größere Flexibilität und der geringere Organisationsaufwand zur Mittelakquise.

Ähnlich wie die IHK- Gesellschaft zur Förderung der Außenwirtschaft und der Unternehmensführung mbH und das Kooperationsbüro der Deutschen Wirtschaft, wird die BAO Berlin bei der Organisation und Durchführung ihrer Veranstaltungen von internationalen Beratern und Mitarbeitern unterstützt. Hier ist die BAO Polska zu nennen, die als Dienstleister für deutsche Unternehmen in Polen fungiert. Ein speziell auf Berliner Instanz abzurechnendes Programm aus dem Hause Strieder, kann hier für die Kooperationsvorhaben deutscher Unternehmen mit Polen eingesetzt werden. Es ist das Programm Zukunftsinitiative Ökonomisches Wirtschaften (ZÖW), das aus dem Europäischen Fond für Regionale Entwicklung - EFRE finanziert wird¹⁰.

Darüber hinaus können die im Anhang dieser Arbeit aufgeführten Beratungsfirmen zur Kontaktvermittlung größtenteils auf Adress- Datenbanken zurückgreifen, um Interessenten behilflich zu sein.

Jeder Anbieter hat sich im Laufe der Zeit eine eigene Datenbank aufgebaut. Bei der BAO Berlin sind die Einträge maximal sechs Monate alt sind¹¹. Die Leistungen werden pro Adressauskunft berechnet, wobei die Preise hier sehr variieren.

Während der Kontaktaufnahme werden die Firmen von ihren Kooperationsinstituten betreut. Es werden Unternehmerreisen organisiert, Termine vereinbart oder Seminare veranstaltet. Weiterhin werden anfragende Firmen über alle wichtigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen informiert sowie über Rechts- und Finanzfragen unterrichtet.

2.2 Das IHK- Firmenpool- Konzept

Da neben oben genannten Gründen weitere Hindernisse, wie fehlende Informationsquellen und Kontakte, u.a. bedingt durch nicht vorhandene Sprach- und Landeskennnisse hinzukommen, bietet die Gründung von Firmenpools durch die Industrie- und Handelskammern ein kostengünstiges und effektives Konzept. Im jeweiligen Zielland wird eine ständige Interessenvertretung der am Pool beteiligten Unternehmen aufgebaut. Durch Länder- und Branchenexperten, die auch als Pool- Leiter fungieren, wird den Firmen eine kostengünstige Markteinführung angeboten und die komplette Logistik eines Auslandsbüros, das u.a. Sekretariat und Dolmetscher beinhaltet, angeboten. Weiterhin werden mögliche Abnehmer, Lieferanten und Kooperationspartner vermittelt und Geschäftsreisen im jeweiligen Land vorbereitet und betreut. In das IHK- Firmenpool- Konzept, einem Außenwirtschaftsinstrument und Dienstleistungsangebot der deutschen Industrie- und Handelskammern und der Außenhandelskammern ist auch die IHK- Gesellschaft zur Förderung der Außenwirt-

¹⁰ Ebd.

¹¹ Ebd.

schaft und Unternehmensführung mbH einbezogen und betreut u.a. verschiedene Firmenpools in Osteuropa, wie z.B. in Kiew, Moskau, Lodz und Sofia¹².

Ähnlich funktioniert das im Gewerbehof Berlin Adlershof angesiedelte Ost- West-Kooperationszentrum - O WZ in der Rudower Chaussee 5. Es stellt vor allem osteuropäischen Firmen alle Informationen über Firmengründung und Kontaktaufnahme zu deutschen Firmen zur Verfügung. Für eine Zeit von maximal fünf Jahren können sich die Firmen in diesem Gewerbehof zu günstigen Mietbedingungen niederlassen¹³.

3 Inwieweit kann Berlin in diesem Kontext als ein Kompetenzzentrum für Ost-West-Kontakte bezeichnet werden?

Betrachtet man die Konzentration Berliner Beratungsfirmen, die sich die Vermittlung von Wirtschaftskontakten zwischen Berliner Unternehmen mit Osteuropa zur Aufgabe gemacht haben, stellt sich die Frage, ob Berlin damit auch zum Kompetenzzentrum Ost-West in der Kooperationsanbahnung avanciert ist. Das Argument der geographischen Nähe und die Annahme, dass sich aus der Zeit vor 1989 Verbindungen zur osteuropäischen Wirtschaft gehalten haben, sprechen zwar dafür, halten bei näherer Betrachtung jedoch nicht stand. Mit der Einführung der DM erfolgte ein Wegbruch sämtlicher osteuropäischer Märkte, der auch den Verlust von Kontakten mit sich brachte. Erst langsam werden wirtschaftliche Beziehungen zu Osteuropa wieder aufgenommen und ausgebaut. Beziehungen müssen neu geknüpft werden, da man durch Struktur- und Personalveränderungen in den ehemaligen Partnerfirmen nicht auf alte Verbindungen zurückgreifen kann. Genutzt werden können hingegen Kenntnisse ehemaliger Industrie- und Handelsstrukturen der DDR und der Kammersysteme in Osteuropa. Diesen Vorteil hat sich die 1991 gegründete IHK- Gesellschaft zur Förderung der Außenwirtschaft und Unternehmensführung mbH zu Nutzen gemacht. Da sie aus der DDR Handelskammer in Berlin hervorgegangen ist, waren ihr deren Industrie- und Handelsstrukturen sowie die osteuropäischen Kammersysteme bestens bekannt¹⁴.

Den Anteil Berlins am Außenhandel nach Osteuropa festzustellen, gestaltet sich schwierig. Der Wegfall der Berliner Steuervergünstigungen hat auch den Beratungsfirmen für Kooperationsanbahnung schwer zu schaffen gemacht. Betrachtet man jedoch die Vielzahl der vor allem seit 1990 geschaffenen Institutionen, die sich die Vermittlung von Kooperationen zu Osteuropa zur Aufgabe gemacht haben, lässt sich darin eventuell ein Trend Berlins zu einer wichtigen Region im Handel zu Osteuropa und damit auch in der Kooperationsvermittlung zu Osteuropa erkennen. Informationen, die von interessierten Firmen benötigt werden, sind mittlerweile frei verfügbar und können u.a. über das Internet abgerufen werden. Der Referent für Ost/West Kooperation in der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe, Herr Dr. Zielke, be-

¹² IHK 1996.

¹³ Ost-West- Kooperationszentrum: www.owz.izbm.de, recherchiert am 04.12.1997.

¹⁴ Interview - Partenariate: Frau Ruh, IHK- Gesellschaft zur Förderung der Außenwirtschaft und der Unternehmensführung mbH, Schönholzer Str. 10-11, 13187 Berlin, geführt im September 1996.

tonte allerdings, dass andere Zentren ähnliche Kompetenzen hätten um global interessant zu sein. Aufzuführen sei hier die Stadt Wien, die sowohl ihre geographische Nähe zu Osteuropa nutzen könne, als auch über lange Zeit gewachsene Ost/West Kontakte verfüge¹⁵.

In den Gesprächen ist deutlich geworden, dass Berlin große Ressourcen als Dienstleister aufzuweisen hat. So schlug Dr. Zielke einen Begleitservice für an Kooperationen interessierte Unternehmen vor. Markus Gaier von der BAO Berlin sieht das mögliche Dienstleistungsangebot Berlins eher in den Bereichen Infrastruktur und Altlastenbeseitigung. Durch den Mauerfall und das Zusammenwachsen Berlins wurde der Wiederaufbau der städtischen Infrastruktur sowie eine Umstrukturierung der Versorgungssysteme notwendig. In Folge dessen hat Berlin in diesen Bereichen momentan eine Konzentration von Kompetenzträgern zu bieten, wie auch in der Umwelttechnologie. Für diese bestand und besteht vor allem im Berliner Umland beispielsweise bei der Entsorgung militärischer Altlasten Bedarf. Berlin verfügt damit in den genannten Bereichen über ein Potential an Spezialisten, deren Dienstleistungen in Osteuropa gefragt sind¹⁶.

Der Trend Berlins, sich auch wirtschaftlich nach Osteuropa zu orientieren, ließe sich mit Hilfe der Berliner Politik weiterentwickeln. Momentan ist zwar eine klare Ausrichtung nach Osteuropa in den Bereichen Kultur und Politik zu verzeichnen, auf wirtschaftlicher Ebene geschieht jedoch weniger. In den Landesverbänden der PDS, der Grünen und der FDP stehen keine Ansprechpartner zur Entwicklung von Wirtschaftskooperationen mit Osteuropa zur Verfügung.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises „Europa und Außenpolitik“ der FDP, Kai Erhardt, berichtete allerdings über eine geplante Zusammenarbeit mit weiteren Parteien zum Thema Ost/West, die auch einen Schwerpunkt Wirtschaft beinhalten soll¹⁷. Zuversichtlich stimmen auch die Zukunftsprognosen des Landesverbandes Bündnis 90 Die Grünen. Vollrat Kühn stellte eine Weiterentwicklung gemeinsamer Förderkonzeptionen mit den Nachbarländern Polen und Tschechien in Aussicht, so daß in Zukunft neue Europaregionen entstehen könnten¹⁸.

¹⁵ Interview - Ost- West- Kompetenz : Herr Dr. Zielke, Referent für Ost- West- Kooperation in der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe, Interview im OEI der FU Berlin, Garystraße 55, 14195 Berlin, geführt am 16.02.1998.

¹⁶ Interview - Kooperationsbörsen: Markus Gaier, Berliner Absatz Organisation - BAO Berlin, Ludwig - Erhard - Bau, Fasanenstraße, 10623 Berlin, geführt am 11.02.1998.

¹⁷ Interview - Wirtschaftspolitik der FDP: Kai Erhardt, FDP Landesverband Berlin, Seydelstraße 19, Berlin, geführt am 09.02.1998.

¹⁸ Interview - Wirtschaftspolitik der BUndnis 90/ Die Grünen: Vollrat Kühn, Niederkirchnerstraße 5, 10111 Berlin, geführt am 08.02.1998.

Überblick über einige ausgewählte Beratungsfirmen:

Beratungsfirmen	Länder/Regionen	Dienstleistungen	Datenbanken
<i>Ost/West- Kooperationszentrum (OWZ)</i> Rudower Chaussee 5 12489 Berlin Tel: 63926000 Gründung: 01.07.1997	Baltische Staaten, Belarus, Bulgarien, Polen, Russland, Slowakei, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn	Beratung und Kooperationsanbahnung	Kooperationsdatenbanken
<i>BAO BERLIN Marketing Service GmbH</i> Fasanenstraße 10623 Berlin Tel: 315100 Gründung: 1950	Sämtliche MOE Länder Schwerpunkte: Polen und Russische Föderation	Kooperationsanbahnung, Seminare, Veranstaltungen, Unternehmerreisen, Beratung, Berufsbegleitende Weiterbildung	Wirtschaftspartner Berlin
<i>Kooperationsbüro der Deutschen Wirtschaft</i> Es existieren eine Hauptstelle: Uhlandstraße 28 107 19 Berlin Tel: 8826596 und eine Zweigstelle: Schönholzer Str. 10-11 13 187 Berlin Tel: 48806451 des Büros. Gründung: 01.06.1991	Albanien, Baltische Staaten, Belarus, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Jugoslawien (Serbien und Montenegro), Kasachstan, Kroatien, Mazedonien, Moldawien, Polen, Rumänien, Russland Slowakei, Slowenien, sonstige GUS, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Usbekistan	Beratung, Kooperationsanbahnung, Rechtsberatung, Seminare, Veranstaltungen, Unternehmerreisen	Computergestützte Kooperationsbörse
<i>IHK- Gesellschaft zur Förderung der Außenwirtschaft und Unternehmensführung mbH</i> Schönholzer Str. 10-11 131 87 Berlin Tel:488060 Gründung: 31.07.1990	Belarus, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Jugoslawien (Serbien und Montenegro), Kroatien, Mazedonien, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine	Kooperationsanbahnung, Seminare, Veranstaltungen, Unternehmerreisen, Beratung, Finanzierung	Computergestützte Kooperationsbörse MOE
<i>Wirtschaftsförderung Berlin GmbH</i> Hallerstraße 6 10587 Berlin Tel:7399800 Gründung: 1978	Polen, Russland, Tschechische Republik	Kooperationsanbahnung, Seminare, Veranstaltungen, Unternehmerreisen, Beratung, Finanzierung	
<i>Unternehmerverband Berlin</i> Genslerstraße 13 13055 Berlin Tel: 98 18500 Gründung: 02.08.1991	Baltische Staaten, Polen, Russland, Slowakei, sonstige GUS, Tschechische Republik, Ungarn	Kooperationsanbahnung, Seminare, Veranstaltungen, Unternehmerreisen, Beratung	Firmen-Datenbank

Beratungsfirmen	Länder/Regionen	Dienstleistungen	Datenbanken
<i>OST- WEST Consult Unternehmensberatung GmbH & Co. Management KG</i> Genthiner Straße 48 10785 Berlin Tel:2459730 Gründung: 1989	Bulgarien, Polen, Russland, Tschechische Republik, Ungarn	Kooperationsanbahnung, Seminare, Veranstaltungen, Beratung	
<i>KPMG Deutsche Treuhand- Gesellschaft AG Niederlassung Berlin</i> Kurfürstendamm 207-208 107 19 Berlin Tel: 886120 Gründung: 1890	Albanien, Baltische Staaten, Belarus, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Jugoslawien (Serbien und Montenegro), Kasachstan, Kroatien, Mazedonien, Moldawien, Polen, Rumänien, Russland, Slowakei, Slowenien, sonstige GUS, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Usbekistan	Kooperationsanbahnung, Beratung, Finanzierung, Rechtsberatung, Steuerberatung	
<i>CMS Unternehmensberatung AG</i> Genthiner Straße 48 10785 Berlin Tel:2459730 Gründung: 1988	Bulgarien, Polen, Russland, Tschechische Republik, Ukraine	Kooperationsanbahnung, Seminare, Veranstaltungen, Beratung	
<i>Bundesverband mittelständischer Wirtschaft, Bundesgeschäftsstelle Berlin</i> Rodelbergweg 8 12437 Berlin Tel:5332060 Gründung: 1975	Polen, Slowakei, Slowenien, Ungarn Tschechische Republik	Kooperationsanbahnung, Beratung, Unternehmerreisen	Pool für deutsche und ausländische mittelständische Firmen
<i>BBJ Service GmbH</i> Alt Moabit 73 10555 Berlin Tel:39998512 Gründung: 19.01.1990	Polen, Russland, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn	Kooperationsanbahnung, Seminare, Veranstaltungen, Beratung, Projektmanagement, Berufsbegleitende Weiterbildung	ADRESSDAT, EUROSTAT, FOERDAT, LEXDAT, TEXTDAT
<i>ABU Consult GmbH</i> Georgenstraße 35 101 17 Berlin Tel:2039550 Gründung: 01. 11. 1991	Armenien, Belarus, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Jugoslawien (Serbien und Montenegro), Kasachstan, Kroatien, Moldawien, Polen, Ukraine, Rumänien, Russland, Slowakei, Slowenien, sonstige GUS, Ungarn, Tschechische Republik, Usbekistan	Kooperationsanbahnung, Seminare, Veranstaltungen, Beratung, Unternehmerreisen	Osteuropa- Experten- Pool

Das Phänomen „OQ“: Osteuropa-kompetente Arbeitskräfte in Berlin

Franziska Havemann, Anne Schüttpelz, Anja Würker

„ Es gibt sehr viel Masse in Berlin - die Frage ist, inwieweit dieses Potential wirtschaftlich relevant ist. “ (Dr. Erich Zielke, Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe)

„ Um das Potential, was da ist, besser zu nutzen, bedarf es anderer politischer Ansätze. “ (Thomas Berger, humanitarian cargo carriers)

Über den „Zukunftsmarkt Osteuropa“ wird viel geredet, gerade auch in Berlin.¹ Es wird angenommen, dass Osteuropa für Berlin in Zukunft ein wichtiger Partner und Bezugspunkt sein wird: „Osteuropa kann für Berlin vielleicht zu einer der wichtigsten Ressourcen räumlicher und städtischer Entwicklung werden.“² Davon ausgehend stellte sich das Seminar „Berlin - Kompetenzzentrum für Verbindungen nach Osteuropa?“ die Frage nach den relevanten Akteuren und ihren Strategien zur Gestaltung der Beziehungen zwischen beiden Regionen.

Die Arbeitsgruppe „Humankapital“ widmete sich den individuellen Akteuren und ihren Kompetenzen. Der Begriff „Humankapital“ impliziert dabei die wirtschaftstheoretische Überlegung, daß eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung nicht nur von Investitionen in die Produktionskapazitäten, sondern auch von den Qualifikationen der Arbeitskräfte abhängig ist. Wir haben uns auf dieser Grundlage auf die wirtschaftliche Bedeutung osteuropabezogener Qualifikationen konzentriert.

Die Humankapitaltheorie stellt das Arbeitskräfteangebot in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen und untersucht den Zusammenhang zwischen Qualifizierung und Position der Individuen auf dem Arbeitsmarkt. Einfach gefasst: Je qualifizierter die Arbeitskräfte, desto bessere Jobs erhalten sie und desto stärker entwickeln sich Produktivität und wirtschaftliches Wachstum. Nicht vernachlässigt werden darf jedoch auch die Nachfrageseite - die beste Qualifikation nützt wenig, wenn (aus welchen Gründen auch immer) kein wirtschaftlicher Bedarf der Unternehmen an dieser Qualifikation besteht. Auf diese Problematik verweisen die beiden Eingangszitate, die für Berlin genau diese Situation unterstellen: mengenmäßig sei ein großes Potential osteuropa-kompetenter Arbeitskräfte vorhanden, die Qualifikationen seien jedoch nicht nachfragegerecht.

Unterschiedlich wird jedoch die Ursache für diesen *mismatch* eingeschätzt. Eine Argumentationslinie zielt auf inhaltliche Fehlqualifikationen der Arbeitskräfte, die andere auf mangelnde Bereitschaft der Unternehmen, sich im Bereich Osteuropa zu

¹ So heißt es in offiziellen Verlautbarungen des Berliner Senats: „Insbesondere für Berlin ist die Orientierung nach Osteuropa aus Geographie und historischer Verbindung heraus fast zwingend.“ (Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen 1996, 56.)

² Segbers, Klaus: Konzept der LV Berlin - Kompetenzzentrum für Verbindungen mit Osteuropa?, WS 1997/98.

engagieren und entsprechend qualifizierte Arbeitskräfte zu beschäftigen. In beiden Fällen ist auch die Politik angesprochen, eine verbesserte Allokation am Arbeitsmarkt und daraus zu erwartende wirtschaftliche Impulse für Berlin aktiv zu unterstützen.

Diesen Komplex der personellen Ressourcen Berlins für erfolgreiche Kooperationen mit Osteuropa hat die Arbeitsgruppe „Humankapital“ mit folgenden Fragestellungen untersucht:

1. Über welche osteuropabezogenen Qualifikationen verfügen Berliner Arbeitskräfte?
2. Besteht Bedarf an entsprechenden Qualifikationen auf Unternehmensseite?
3. Wie wird das vorhandene Potential genutzt, und welche Probleme bestehen bei der Koordination von Angebot und Nachfrage?

Ausgehend von einer eigenen inhaltlichen Definition von „Osteuropa-Kompetenz“ (OQ)³ haben wir unsere Untersuchungen auf ostdeutsche Führungskräfte konzentriert, die zu DDR-Zeiten in Osteuropa studiert haben. Wir nehmen dabei an, dass diese Personengruppe, insbesondere wenn die Kontakte nach Osteuropa auch nach dem Studium gepflegt wurden, über die umfangreichsten Osteuropa-Kompetenzen verfügt. Nachfrage und Nutzung solcher Qualifikationen lassen sich unseres Erachtens daher an dieser Gruppe besonders gut exemplarisch beleuchten. Außerdem verfügt Berlin - rein quantitativ betrachtet - allein aus den Reihen solcher ehemaliger DDR-Kader vermutlich über das umfangreichste Potential an osteuropakompetenten Arbeitskräften in der Bundesrepublik überhaupt.⁴

Methodisch haben wir unsere Fragestellung auf zwei Wegen bearbeitet - über standardisierte Fragebögen an ostdeutsche Akademiker mit Osteuropa-Erfahrung (kurz: Osteuropa-Experten) und über Interviews mit demselben Personenkreis bzw. anderen Akteuren aus Wirtschaft und Politik. Zunächst soll auf unseren theoretischen Hintergrund, die Definition des OQ und unsere Hypothesen eingegangen werden.

I Theoretische Vorüberlegungen

Aus der Humankapitaltheorie lassen sich einige für unsere Fragestellung relevante Annahmen über die Qualifikationen von Arbeitskräften ableiten.⁵

³ Die Abkürzung OQ für Osteuropa-Kompetenz lehnt sich an das vom Intelligenzquotienten „IQ“ abgeleitete Kürzel „EQ“ für soziale Kompetenz an. Damit soll unterstrichen werden, dass nach unserer Ansicht Osteuropa-Kompetenz nicht nur aus Sprachkenntnissen etc. besteht, sondern in großem Maße auch aus dem Wissen um spezifisch osteuropäische kulturelle Werte und Verhaltensmuster.

⁴ Über die Gesamtzahl an Berlinern, die in Osteuropa studiert haben, gibt es keine Angaben. Laut Aussage der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe gibt es in der Stadt allerdings allein ca. 15.000 ehemalige Mitarbeiter des DDR-Außenhandels (von insgesamt 22.000), denen zum überwiegenden Teil ein hoher OQ in unserem Sinne unterstellt werden darf.

⁵ Die Humankapitaltheorie wurde zu Beginn der sechziger Jahre mit Arbeiten von G.S. Becker, J. Mincer, W. Oi und T. Schultz entwickelt, (vgl. Sesselmeier, Blauermeil 1990, 57).

Nach der Theorie investieren Individuen solange in ihre Ausbildung, wie die Kosten dafür geringer sind als die erwarteten Einkommensgewinne durch die Qualifizierung. Unterschieden wird zwischen allgemeinen Qualifikationen, die überall am Arbeitsmarkt angewendet werden können, und unternehmensspezifischen Qualifikationen. Osteuropabezogene Kompetenzen sind sicherlich spezifischer Natur, allerdings nicht auf bestimmte Unternehmen, sondern auf bestimmte Wirtschaftsbereiche bezogen. Es muss daher erwartet werden, dass die Kosten für entsprechende Ausbildungen weniger von einzelnen Firmen als von den Individuen selbst, der Gesellschaft bzw. intermediären Akteuren (z.B. IHK, Gewerkschaften etc.) übernommen werden. Unzureichend sind diese Aussagen deshalb, weil Ausbildung generell nicht ausschließlich gewinnorientiert erfolgt, sondern einen sozialen Wert an sich darstellt. D.h. Menschen erwerben sich z.B. Qualifikationen in Bezug auf Osteuropa ohne große Rücksicht auf deren „Verwertbarkeit“. Hinzu kommt, dass einmal erworbenes „Humankapital“ durch technische und arbeitsorganisatorische Entwicklungen wieder „entwertet“ werden kann. Dieser Aspekt trifft auch auf viele Osteuropa-Qualifikationen ehemaliger DDR-Bürger zu.⁶ Da „Humankapital“ im Unterschied zu Geldkapital nicht frei verfügbar, sondern an bestimmte Personen gebunden ist, kann es hierdurch zu kaum zu beseitigenden Über- oder Fehlqualifikationen (gemessen am Arbeitsmarktbedarf) kommen.

In der Humankapitaltheorie wird „Humankapital“ ausschließlich als eindimensional differenzierte Größe betrachtet: Der Erfolg auf dem Arbeitsmarkt (in Form von Einkommen, Beschäftigung und Arbeitsplatzsicherheit) bestimmt sich lediglich aus Dauer und Kosten der Ausbildung. In unserem Falle hieße das, je umfangreicher die osteuropabezogene Ausbildung und je länger der Aufenthalt in Osteuropa bzw. die Beschäftigung in entsprechenden Aufgabenbereichen, desto aussichtsreicher die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Unter Berücksichtigung der Nachfrageseite ist für den Erfolg des Einzelnen jedoch ebenso relevant, in welchem Umfang überhaupt ein Bedarf an Osteuropakompetenz besteht und vor allem welche Art von Qualifikationen gefragt sind.

Um Angebot und Nachfrage an Osteuropa-Kompetenz in Berlin vergleichen zu können, ist es daher unerlässlich, den Begriff näher zu bestimmen. Dieses Unterfangen steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage nach dem Konstrukt „Osteuropa“. Ohne auf die Diskussion zu diesem Thema näher eingehen zu wollen, lässt sich für unsere Zwecke darunter die Gesamtheit aller ehemals sozialistischen Länder im geographischen Raum Europa verstehen. Diese haben gemeinsam, dass sie aus westlicher Sicht erst vor kurzem, mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“, wirtschaftlich interessant geworden sind und sich in einem tiefgehenden gesellschaftlichen Umwandlungsprozess („Transformation“) befinden. Das für die Markterschließung und Zusammenarbeit mit dieser Region notwendige Fachwissen lässt sich als Osteuropa-Kompetenz bezeichnen und betrifft sowohl Sprachen und Kultur(en) dieser Region

⁶ Oder wie es Dr. Erich Zielke von der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe im Interview am 20. 2.1998 ausdrückte: „Krass gesagt - die können nix. Was die können ist COMECON-Außenwirtschaftsschrott.“

als auch politische, wirtschaftliche und soziale Strukturen. Für letztere ist aufgrund der Transformationssituation charakteristisch, dass Bruchstücke der alten (sozialistischen, planwirtschaftlichen) Ordnung neben Neuem (demokratischen und marktwirtschaftlichen Elementen) bestehen.⁷ Im Verhältnis zu westlichen Gesellschaftsordnungen werden als strukturelle Besonderheiten Osteuropas vor allem eine nach wie vor zentrale Rolle des Staates sowie gleichzeitig eine Vielfalt informeller Beziehungen thematisiert. Für die Kooperation mit osteuropäischen Akteuren ist entsprechend die Kenntnis um andersartige Arbeitsabläufe, Organisationsformen und soziale Beziehungen ein entscheidender Faktor.

Osteuropakompetenz beinhaltet demzufolge sowohl allgemeine „interkulturelle“ Kenntnisse, wie sie auch bei Kooperationen mit anderen Partnerländern notwendig sind (z.B. Sprach-, Mentalitäts-, Landeskennnisse, aber auch Fähigkeiten wie Anpassungsfähigkeit, Einfühlungsvermögen, Offenheit gegenüber fremden Kulturen) als auch spezielle Kenntnisse der osteuropäischen Transformationssituation. Analytisch setzen sich diese unseres Erachtens zusammen aus dem Wissen über das vergangene, sozialistische System und seine Funktionsweise, aus dem entsprechenden Wissen über das „Zielsystem“ (demokratische und marktwirtschaftliche „Spielregeln“) sowie einem, durchaus auch länderspezifischen, Verständnis für die Besonderheiten der Übergangssituation. Wir sind der Überzeugung, daß diese Qualifikationen (mehr noch als bei Kompetenzen in Bezug auf andere Länder) letztendlich nur durch gelebte Erfahrungen „vor Ort“, d.h. in Osteuropa, gesammelt werden können. Insbesondere die Vertrautheit mit der Umbruchsituation und der Bedeutung von Beziehungsnetzwerken lassen sich kaum theoretisch erwerben.

Aufgrund dieser Überlegungen sind wir zu folgenden Hypothesen in Bezug auf unsere Fragestellungen gelangt:

1. Ostdeutsche verfügen als Gruppe über einen relativ hohen OQ (d.h. viele der genannten Merkmale von Osteuropa-Kompetenz sind stark ausgeprägt).

Sprach- und Landeskennnisse in Bezug auf Osteuropa sind generell als überdurchschnittlich im Vergleich zu Westdeutschen anzunehmen, da zu DDR-Zeiten wesentlich engere Beziehungen zu anderen osteuropäischen Ländern bestanden (obligatorischer Russischunterricht, häufige berufliche und außerberufliche Kontakte zu RGW-Ländern, insbesondere Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn). Hinzu kommt die persönliche Erfahrung der Transformationssituation, in diesem Falle des Übergangs von der DDR zur Bundesrepublik, die mit entsprechenden Systemkenntnissen und einem Verständnis für die notwendigen Lernprozesse verbunden ist.

2. Berlin verfügt über ein großes Potential osteuropakompetenter Arbeitskräfte.

Z.T. ergibt sich diese Annahme aus dem unter 1. Gesagten. Außerdem ist aufgrund der Zentralisierung der außenpolitischen und -wirtschaftlichen Beziehungen zu DDR-Zeiten in Berlin eine entsprechend überdurchschnittlich große Gruppe an Personen mit beruflichen Osteuropa-Kontakten in Ostberlin zu vermuten. Hinzu kommen osteuropakompetente Westberliner, die durch Studium, Beruf

⁷ vgl. z.B. Stark, 1995.

und/oder private Kontakte ihren OQ erworben haben.

3. Es besteht ein großer Bedarf an osteuropakompetenten Arbeitskräften.

Diese Vermutung stützt sich auf die in der Einleitung genannten Äußerungen in Bezug auf Berlins Engagement in/mit Osteuropa, die Entwicklung des Außenhandels zwischen beiden Regionen⁸ sowie der regen Teilnahme von Berliner Unternehmen an entsprechenden Kontaktbörsen des Berliner Senats⁹.

4. Das vorhandene „Humankapital“ wird trotzdem nicht in ausreichendem Maße genutzt: es gibt sowohl ein „Überangebot“ an entsprechenden Arbeitskräften als auch einen *mismatch* zwischen angebotenen und nachgefragten Qualifikationen.

Die Kooperation mit Osteuropa ist bisher eher eine Zielvorstellung Berliner Politik, die erst in Ansätzen verwirklicht ist. Wirtschaftliches Engagement in Mittel- und Osteuropa gilt als stark risikobehaftet. Die wirtschaftlichen Beziehungen sind vermutlich heute weniger intensiv als vor 1990 in der DDR bzw. Ostberlin. Viele Osteuropaexperten passen aufgrund anderer Qualifikationen (Fachwissen, Berufserfahrung usw.) bzw. persönlicher Eigenschaften (Alter, berufliche Sozialisation usw.) nicht in das Anforderungsprofil der Unternehmen.

5. Derzeit wird kaum in Osteuropakompetenz investiert; vorhandene Qualifikationen veralten in starkem Umfang.

Infolge des „Überangebots“ bestehen dazu sowohl für den einzelnen Arbeitnehmer als auch für die Unternehmen nur geringe Anreize. Die Berliner Politik unternimmt in geringem Umfang entsprechende Bemühungen (Kontaktbörsen, Förderung entsprechender Weiterbildungsprogramme durch das Arbeitsamt), eine gezielte Strategie zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa ist jedoch nicht erkennbar.¹⁰ Mangelnde Berufserfahrung aufgrund der Arbeitsmarktlage führt unter diesen Umständen bei vielen Osteuropaexperten zu einem rapiden Veralten ihrer Qualifikationen und damit zu weiter verschlechterten Chancen, ihren OQ angemessen nutzen zu können.

6. Die besten Arbeitsmarktchancen im Osteuropabereich haben Ostberliner mit Ausbildung in Osteuropa und entsprechender anschließender Berufstätigkeit, denen zudem nach der Wende der „Anschluss“ geglückt ist.

Dies ergibt sich als Schlussfolgerung aus den übrigen Hypothesen. „Knackpunkt“ ist die Frage, inwieweit es Osteuropaexperten unter den veränderten Rahmenbedingungen seit 1990 gelungen ist, ihren OQ mit nachfragerlevanten Fachqualifikationen und sozialen Kompetenzen zu verknüpfen. Unter den beschriebenen Bedingungen ist zudem davon auszugehen, dass der OQ hauptsächlich durch *training-on-the-job*, d.h. kontinuierliche Berufserfahrung im Osteuropabereich, aufrechterhalten bzw. verbessert werden konnte. In allen anderen Fällen ist mit Kompetenzverlusten und entsprechend weiter verschlechterten Arbeitsmarktchancen zu rechnen.

Wir haben daher exemplarisch die Osteuropakompetenzen ehemaliger DDR-

⁸ Der Anteil der Exporte Berlins nach Mittel- und Osteuropa an der gesamten Ausfuhr hat sich (ausgehend von einem relativ niedrigen Niveau) seit 1992 fast verdoppelt. (Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe, 1998.)

⁹ z.B. im Oktober und Dezember 1997.

¹⁰ vgl. auch die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Berliner Ostpolitik“.

Studenten, die diese während einer Ausbildung in Osteuropa gewonnen haben, und deren heutige Nutzung untersucht.

2 Untersuchungsergebnisse

2.1 Der OQ ostdeutscher Osteuropa-Studenten

Zu DDR-Zeiten haben insgesamt mehrere zehntausend junge Leute im Rahmen von Austauschprogrammen mit den anderen sozialistischen Ländern oder Weiterbildungen in Osteuropa studiert. Wie viele davon derzeit in Berlin leben, lässt sich nicht feststellen. Wir haben unsere Interviewpartner in Vereinen ehemaliger Studenten (z.B. DAMU - Deutsche Assoziation der Absolventen und Freunde der Moskauer Lomonossow-Universität), über persönliche Kontakte und über Beziehungen im Rahmen des Projektseminars gefunden.

Insgesamt haben wir derzeit 21 verwertbare Fragebögen sowie einige persönliche Gespräche zur Auswertung zur Verfügung. Die meisten Befragten sind Männer, jedoch sind auch sechs Frauen vertreten. Das Alter liegt zwischen 29 und 58, im Durchschnitt bei 39. 14 Befragte (darunter alle Frauen) sind verheiratet, fünf ledig, zwei geschieden. Drei der Verheirateten hatten über ihre Ehefrau verwandtschaftliche Beziehungen nach Russland, alle anderen gaben an, keine familiären Bindungen nach Osteuropa zu besitzen. Die Kinder der mit Russinnen Verheirateten wachsen zweisprachig auf.

Vom Hintergrund her sind die Befragten - aufgrund der Auswahlkriterien für Auslandsstudenten - typische „DDR-Kader“: nur zwei hatten Familienbeziehungen nach Westdeutschland, die Eltern waren überwiegend Arbeiter (sechs Fälle) und Akademiker (sechs Fälle; in weiteren fünf Fällen war die Mutter Arbeiterin oder Hausfrau und der Vater Akademiker, in zwei Fällen war es umgekehrt), elf hatten vor dem Studium eine Berufsausbildung absolviert (darunter zwei Frauen). Als Eignungsvoraussetzungen wurden zudem durchgängig gute bzw. sehr gute schulische Leistungen genannt. Weitere Auswahlkriterien waren Funktionen in der FDJ (drei Nennungen), die Verpflichtung zu einer verlängerten Armeezeit (zwei Nennungen), berufliche Leistungen bzw. der erlernte „Arbeiterberuf“ (Angabe eines Heizungsinstallateurs, hat Bauwesen studiert), verstärkter Russischunterricht (an einer sogenannten Russischschule ab der 3. Klasse), Teilnahme an Mathematik- und Physikolympiaden (Angabe eines Physikstudenten) sowie „Glaube an den Sozialismus à la DDR“ - der sogenannte Klassenstandpunkt. Allein für die Studienbewerbung war bereits eine Delegation durch Schule/Betrieb und die staatlichen Stellen (Abteilung Volksbildung der Kreisverwaltung) notwendig. Die Entscheidung für das Auslandsstudium beeinflussten daher neben den Eltern (sechs Nennungen) und Freunden/ Bekannten (vier Nennungen) vor allem der Betrieb und die Lehrer (neun Nennungen). Aus Sicht der Studenten überwogen solche Gründe wie Abenteuerlust und Interesse an einem fremden Land (21 Nennungen), die persönliche Herausforderung (sechs Nennungen), der Spracherwerb (fünf Nennungen), das mit dem Auslandsstudium verbundene Prestige (drei Nennungen) und die Qualität der Ausbildung (zwei Nennungen). In den

meisten Fällen bezogen sich diese Gründe nicht auf Osteuropa bzw. ein spezielles Land, sondern allgemein auf „das Ausland“ - nur waren die entsprechenden Möglichkeiten *de facto* auf Osteuropa begrenzt.

Elf Befragte haben Fachrichtungen studiert, die es aufgrund der inhaltlichen Ausrichtung nach der Wende schwer gemacht haben, die berufliche Laufbahn ungebrochen fortzusetzen, nämlich wirtschaftliche und informationstechnisch orientierte Studiengänge. Außerdem wurden Physik (dreimal) sowie Schienenfahrzeugbau, Bauwesen, Maschinenbau, russische Sprache und Literatur, Mathematik, Automatisierung und Medizin genannt. Bis auf die Ärztin und eine Wirtschaftswissenschaftlerin, die in Bulgarien studierten, waren alle anderen in der Sowjetunion (Moskau, Leningrad, Kiew, Odessa, Jerewan). Da die meisten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen in Berlin heute mit Russland geknüpft werden, sind die während des Studiums erworbenen Sprach- und Landeskenntnisse durchaus nach wie vor relevant.

Bis auf einen waren alle Befragten (z.T. nach weiterführenden Studien in Deutschland) durchgängig berufstätig. Die Ausnahme betrifft einen Informationstechniker, der 1994/95 eine Umschulung machte und seitdem als Netzwerkingenieur arbeitet. Die Kontinuität betrifft bei den meisten auch die Inhalte des Studiums und der Berufstätigkeit; drei Befragte haben allerdings den Beruf gewechselt. Eine Volkswirtschaftlerin arbeitete nach dem Ende ihrer Tätigkeit bei der Plankommission der DDR in einem Rechenzentrum und als Bildungsreferentin bevor sie sich 1996 mit einem Büroservice für in Rußland tätige Unternehmen selbständig machte, die Schienenfahrzeug-Ingenieurin arbeitet heute in einer Personalverwaltung, ein Informationstechniker studierte nach der Wende BWL und arbeitet heute als kaufmännischer Angestellter. Für die Frauen war es insgesamt offenbar schwieriger, ihre Position zu behalten; sie haben öfter die Stelle gewechselt bzw. sich selbständig gemacht (drei von vier Selbständigen sind Frauen).

Nur ein Teil der befragten ehemaligen Studenten hat heute noch einen beruflichen Bezug zu Osteuropa. Von den vier Selbständigen ist es die Hälfte: eine wurde bereits erwähnt, der andere hat Physik studiert und ist seit 1990 Unternehmer und beruflich häufig in Osteuropa (die anderen beiden sind Ärztin bzw. Softwareentwicklerin). Von den 16 Angestellten haben sechs einen beruflichen Osteuropabezug: eine Bankmanagerin, ein Physiker, ein Systemingenieur, ein Mathematiker, ein Softwareverkäufer, ein Maschinenbauingenieur. Ein Befragter war bis 1991 Russischlehrer, hat aber heute als stellvertretender Schulleiter nur noch private Kontakte nach Osteuropa. Trotzdem sagen außer diesen neun noch einmal so viele Befragte (also insgesamt 18 von 21 = 85%), dass sie noch heute von den Erfahrungen, die sie sich in Osteuropa angeeignet haben, beruflich profitieren. Genannt werden dabei von denen, deren Arbeit derzeit einen direkten Osteuropabezug aufweist, vor allem die Sprachkenntnisse (5), das Mentalitätsverständnis (3), fachliche Kenntnisse, die durch die Ausbildung vermittelt wurden (3), ein besserer Zugang zu osteuropäischen Geschäftspartnern (2) sowie die Selbständigkeit. Von den übrigen wurden vor allem Fachwissen (5), Sprache (4) sowie allgemeine Lebenserfahrung (erweiterter Horizont, höhere Aufgeschlossenheit), Mentalitäts- und Landeskenntnisse genannt. Die Sprachkennt-

nisse werden von dieser Gruppe hauptsächlich bei gelegentlichen Zusammenarbeiten mit osteuropäischen Kollegen geschätzt.

Insgesamt schätzen sich nur zwei der Befragten nicht als osteuropakompetent ein, darunter einer, der beruflich nach wie vor in Osteuropa zu tun hat. Diese beiden begründen ihr „Nein“ damit, daß sie trotz guter Sprach- und Mentalitätskenntnisse nur in geringem Umfang Einblick in heutige Lebensumstände und landesspezifische Strukturen in Osteuropa haben, d.h. die Transformationssituation nicht „von innen heraus“ beurteilen können. Dieser Einwand trifft wohl auch auf die meisten anderen Befragten zu, zumindest auf all jene, die mittlerweile weder beruflich noch privat Kontakte nach Osteuropa pflegen. Entsprechend schätzt diese Gruppe auch ihre Osteuropakompetenz und besonders ihre Landeskenntnisse als niedriger ein als die Gruppe derjenigen, die heute noch Kontakt zu Osteuropa hat (vgl. Tabelle).

Einschätzung der eigenen Osteuropakompetenz

(auf einer Skala von 1=keine bis 5=sehr hohe Kompetenz; Durchschnitte)

	ohne Osteuropakontakte	mit Osteuropakontakten
Sprachkenntnisse	3,9	4,6
Mentalitätskenntnisse	3,7	4,3
Landeskenntnisse	3,4	4,1
spezielles Fachwissen	4,0	3,9
Fälle	11	8

Einige der Befragten haben einzelne dieser Punkte näher ausgeführt bzw. zusätzliche Kompetenzen benannt. Demnach werden für die Einschätzung der eigenen Osteuropakompetenz neben den genannten Kriterien vor allem Kenntnisse über Politik und institutionelle Strukturen der betreffenden Staaten bzw. Kontakte zu Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft als wichtig erachtet. Der OQ wird also umso höher beurteilt, je besser die Kontakte nach Osteuropa ausgeprägt sind, besonders durch persönliche Beziehungen.

Um die Einschätzung des Nutzens von Osteuropakompetenz abzufragen, haben wir neben der persönlichen Bedeutung dieser Kenntnisse im heutigen Berufsleben auch allgemein danach gefragt, ob heute ein Studium in Osteuropa für empfehlenswert gehalten wird. Dies ist überwiegend nicht der Fall. Von den neun Personen mit aktuellem Osteuropabezug antworteten nur vier mit „Ja“, von den anderen zwölf sogar nur drei. D.h. das Erleben des persönlichen Nutzens von Osteuropakompetenz im Beruf begünstigt eine allgemein positive Einschätzung, insgesamt wird die berufliche Bedeutung des OQ aber eher skeptisch beurteilt. Als Gründe für die vorwiegend ablehnende Haltung zur Aneignung von Osteuropakompetenzen über ein Studium vor Ort werden genannt: ein gesunkenes wissenschaftliches Niveau der Ausbildung aufgrund finanzieller Probleme, die politische und persönliche Unsicherheit sowie eine

„introvertierte“ Weltsicht in Osteuropa; Probleme der Anerkennung eines Osteuropa-Studiums im Vergleich mit einer Ausbildung in westlichen Ländern und entsprechend schlechtere berufliche Perspektiven; keine Notwendigkeit für die Aneignung spezieller osteuropäischer Fachkenntnisse mehr, da die Orientierung heute eher umgekehrt (von West nach Ost) erfolgt. Positiv betrachtet werden dagegen vor allem die allgemeinen Möglichkeiten, die ein Auslandsstudium bietet: die Erweiterung des Erfahrungshorizontes, der Spracherwerb, das Kennenlernen von Land und Leuten etc. Zum Teil werden die Möglichkeiten aber auch speziell in den osteuropäischen Kontext gestellt:

„Jedes Auslandsstudium ist wesentlich zur Horizonterweiterung, gerade bei den wachsenden Klischeevorstellungen über Osteuropa und die „neuen Russen“.“ (Russischlehrer, 58 Jahre)

„Die Zukunft ist „ein“ Europa. Dazu gehört auch „Osteuropa“, dazu gehören auch engagierte Fachexperten in Deutschland.“ (Maschinenbauingenieurin, 49 Jahre)

Auch wird teilweise - im Gegensatz zu oben wiedergegebenen Meinungen - eine gute theoretische Ausbildung, vor allem in technischen Grundlagenfächern gelobt.

„Die Anerkennung der Diplome sowjetischer Universitäten erfolgt nach einem Gesetz von 1937! Als Diplom-Physiker wird man zum Diplom-Ingenieur, d.h. Absolvent einer Fachhochschule. Dabei hatte ich Spezialkurse in theoretischer Physik, von denen jede deutsche Uni nur träumen würde.“ (Physikerin, 42 Jahre)

„Bedingt würde ich auch heute ein Studium in Osteuropa empfehlen, da neue, kostenpflichtige Fachrichtungen mit hohem Ausbildungsniveau angeboten werden.“ (Maschinenbauingenieur, 35 Jahre)

Der Nutzen von Osteuropakompetenzen wird insgesamt ambivalent beurteilt - auf der einen Seite hofft man auf den „Zukunftsmarkt Osteuropa“, auf der anderen schrecken unsichere Lebens- und Arbeitsverhältnisse viele Unternehmen vor Investitionen und damit der Beschäftigung von Osteuropa-Experten ab. Trotzdem hat sich die Osteuropakompetenz für viele der Befragten zumindest indirekt ausgezahlt: neben den erworbenen Fachkenntnissen haben auch allgemeine Erfahrungsgewinne während des Auslandsstudiums zu einer besseren Umstellungsfähigkeit nach der Wende und zu einer flexiblen Anpassung an die veränderten Arbeitsbedingungen geführt. Die Osteuropakenntnisse konnten zumindest teilweise weiterhin im Erwerbsleben genutzt werden.

In Bezug auf unsere Hypothesen läßt sich folgendes feststellen: der Selbsteinschätzung nach verfügen ehemalige Osteuropa-Studenten über einen hohen OQ, besonders wenn nach wie vor berufliche und/oder private Kontakte nach Osteuropa bestehen. Vor allem Sprach- und Mentalitätskenntnisse werden betont:

„Ich sag mal: Russisch müssen sie können, und trinken müssen sie können.“ (kaufmännischer Angestellter, 29 Jahre)

Dieses Potential wird aber offenbar nur teilweise nachgefragt. Insbesondere Frauen

und ehemalige Funktionäre haben unter heutigen Bedingungen Probleme, ihre Fähigkeiten beruflich zu vermarkten, was sich in unserer Befragung in der Zusammensetzung der Selbständigen widerspiegelt, die sozusagen die „Flucht nach vorn“ angetreten haben. In einem Interview in der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Betriebe wurde diese Einschätzung untermauert.

„Einem Teil, z.B. ehemaligen Botschaftern, fällt es schwer, sich umzustellen. Die sind zu alt, die benutzen das alte Vokabular - diese Leute sind heute nicht mehr verwendbar.“
(Franz Bertsch, Referat Europapolitik, Außenwirtschaft, Ost-Westkooperation, 24.1.1998)

Hinzu kommt, dass der Bedarf nach osteuropakompetenten Arbeitskräften in Berlin vermutlich geringer ist als es nach offiziellen Verlautbarungen scheint: im Vergleich zu anderen deutschen Städten ist der Außenhandelsanteil Osteuropas noch immer gering, in der Senatsverwaltung wird bezweifelt, dass es ausreichend außenhandelsfähige Unternehmen in Berlin gibt, die das vorhandene Know-how nutzen könnten. Viele Betriebe haben Angst, sich auf dem unsicheren Terrain Osteuropa zu engagieren. Unter den von uns befragten Osteuropa-Experten haben einige dieses Problem „umgangen“, indem sie sozusagen „artfremd“ arbeiten, in einem anderen Beruf oder zumindest unter Verzicht auf die berufliche Nutzung ihrer Osteuropakompetenz. Zu fragen wäre weiterhin, inwieweit diese Gruppe Anstrengungen unternommen hat, ihren OQ anzubieten und aus welchen Gründen sie heute in einer Stellung ohne Osteuropa-Bezug arbeitet. Welches sind die spezifischen Unterschiede zu denjenigen, die ihren OQ beruflich nutzen können? Nach unseren Befragungen scheint es so zu sein, dass vor allem diejenigen, deren osteuropabezogene Tätigkeit die Wende überdauert hat (z.B. in Forschungsinstituten mit Osteuropakontakten) und diejenigen, die sich unter Nutzung ihrer Osteuropakompetenz selbständig gemacht haben (weil sie keine andere Arbeit gefunden haben), von ihrem OQ beruflich profitieren können. Stellungswechsel nach der Wende waren dagegen wohl nur selten mit der Möglichkeit verknüpft, osteuropabezogen zu arbeiten. Die Sorge, irgendeine Arbeit zu behalten bzw. zu finden, überwog wahrscheinlich den weiteren Ausbau der Osteuropakompetenz - und nicht umgekehrt (daß die Osteuropakompetenz die Arbeitschancen verbessert hätte). Weitere Erkenntnisse zu diesem Problem sind auch von der Untersuchung der Nachfrageseite, d.h. der Anforderungen der Unternehmen, zu erwarten.

Obwohl viele der befragten Osteuropa-Experten ihre Kompetenzen aufrecht erhalten wollen (Interesse an Politik und wirtschaftlicher Entwicklung der Region, Sprachtraining durch gelegentliche Nutzung, Lektüre etc.) lässt sich doch feststellen, dass ohne deren berufliche Inanspruchnahme und besonders ohne regelmäßige Aufenthalte und Kontakte zu Osteuropa der OQ sinkt. Dies trifft umsomehr zu, da sich die Strukturen und Lebensverhältnisse im Laufe der Transformation der letzten Jahre radikal verändern. Die Einschätzung der befragten Experten zu einem Bedarf an Osteuropakompetenzen und damit zur Sinnhaftigkeit ihres Ausbaus fällt aber eher skeptisch aus.

Der OQ in der Praxis: Personelle Osteuropa-Kompetenz deutscher Unternehmen in Litauen

Mirjam Müller

Flug 432, Lithuanian Airlines Berlin-Tegel - Vilnius. Der mäßige Passagierandrang und das Schlingern der Propellermaschine verstärken den Drang der Reisenden nach Unterhaltung. Eine westdeutsche Managerin aus der Textilbranche hat für ihr Unternehmen schon den Handel mit ganz Osteuropa aufgebaut. Nun auch in Litauen. Aber sie ist resigniert. Nach ihrer Beschreibung lauern an allen Ecken nur Hindernisse auf. Zwei Sitzreihen weiter informieren sich zwei junge Ingenieure aus West- und Ostberlin über das unbekannt Land. Sie sollen von ihrem Unternehmen produzierte Technik installieren und Litauer in deren Betrieb einweisen. Der Westler ist sehr skeptisch, fragt nach Essen, Trinken und der Telefonverbindung nach Deutschland. Der Ostler scheint gelassen. Er fragt nach der Sprache und schließlich, wie das mit Russisch sei. „Das habe ich zwar nur in der Schule gelernt, aber dann kann man sich wenigstens irgendwie verständigen.“

I Vorüberlegungen und Hypothesen

Osteuropa stellt ein wirtschaftliches Terrain dar, das seit einigen Jahren für die gesamtdeutsche Wirtschaft eine zunehmende Rolle spielt. Seit Anfang der 1990er Jahre versuchen deutsche Unternehmen, sich Märkte und Produktionsstandorte in dieser Region zu sichern. Vor allem zu Beginn der wirtschaftlichen und sozialen Transformationsprozesse in den Staaten Mittelosteuropas (MOE) und der ehemaligen Sowjetunion (GUS) war dabei die Entsendung deutscher Führungskräfte unabdingbar, um den Aufbau von Unternehmen nach westlichem Muster zu fördern. Nicht nur marktwirtschaftlich gesehen betraten die westlichen Manager hier jedoch Neuland. Neben Hemmnissen wie Inflation oder einer instabilen Gesetzeslage warteten unbekannte Sprachen, Verhaltens- und Arbeitsweisen auf.

Welche Voraussetzungen sollten deutsche Manager unter diesen Umständen für ihre Arbeit in Osteuropa mitbringen? Ausgangspunkt der Vorüberlegungen für diese Studie war die Annahme, dass neben Fachqualifikationen (hard skills) auch kulturelle Werte und Verhaltensmuster (soft skills) wichtige Kriterien für den Einsatz von Humankapital darstellen. Neben einer allgemeineren Kompetenz, wie etwa der Beherrschung von Fremdsprachen und dem Wissen um unterschiedliche nationale Verhaltensmuster, fällt in Osteuropa eine spezifische Mentalitäts- und Systemkenntnis ins Gewicht. Kompetent ist hier, wer neben Kenntnissen über das angestrebte marktwirtschaftliche System auch über Erfahrung mit dem sozialistischen System und den Übergangsformen der Transformation verfügt.

Im Gegensatz zu anderen westlichen Staaten steht in Deutschland ein Potential an Führungskräften zur Verfügung, die vor dem Hintergrund dieser Überlegungen für den Einsatz in Osteuropa prädestiniert wären. Die Rede ist hier von Managern aus Ostdeutschland. Sie verfügen nicht nur über die beschriebene Mentalitäts- und Sy-

stemkenntnis, sondern bringen in der Regel auch osteuropaspezifische Sprach- und Landeskenntnisse mit. Zudem kann vermutet werden, dass ein Teil der ostdeutschen Führungskräfte über spezifisches osteuropäisches Fachwissen oder schon bestehende Wirtschaftskontakte verfügt. In jedem Fall werden Wissen und Aufgeschlossenheit hinsichtlich Osteuropa bei Ostdeutschen weit größer sein als bei ihren westdeutschen Pendants.

Die eben geschilderte Kenntnisse wurden für den Zweck dieser Untersuchung unter dem Begriff „Osteuropa-Kompetenz“ („OQ“) zusammengefasst. Hypothese ist zum einen, dass ostdeutsches Führungspersonal über einen weit höheren „OQ“ verfügt als westdeutsches und somit für den Einsatz in Osteuropa prädestiniert ist. Zum anderen wird als Vorannahme davon ausgegangen, dass Osteuropa-Kompetenz für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Osteuropa zwar nicht absolut notwendig ist, der geschäftliche Erfolg jedoch wächst, je höher der „OQ“ der verantwortlichen Manager ist.

Demnach sollte es im Interesse deutscher Geschäftsführungen liegen, für Geschäfte mit und in Osteuropa möglichst viele ostdeutsche Führungskräfte einzusetzen. Die vorliegende Arbeit untersucht die vermutete Osteuropa-Kompetenz am Beispiel deutscher Unternehmen in Litauen. Die untersuchungsleitenden Fragen bezogen sich sowohl auf quantitative als auch auf qualitative Aspekte von Osteuropa-Kompetenz. Zunächst wurde versucht, das zahlenmäßige Verhältnis zwischen ost- und westdeutschen Managern zu ermitteln. Als weiteres wurde die faktische Osteuropa-Kompetenz der befragten Ostdeutschen erfragt, die hier auch an Beispielen aus der Arbeitspraxis dargestellt werden soll. Als Abrundung der Untersuchung werden Sichtweisen litauischer, west- und ostdeutscher Geschäftsführer zur Frage des „OQ“ ostdeutschen Humankapitals dargestellt. Zuletzt soll eine Antwort auf die Frage gefunden werden, wie Osteuropa-Kompetenz heute genutzt wird.

Die Basis der vorliegenden Untersuchung stellt ein Umfrage unter deutschen Unternehmen dar, die zur Zeit in Litauen tätig sind. Ende 1997 existierten dort mehr als 100 deutsche Alleinkapitalunternehmen, deutsch-litauische Gemeinschaftsunternehmen und Repräsentanzen.¹ Branchenmäßig sind vor allem der Handel mit technischen Geräten und die Textilproduktion vertreten, die breite Palette weist jedoch selbst Versicherungen und Anwaltskanzleien auf.

Die Unternehmen wurden von uns zum Teil schriftlich, mit standardisierten Fragebögen, und zum Teil mündlich, im persönlichen Interview, befragt. Nicht in allen Fällen handelte es sich dabei um deutsche Unternehmen, obwohl der Firmenname und die Registrierung bei der Repräsentanz der deutschen Wirtschaft dies nahegelegt hatten.

Insgesamt wurden 75 Unternehmen in einer schriftlichen Umfrage angeschrieben, von denen 15 antworteten. Sechs Betriebe wurden in Interviews zur Osteuropa-

¹ Nach Auskunft der Internationalen Handelskammer und der Repräsentanz der deutschen Wirt-

Kompetenz ihrer Beschäftigten befragt. Das vergleichsweise kleine Sample umfasst somit ein Großunternehmen, vier mittlere Unternehmen und 12 Kleinunternehmen, bzw. Repräsentanten. Ihre Tätigkeit in Litauen begannen diese Firmen in der Regel 1993 nach der Schaffung rechtlicher Grundlagen für eine ausländische unternehmerische Tätigkeit.

Viele der in Litauen ansässigen deutschen Unternehmen und Joint-Ventures haben im Land nur Litauer beschäftigt (einige von vornherein, einige nach einer Übergangsweisen Beschäftigung von Deutschen). In unserer Umfrage gaben dies neun der befragten Unternehmen an. In diesem Fall wird der Kontakt zum Partner in Deutschland per Fax und Telefon gehalten. Zusätzlich besucht der zuständige Ansprechpartner die litauische Filiale mehrmals im Jahr. Ein Befragter gab an, die osteuropäischen Partner je zwei Wochen im Monat vor Ort zu betreuen. Dies kann in Form von Kundenbetreuung oder dem Abhalten von Informationsseminaren geschehen. Die Herkunft der Betreuer in Deutschland wurde immer mit westdeutsch angegeben, in einem Fall war der Befragte ein Rußlanddeutscher.²

Vor Ort beschäftigen die befragten Unternehmen derzeit insgesamt 1505 Litauer, 10 Deutsche (davon 6 aus Ostdeutschland, 4 aus Westdeutschland) und drei Personen aus anderen westeuropäischen Ländern; darüber hinaus waren in den genannten Unternehmen seit Beginn ihrer Tätigkeit in Litauen 11 weitere Westdeutsche und 5 weitere Ostdeutsche beschäftigt. Drei von vier Unternehmen, bei denen Ostdeutsche tätig waren, sind aus ostdeutschen Unternehmen hervorgegangen..

Bei den permanent in Litauen beschäftigten Deutschen unseres Samples halten sich Westdeutsche und Ostdeutsche etwa die Waage, während insgesamt seit 1990 mehr Westdeutsche als Ostdeutsche für längere Zeit in Litauen tätig waren. Quantitativ kann also nur bedingt davon gesprochen werden, dass die ostdeutsche Osteuropa-Kompetenz in der Praxis genutzt wurde. Dies trifft um so mehr auf ursprünglich westdeutsche Unternehmen zu, die nur in einem Fall einen ostdeutschen Manager einsetzten. Ursprünglich ostdeutsche Unternehmen verzichteten wiederum ganz darauf, Westdeutsche nach Litauen zu schicken.

2 „OQ“ aus Sicht ostdeutscher Beschäftigter

Im Rahmen der Untersuchung konnten sechs ostdeutsche Beschäftigte, die derzeit in Litauen arbeiten, zu ihrer Osteuropa-Kompetenz befragt werden. Das Alter der Befragten lag zwischen 39 und 53 Jahren. Drei von ihnen hatten schon zuvor beruflichen und privaten Kontakt nach Osteuropa. Für die anderen drei war dies ihr erster längerer Aufenthalt in Osteuropa; demnach hatten sie sich ihre potentielle Osteuropa-Kompetenz in der DDR angeeignet.

Alle Befragten hatten einen für die DDR typischen Ausbildungs- und Berufsweg:

² Dieser Befragte wies darauf hin, dass viele derartige Tätigkeiten in Osteuropa von Russlanddeutschendurchgeführt würden, da diese die entsprechende Osteuropa-Kompetenz mitbrächten und nur wenige andere Deutsche momentan in Osteuropa arbeiten wollten.

Dem zumeist technischen Studium ging eine mehrjährige berufliche Tätigkeit als Arbeiter, Eisenbahner etc. voraus. Für die Mehrheit hatte die Ausbildung und bisherige Berufstätigkeit ausschließlich in der DDR, bzw. den neuen Bundesländern stattgefunden. Einer der Befragten hatte einen Teil seiner Ausbildung in der Sowjetunion absolviert und war nach dem Abschluss mehrere Jahre beruflich in Russland tätig; ein weiterer hatte in der Sowjetunion studiert und seither zwölf Jahre in Russland und anderen Ländern der ehemaligen Sowjetunion gearbeitet.

Alle Befragten verfügten über Sprachkenntnisse in Russisch, zwei weitere über im Land erworbene Grundkenntnisse des Litauischen. Über sehr gute russische Sprachkenntnisse verfügten nach eigenen Angaben jedoch nur diejenigen, die bereits zu DDR-Zeiten durch Heirat oder durch vorherige Arbeitserfahrung in Russland enge Beziehungen nach Osteuropa hatten. Doch auch die anderen sahen ihre geringen russisch-Kenntnisse als großen Kommunikationsvorteil in Litauen an

Für die meisten hatte die Entscheidung, in Litauen zu arbeiten, karrierespezifische Gründe. Alle Befragten gaben an, dass ihre jetzige Tätigkeit in Litauen im Vergleich zu ihrer vorigen beruflichen Position eine Verbesserung bedeutete. Unterschiede wurden mit größerer Verantwortlichkeit, größerer Entscheidungsbefugnis und einem höheren Einkommen benannt. Das Tätigkeitsfeld wurde entweder als größer oder neu beschrieben und dementsprechend wurde auch die erforderliche Qualifikation als höher bzw. andersartig eingestuft. Während der Wunsch, Auslandserfahrung zu sammeln, von denjenigen Befragten, die bisher nicht im Ausland gearbeitet hatten, als sehr wichtig oder wichtig eingestuft wurde, hatte jedoch der Wunsch, dabei nach Osteuropa zu gehen, selbst für den mit einer Russin verheirateten Befragten bei der Entscheidung für die Tätigkeit in Litauen keine Rolle gespielt.

Nur der Befragte, der früher bereits lange Zeit in der ehemaligen Sowjetunion gearbeitet hatte, war auf eigene Initiative nach Litauen gegangen. Bei allen anderen war dies auf Vorschlag des Arbeitgebers geschehen. Der Befragte, der zuvor in Russland gearbeitet hatte, gab jedoch an, speziell nach einem Berufsfeld mit Verbindung zu Osteuropa gesucht zu haben. Bei seiner Einstellung habe sein Arbeitgeber ihn ausgesucht, um ihn für den Ausbau der Geschäftskontakte mit Osteuropa einzusetzen. Durch die starken Emigrationsbewegungen der letzten Jahre unter Russen, verfüge er jetzt aber auch über Kontakte nach Kanada und in die USA.

Befragt nach vorherigen geschäftlichen Beziehungen, gab neben den Befragten mit Arbeitserfahrung in Russland auch ein weiterer ostdeutscher Beschäftigter an, dass diese vorhanden seien, stufte sie jedoch als weniger wichtig ein..

Konkret auf ihre Osteuropa-Kompetenz hin befragt, stuften alle Befragten ihre Landes- und Mentalitätskenntnisse mindestens als gut ein. Wie auch schon bei den Sprachkenntnissen beurteilten die Befragten mit der russischen Ehefrau und der Arbeitserfahrung in Russland auch ihre Mentalitätskenntnisse mit sehr gut. Diese drei unterstrichen ihren Vorteil an Osteuropa-Kompetenz durch die Erfahrung, die sie bisher im osteuropäischen Ausland gesammelt hatten.

Neben deren Relevanz für ihre berufliche Tätigkeit in Osteuropa gaben alle Befrag-

ten an, dass ihnen diese „soft skills“ auch in ihrem Privatleben in Litauen behilflich seien. Während verschiedene Orte in Litauen als Arbeitsplatz angegeben wurden, sagten allerdings nur zwei der ostdeutschen Beschäftigten aus, auch in Litauen zu wohnen. Die übrigen wohnen in Deutschland, pendeln aber 6-12 mal im Jahr zwischen Deutschland und Litauen.

Befragt nach dem konkreten Nutzen ihrer Osteuropa-Kompetenz und Beispielen aus ihrer Arbeitspraxis, erwähnten die Befragten zunächst die Erfahrung und den Umgang mit der andersartigen Arbeitshaltung und Bürokratie. Dabei wurde genannt, „keine hohen Erwartungen an die Zuverlässigkeit der Partner“ zu haben und „Geduld bei der Beseitigung bürokratischer Schwierigkeiten und Hindernisse“ zu haben.

Das aus der Kenntnis der andersartigen Mentalität und der anderen Umgangsformen resultierende Wissen führt zu einer wachsenden eigenen Sicherheit im Umgang mit den litauischen Partnern. Ein Befragter veranschaulichte die Sicherheit, die aus der Kenntnis der anderen Umgangsformen erwachsen könne, an folgendem Beispiel: Wenn der verabredete Termin A sei, dann würden seine osteuropäischen Partner an Termin B anrufen und die Lieferung für Termin C ankündigen. Darauf aber, daß die Ware an Termin C geliefert würde, könne er sich aus Erfahrung verlassen und daher mit diesem andersartigen Zeitkonzept effizient umgehen.

Das aus solcher Erfahrung resultierende Einfühlungsvermögen in die Geschäftspartner wurde als Grundlage für die gegenseitige Vertrauensbildung benannt: „Erfahrungen im Umgang mit litauischen Firmen und Behörden unter Berücksichtigung der Mentalität sind Voraussetzung zur Vertrauensbildung mit dem Ziel effizienter [!] wirtschaftlicher Zusammenarbeit.“

Beide Befragten, die in Russland gearbeitet hatten, unterstrichen an dieser Stelle nochmals ihre Sprach- und Landeskennnisse. Auf diese Qualifikationen führten sie zurück, dass ihre Geschäftspartner sie anerkennen würden, obgleich sie Vertreter einer westlichen Firma seien. Umgekehrt vertraten sie die Auffassung, dass Westdeutsche mit westlichen Geschäftsauffassungen und ohne entsprechende Osteuropa-Kompetenz wenig Chancen hätten, ein gutes und effizientes Verhältnis zu osteuropäischen Partnern aufzubauen.

Sie betonten, dass es bei den geschäftlichen Kontakten zu Osteuropa derzeit essentiell wichtig sei, keine westliche Überlegenheit zu demonstrieren. Für eine fruchtbare Zusammenarbeit sei wichtig, wo immer dies möglich sei, als Westler (im litauischen Kontext) keine Vorschriften zu machen, sondern den Partnern und Kunden freie Wahl zu lassen.

Ein Beispiel aus der Arbeitspraxis eines Befragten veranschaulicht dies: Aufdringlichkeit würde von seinen litauischen Kunden nicht gut aufgenommen werden. Daher sei die Strategie am erfolgreichsten, potentiellen Kunden Muster zu schicken, diese selbst ausprobieren zu lassen und die eigentliche Tätigkeit auf die Annahme der Bestellungen und die Kundenbetreuung zu beschränken. Dies würde zum einen Zeit sparen, aber auch der Vertrauensbildung und somit dem geschäftlichen Erfolg dienen.

Der Befragte mit der langjährigen Berufstätigkeit in Osteuropa vertrat noch grundsätzlich die Auffassung, dass Vertrauensbildung dadurch geschehen müsse, dass den osteuropäischen Partnern erst einmal Vertrauen entgegengebracht würde. Es sei dabei notwendig, ihnen klarzumachen, dass man etwas „von ihnen wolle“, dass sie „etwas zu bieten hätten“. Mit westlicher Überheblichkeit und Missionsbewusstsein für den „einzig richtigen Weg“ könne keine Geschäftsgrundlage mit osteuropäischen Partnern gefunden werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die befragten Ostdeutschen, die derzeit beruflich in Litauen tätig sind, über einen hohen „OQ“ verfügen. Dies macht sich an den Sprach- und Mentalitätskenntnissen fest, die die Befragten grundsätzlich mitbrachten. Diese konnten während der beruflichen Tätigkeit in Litauen noch weiter ausgebaut werden und tragen, wie die Beispiele belegen, zum beruflichen Erfolg bei.

Obwohl die Befragten sich dieser Osteuropa-Kompetenz zumindest nach ihrer bisherigen Arbeitserfahrung in Litauen sehr bewusst sind, ist auffällig, dass die meisten von ihnen die Qualifikationen nicht ursprünglich nutzen wollen, um in Osteuropa zu arbeiten, sondern diese ihnen erst durch die Möglichkeit des Arbeitsangebots in Litauen zugute kamen. Wenn also nach der Selbsteinschätzung ostdeutscher Beschäftigter der „OQ“ von großer Bedeutung für den geschäftlichen Erfolg ist, so ist in Ostdeutschland noch ein großes ungenutztes Potential zu vermuten.

Über einen vergleichsweise höheren „OQ“ als die oben genannte Gruppe verfügen darüber hinaus diejenigen Ostdeutschen, die zuvor bereits intensiven beruflichen oder persönlichen Kontakt zu Osteuropa gepflegt hatten. Sie schätzen sich selbst als sehr kompetent in bezug auf ihre Arbeit in Litauen ein und belegten dies auch ausführlich.

3 „OQ“ aus Sicht der Geschäftsführung

Im Rahmen der Untersuchung konnten außerdem 6 Geschäftsführer zur Osteuropa-Kompetenz ostdeutscher Beschäftigter in Litauen befragt werden. Von ihnen stammten zwei aus Litauen, zwei aus Westdeutschland und zwei aus Ostdeutschland.

Mit einer Ausnahme waren alle Befragten bereits seit 3-5 Jahren in ihrem Unternehmen beschäftigt; in vier der Unternehmen waren während dieser Zeit Ostdeutsche beschäftigt gewesen, in zwei Fällen kamen die deutschen Beschäftigten aus Westdeutschland.

Obwohl das untersuchte Sample nur sehr klein ist, lassen sich anhand der Aussagen gewisse Tendenzen ableiten.

Die ostdeutschen Geschäftsführer maßen der Osteuropa-Kompetenz ostdeutscher Beschäftigter eine sehr hohe Priorität bei. Spezifisches Wissen wie Sprach- und Mentalitätskenntnisse seien ihrer Erfahrung nach bei Ostdeutschen, neben allgemeineren Qualifikationen wie Fachwissen und persönlichen Eigenschaften wie Mobilität und Flexibilität, in besonderem Maße vorhanden. Alle bei ihnen beschäftigten Ostdeutschen würden über diese Eigenschaften verfügen und könnten sie überdies auch

vielfältig bei der beruflichen Tätigkeit in Litauen einsetzen. Die hierfür genannten Beispiele entsprachen den in Kapitel 3 aufgeführten Fähigkeiten interkultureller Sensibilität, Vertrauenswürdigkeit und angepasster Geschäftsstrategien.

Entsprechend dieser Einschätzung des ostdeutschen „OQs“ maßen diese Befragten der Osteuropa-Kompetenz auch innerhalb der litauischen Arbeitssituation höchste Priorität bei. Vor allem Sprachkenntnisse hielten sie für sehr wichtig, Kenntnis von Mentalität und Umgangsformen wurden von einem Befragten als wichtig - und somit in gleicher Gewichtung mit Berufserfahrung und persönlichen Fähigkeiten - eingestuft. Ein anderer stufte die Kenntnis von Mentalität und Umgangsformen als besonders wichtig ein.

Zusätzlich zu ihrer persönlichen Einschätzung der Relevanz von Osteuropa-Kompetenz gaben die ostdeutschen Geschäftsführer an, dass Ostdeutsche auch innerhalb der Personalpolitik der Unternehmensleitung in Deutschland eine besondere Rolle spielen würden, und zwar besonders in den Bereichen Organisation und Produktmanagement Mittel/Osteuropa.

Die befragten litauischen Geschäftsführer teilten diese Einschätzung der Osteuropa-Kompetenz von Ostdeutschen in weiten Zügen. Auch sie ordneten ihnen neben anderen berufsrelevanten Eigenschaften bestehende Osteuropa-spezifische Mentalitäts- und Landeskenntnisse zu. Jedoch war diese Gruppe von Befragten nicht von der sprachlichen Kompetenz von Ostdeutschen überzeugt.³

Dieser angeführte sprachliche Mangel im „OQ“ der ostdeutschen Beschäftigten aus litauischer Sicht wurde jedoch bei den Kriterien für die Rekrutierung von Deutschen relativiert. Hier wurden Sprachkenntnisse als weniger wichtig oder unwichtig eingeschätzt. Andere Fähigkeiten aus dem Bereich von Osteuropa-Kompetenz wie die Kenntnis von Mentalität und Umgangsformen oder Landeskenntnis wurden einvernehmlich als wichtiger eingestuft.⁴

Obwohl nur einer der beiden litauischen Befragten angab, dass Ostdeutsche bei den Personalentscheidungen seines Unternehmens eine Rolle spielen würden, ergaben ihre Antworten hinsichtlich der gewünschten und vorhandenen Osteuropa-Kompetenz, daß Ostdeutsche ihrer Meinung nach sinnvoll in Litauen eingesetzt werden könnten.

Ganz anders als die übrigen Befragten beurteilten die westdeutschen Geschäftsführer den „OQ“ ostdeutscher Beschäftigter und seine Relevanz in Litauen. Sie ordneten Ostdeutschen bis auf persönliche Eigenschaften wie Mobilität und Flexibilität weder bei „hard skills“ noch bei „soft skills“ eine besondere Osteuropa-Kompetenz zu.

³ Diese Diskrepanz zwischen der ostdeutschen und der litauischen Einschätzung könnte darauf zurückzuführen sein, dass sich die Litauer auf Litauisch bezogen, während die Ostdeutschen in der Regel über Russisch sprachen.

⁴ Kulturell bedingt führten die litauischen Befragten den Kategorien „Universitätsabschluss“ und „Geschlecht“ ebenfalls als wichtige Kriterien bei Personalentscheidungen auf, während die deutschen Befragten beides für unwichtig hielten.

Jedoch hielt diese Gruppe von Befragten Osteuropa-Kompetenz auch insgesamt für die berufliche Tätigkeit in Litauen für irrelevant. Bei den Rekrutierungskriterien für Deutsche betonten sie die besondere Bedeutung der Berufserfahrung, spezifischer fachlicher Qualifikation und persönlicher Fähigkeiten. Sprach-, Mentalitäts- und Landeskenntnisse wurden als weniger wichtig bezeichnet.

Einer der Befragten gab an, dass seine Kontakte zu litauischen Beschäftigten oder Geschäftspartnern in der Regel mit Hilfe von Dolmetschern oder auf deutsch geführt würden. In seinem Großunternehmen seien viele Aufgaben ohnehin in Bereiche delegiert, die nicht mit deutschem, sondern mit einheimischem Personal besetzt seien. Die Ebene des Managements sah dieser Befragte als mehr oder minder global austauschbar; wirtschaftliche Kennziffern seien nach seinen Worten wichtiger als Mentalitätsunterschiede.

Demnach sahen die befragten westdeutschen Geschäftsführer weder die Existenz einer spezifischen Osteuropa-Kompetenz von Ostdeutschen, noch sahen sie die Notwendigkeit einer solchen gegeben. Ostdeutsche spielten nach ihren Angaben in der Personalpolitik ihrer Unternehmen keine besondere Rolle.

Im Vergleich dieser drei Gruppen fällt ein geringes Problembewusstsein westdeutscher Geschäftsführungen für die Relevanz von Osteuropa-Kompetenz ins Auge. Demgegenüber sahen die ostdeutschen und litauischen Geschäftsführungen im „OQ“ die Grundlage für ihre wirtschaftliche Tätigkeit und einen Garant für deren Effizienz. In ihrer Personalpolitik spielten Ostdeutsche dementsprechend eine große Rolle.

4 Zusammenfassung

Zusammenfassend stellen wir fest, dass bei ostdeutschen Beschäftigten eine spezifische Osteuropa-Kompetenz zu finden ist. Dies belegt sowohl die Selbsteinschätzung der befragten Ostdeutschen als auch die Beurteilung durch ihre ostdeutschen und litauischen Arbeitgeber.

Von ostdeutscher Seite werden hierbei vor allem Faktoren wie Sprache und Mentalität genannt, die den Befragten bei ihrer Arbeit Sicherheit und Handlungsspielraum verschaffen. Durch System- und Mentalitätskenntnisse können Ostdeutsche in der Regel besser mit den spezifischen osteuropäischen Geschäftsbeziehungen umgehen und sie effektiv bei ihrer Arbeit nutzen. Außerdem haben Ostdeutsche gute Chancen, das Vertrauen ihrer osteuropäischen Geschäftspartner zu gewinnen.

Die angeführten Beispiele aus der litauischen Arbeitspraxis belegen die These, dass ein hoher „OQ“ von deutscher Seite die geschäftlichen Beziehungen zu Litauen effizienter gestaltet. Für die Effizienz und Motivation im Berufsleben ist sicherlich hilfreich, dass die ostdeutschen Beschäftigten ihre Osteuropa-Kompetenz nach ihren Angaben auch im Privatleben in Litauen zu ihrer Zufriedenheit nutzen können.

Auf der Arbeitnehmerseite wird das Potential an ostdeutscher Osteuropa-Kompetenz jedoch nicht vollständig ausgeschöpft, weil sich ostdeutsche Arbeitnehmer ihrer spe-

zifischen Qualifikation für Osteuropa nicht bewusst sind und daher auch nicht verstärkt versuchen, diese beruflich einzusetzen. Wie die Befragung zeigt, war ein solches Bewusstsein bei ostdeutschen Arbeitnehmern in der Regel zunächst nicht vorhanden, sondern wurde erst bei der beruflichen Praxis in Litauen geschaffen. Es ist jedoch zu vermuten, daß die Befragten ihr Osteuropa-spezifisches Potential bei ihrer zukünftigen beruflichen Entwicklung bewusster einsetzen werden.

Obwohl die Ergebnisse dieser Untersuchung die Prädestiniertheit von Ostdeutschen für einen beruflichen Einsatz in Osteuropa belegen, wird diese Kompetenz jedoch von westdeutschen Unternehmen kaum genutzt. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass westdeutsche Unternehmen bisher über vergleichsweise geringe Osteuropa-Erfahrung verfügen und wenig Sensibilität für die Spezifika dieser Region haben. Aus den Aussagen westdeutscher Befragter geht hervor, dass sie von globalen Wirtschaftsverhältnissen ausgehen, die kaum an einzelne Länder adaptiert werden müssen.

Mit Blick auf die Zukunft mag der von ihnen gewählte westlich-marktwirtschaftliche Ansatz auch für Osteuropa richtig sein. Kurz- und mittelfristig geht dies jedoch an den Bedingungen in Osteuropa vorbei. Effizient kann in Osteuropa derzeit nur derjenige wirtschaften, der die Spezifika von Transformation mit Hinblick auf Wirtschaft und Mentalität kennt und für sich einzusetzen weiß. Für eine effizientere Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen deutschen und litauischen Unternehmen bleibt zu hoffen, dass das Potential an ostdeutscher Osteuropa-Kompetenz in Zukunft besser ausgeschöpft wird.

Wien - eine Metropole mit Brückenfunktion ?

Tobias Raddatz

Durch die Umkehrung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den Staaten Mitteleuropas (MOE) und Osteuropas, haben sich für den gesamten Kontinent neue Dimensionen der Zusammenarbeit ergeben. Insbesondere Staaten, die vorher am Rande der politischen Interessenssphären lagen, sind nun in die Mitte des Geschehens gerückt. Für sie haben sich neue Chancen und Möglichkeiten ergeben, am Auf- und Umbauprozess der ehemals sozialistischen Staaten teilzuhaben.

Gerade Deutschland hat sich bei der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit mit den neuen Demokratien in MOE hervorgetan. Es nimmt unangefochten den ersten Platz bei den ausländischen Direktinvestitionen in diesen Ländern ein, gefolgt, wenn auch mit größerem Abstand, von Österreich. Da die wichtigsten Fäden der Politik und Wirtschaft Österreichs in Wien zusammenlaufen, stellt sich, auch angesichts der langen Tradition Wiens als eine Ost-West Drehscheibe, die Frage, inwieweit es Wien gelungen ist, diese Position in die neue Situation zu übertragen.

Das Ausgangspotential Wiens sieht wie folgt aus :

- Als ehemalige Hauptstadt des Österreich-Ungarischen Vielvölkerreiches hat Wien auch heute noch eine besondere Bedeutung für die Nachfolgestaaten dieses Reiches.
- Wien bot während des Kalten Krieges ein neutrales Territorium und war so ein Treffpunkt für Ost-West Kontakte. Seine traditionellen Beziehungen zu den MOE Staaten konnte es so konstanter pflegen als zum Beispiel Berlin, welches durch die Teilung in einer besonderen Situation war.
- Wien konnte sich nahtlos zu einer modernen Metropole westlicher Prägung weiterentwickeln, während die Entwicklung anderer, traditioneller Ost-West Metropolen (Berlin, Prag, Budapest, Warschau) aus verschiedenen Gründen gehemmt war.

Traditionell leben in Wien größere ungarische und tschechische Gemeinden, welche zur besonderen Ostkompetenz Wiens beitragen.

I Historische Wurzeln - Wiens Verflechtungen mit Osteuropa

Wien ist durch seine Geschichte als Hauptstadt der Habsburger Doppelmonarchie mit den meisten Staaten MOEs eng verbunden. Das K.u.K. Reich umfasste zeitweilig ganz oder teilweise die heutigen Staaten Tschechien, Slowakei, Polen, Ungarn, Ukraine, Rumänien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Slowenien und Norditalien. Aus dieser Zeit stammen viele Verbindungen nach MOE.

So sind größere Gruppen von Ungarn seit langer Zeit in Wien verwurzelt. Sie teilten einen Staat mit den Österreichern, so dass sie ein berechtigtes Interesse daran hatten, in Wien präsent zu sein, auch schon vor über 200 Jahren. Die weitergehende kultu-

relle Verflechtung, die sich in dieser Zeit vollzog, ist heute noch zu beobachten, wenn man durch die Zentren Wiens und Budapests geht.

Auch die jahrzehntelange Trennung durch den Eisernen Vorhang konnte daran nichts ändern, da Österreich einen neutralen Status besaß. Durch ihn war es möglich, die Kontinuität der Beziehungen zu Ungarn unter diesen erschwerten Bedingungen aufrecht zu erhalten.

Der stellvertretende Direktor des Collegium Hungaricum in Wien, Dr. Gabor Ujváry, bezeichnet die heutigen Beziehungen zwischen Österreich und Ungarn als eng und freundschaftlich, was seiner Ansicht nach eine große Rolle für sein Land spielt.¹ Er unterstreicht allerdings auch die Bedeutung der Beziehung zu Deutschland. Beide Länder seien von je her die wichtigsten und engsten Partner Ungarns gewesen, weshalb auch heute ein Großteil der ungarischen Schüler und Studenten Deutsch lernten.

Angesprochen auf die ungarische Sicht auf Wien und Berlin, unterstreicht Herr Ujváry die engere persönliche Beziehung der Ungarn zu Wien. Hier lebt bereits seit dem letzten Jahrhundert traditionell eine starke ungarische Gemeinde, die er heute auf ca. 20 000 Menschen schätzt.

Diese Angabe korrespondiert allerdings nicht mit denen des Wiener Magistrats, der nur ca. 5000 in Wien wohnhafte Ungarn angibt. Eine Erklärung für die abweichenden Angaben liegt in der Zuwanderung ungarischer Intellektueller, die 1956 während den blutigen Unruhen in Ungarn nach Wien auswanderten. Viele von ihnen besitzen inzwischen österreichische Pässe, so dass sie in der Statistik des Magistrats nicht mehr als Ungarn auftauchen.

Die größere Kontinuität der ungarischen Beziehungen zu Wien lässt sich auch an der Geschichte des 1924 gegründeten Collegium Hungaricum selbst aufzeigen.² Während des Kalten Krieges war das Collegium Hungaricum von 1948 bis 1963 geschlossen, wurde dann aber wieder eröffnet.

Daraus ließe sich vermuten, dass ein in Ost-Berlin ansässiges ungarisches Institut diesen Bruch nicht erlebt hätte. Es verhielt sich jedoch so, dass in Berlin nach dem Krieg kein neues Collegium Hungaricum gegründet oder wiedereröffnet wurde. Das heutige „Haus Ungarn“ wurde erst Anfang der siebziger Jahre in Ost-Berlin gegründet. Obwohl ein Teil Berlins die Hauptstadt eines sozialistischen Bruderlandes war, wurden die Beziehungen zu Wien also bereits zehn Jahre früher wieder intensiviert.

Zur Zeit wird laut Aussage von Gabor Ujváry über die Neugründung eines Collegium Hungaricum in Berlin nachgedacht, da Ungarn über ein neu zu bebauendes Grundstück in der Nähe des Alexanderplatzes verfügt, da, trotz der intensiveren Beziehungen Ungarns zu Wien, Deutschland aufgrund seines wirtschaftlichen und au-

¹ Interviewgespräch, welches ich am 12. November 1997 mit Dr. Gabor Ujváry im Collegium Hungaricum in Wien führte.

² Ein Institut für ungarische Geschichtsforschung bestand bereits früher.

ßenpolitischen Gewichtes in Europa bedeutender für Ungarn ist. Mit dem Umzug der deutschen Regierung nach Berlin steigt somit auch die Bedeutung der Stadt.

2 Einwohnerstatistik Wiens 1992 - 1996

Dass Tschechen und Ungarn traditionell in Wien verwurzelt sind, wird u.a. deutlich an der Vielzahl von Vereinen für Ungarn unterschiedlicher Herkunft, d.h. solcher Ungarn, die zwar ungarisch als Muttersprache sprechen, jedoch nicht aus Ungarn stammen (z.B. Ungarisch sprechende Siebenbürger aus Rumänien). Seit nunmehr 18 Jahren erscheint in Wien außerdem eine Zeitung in ungarischer Sprache. Ihr Name ist „Becs Naplo“(Wiener Zeitung).

Bürger Mittel/Osteuropäischer Staaten mit ständigem Wohnsitz in Wien³

Nationalität	1992	1993	1994	1995	1996
Ex-CSFR	4.594	-	-	-	-
Tschechien	-	1.515	2.354	2.180	1.840
Slowakei	-	1.062	1.888	2.545	2.556
Polen	17.255	19.768	19.537	19.421	18.360
Russland	-	1.491	2.142	2.187	1.997
Ukraine	-	223	324	419	447
Rumänien	5.119	5.195	4.881	4.947	4.805
Bulgarien	1.744	2.142	2.218	2.371	2.356
Ungarn	5.310	5.935	5.858	5.981	5.484
Slowenien	-	573	818	911	808

Fremdsprachliches Fernsehen ist in Wien nur ,d.h. wenn überhaupt, über Satellit aus den Herkunftsländern zu empfangen, da privates Fernsehen in Österreich noch immer verboten ist. Der ORF Burgenland produziert einmal monatlich ein ungarisches Programm für die dort ansässige ungarische Gemeinde.

Im Gegensatz zu der historisch bedingten hohen Zahl an Ungarn, ist die starke Präsenz der polnischen Mitbürger in Wien eine neue Erscheinung.

³ Zahlen laut Angaben der Abteilung Bevölkerungsstatistik des Magistrats der Stadt Wien 1997.

3 Wirtschaft

3.1 Wirtschaftsbeziehungen des heutigen Österreich zu MOE

Österreichs und damit natürlich auch Wiens Wirtschaftsbeziehungen zu den Mittel- und Osteuropäischen Staaten haben sich nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in diesen Ländern weiter positiv entwickelt (siehe Tabellen).

Organisationen wie der Wiener Wirtschaftsfb'rdungsfonds (WWFF) vermarkten den Wirtschaftsstandort Wien und bieten umfassende Unterstützung, wenn sich eine Firma entschlossen hat, eine Niederlassung in Wien zu gründen. So gibt es für osteuropäische Firmen ein Verzeichnis mit Banken, Rechtsanwälten, Unternehmensberatern, Logistikunternehmen und anderen Dienstleistern, die über spezielles Know-how bei Geschäften mit osteuropäischen Partnern verfügen. In umgekehrter Richtung gibt es dies auch für westliche Firmen, die in den Reformstaaten aktiv werden möchten.

Darüber hinaus engagieren sich das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, die Gesellschaft für Ostkooperation, das österreichische Ost- und Südosteuropa - Institut und das Institut für den Donaauraum für eine verstärkte Zusammenarbeit mit MOE

Die Wiener Wirtschaftsuniversität bietet seit einiger Zeit Kurse speziell für Studenten aus MOE an, die diese auf die Übernahme von Managementfunktionen bei Tochterfirmen österreichischer Unternehmen in ihren Heimatländern vorbereiten sollen.

Marktanteile westeuropäischer Staaten in MOE in % (Stand 1993)⁴

	Tschechien	Ungarn	Slowakei	Polen
Deutschland	50,9	k.A	42,9	39,4
Österreich	10,7	36,3	17,8	3,7
Frankreich	5,2	5,1	4,5	5,5
Niederlande	4,1	4,2	4,3	6,5
G.Britannien	4,7	3,6	0,8	7,3

⁴ Zahlen nach: Wirtschaftsuniversität Wien und der deutschen Handelskammer in Österreich 1996, 42.

Österreichs Handel mit MOE

5										
Gesamtexportanteil in %						Gesamtexportanteil in %				
	1960	1970	1980	1993	1994	1960	1970	1980	1993	1994
Ungarn	2,4	2,8	2,2	3,5	3,9	1,9	1,7	1,4	1,9	2,0
Tschechien	-	-	-	2,4	2,6	-	-	-	1,6	1,8
FX-CFSR	2,6	2,2	1,4	-	-	1,6	1,9	1,9	-	-
Slovakia	-	-	-	0,9	0,9	-	-	-	0,6	0,7
Polen	1,8	1,6	2,7	0,9	1,2	2,2	1,6	1,0	0,8	0,8
Russland	-	-	-	1,3	1,5	-	-	-	1,4	1,6
Ex-UdSSR	3,5	2,9	2,7	-	-	2,8	2,2	4,2	-	-

Anteil der Stadt Wien am Bruttoinlandsprodukt 1992: insgesamt 28,6%

Im Bereich Vermögensverwaltung insgesamt 42%, im Handel 32%, marktmäßige und öffentliche Dienste 43%

6
Österreich wichtigste Handelspartner insgesamt (Angaben in %)

Land	Export 1994	Export 1995	Import 1994	Import 1995
Deutschland	38,1	38,4	40	43,6
Italien	8,1	8,8	8,8	8,8
Schweiz	6,4	5,4	4,1	3,8
Frankreich	4,6	4,4	4,7	4,9
Ungarn	3,9	3,6	2	1,9
USA	3,5	3	4,4	4,2
G.Britannien	3,2	3,3	2,9	3
Niederlande	3	2,9	3	3,4
Tschechien	2,6	2,7	1,8	1,9
Spanien	2,1	2,1	1,4	1,3

5 Ebd, 48

6 Zahlen aus: „Wirtschaftsstandort Wien“, Servicehandbuch des WWFF 1996, 15.

Auch ausländische Konzerne nutzen die Standortvorteile Wiens. Sie überlassen ihren österreichischen Töchtern den Aufbau ihrer Aktivitäten in den Reformstaaten .

Wie an den obigen Tabellen abzulesen ist, gehören Ungarn und Tschechien bereits zu den zehn größten Handelspartnern Österreichs, was sich auch an der stabilen Entwicklung des Außenhandels mit diesen Ländern ablesen lässt. Ungarn liegt sogar an fünfter Stelle und damit vor EU - Ländern wie Großbritannien oder den Niederlanden.

Das Handelsvolumen Polens und Russlands mit Österreich liegt jedoch unter dem Niveau des Jahres 1960 oder 1970! Das gleiche Bild ergibt sich bei den Marktanteilen westlicher Staaten in Tschechien, Ungarn, der Slowakei und Polen . Während Österreich in Tschechien, Ungarn und der Slowakei der zweitgrößte Handelspartner hinter Deutschland ist (siehe Tabelle), erreicht das Handelsvolumen mit Polen nur ein zehntel des deutschen Anteils. Österreich belegt damit in Polen Platz fünf, noch hinter Frankreich.

Insgesamt nimmt Österreich selbst in seinem traditionellen „Einflussgebiet“ nur den zweiten Platz nach Deutschland ein, welches bei Marktanteilen von 40-50% auch in diesen Ländern eine dominante Rolle im wirtschaftlichen Sektor einnimmt.

Inwieweit sich dies auf Berlin als Ost/West-Drehscheibe auswirkt ist allerdings fraglich, da Berlin im Unterschied zu Wien nicht die große Wirtschaftsmetropole des Landes ist. Spricht man vom Außenhandel Österreichs, kann man davon ausgehen, dass zumindest ein Drittel bis zur Hälfte der Aktivitäten von Wien aus gesteuert werden.

Österreich und damit im besonderen Wien konnte seit der Öffnung des ehemaligen Ostblocks und dem Beitritt des Landes zur EU eine steigende Zahl von Firmenneugründungen mit ausländischen Anteilseignern verzeichnen, die ihre Aktivitäten in den Reformstaaten von Wien aus aufbauen wollen. Dazu gehört zum Beispiel auch die deutsche Firma Henkel,⁷ deren in Wien ansässige österreichische Tochter die Aktivitäten des Konzerns in den ehemaligen RGW-Staaten vollkommen selbständig steuert.

Weitere ausländische Unternehmen, die Wien als Sitz ihrer Osteuropazentralen gewählt haben, sind so namhafte wie Coca-Cola, IBM, Hewlett-Packard, Nestle, Daimler-Benz, Honda oder Phillips⁸.

Als Hauptgründe für diese Entscheidung wurde vor allem die geographische Nähe, die gut ausgebaute Infrastruktur, die gute kommunikationstechnische Anbindung an die neuen Märkte, sowie ein Paket von Steuervorteilen für sogenannte „Ostholdings“ mit ausländischer Beteiligung, das im Zuge einer Steuerreform im Jahre 1994 geschaffen wurde, genannt. Ein großes Netz von Doppelbesteuerungsabkommen sowie umfangreiche Abschreibungsmöglichkeiten machen Österreich zu einem europäi-

⁷ Information der Deutschen Handelskammer Wien, November 1997.

⁸ Aus: Wirtschaftsuniversität Wien... op. cit 1996,48.

sehen Steuerparadies für ausländische Unternehmen. Besonders folgende Punkte der Steuerreform⁹ haben Österreich einen Wettbewerbsvorteil vor anderen Industrieländern verschafft

- internationales Schachtelprivileg mit steuerfreien Gewinnanteilen
- Doppelbesteuerungsabkommen mit 40 Ländern
- geringe Quellensteuer auf Zinsen und Dividenden
- keine spezifischen Steuerumgehungsvorschriften
- keine Mindestquoten beim Eigenkapital
- keine Missbrauchsbestimmungen in Doppelbesteuerungsabkommen
- gute Abschirmwirkung österreichischer Holdinggesellschaften.

Beteiligungsholdings können in Österreich Gewinne aus Verkäufen von Tochtergesellschaften oder Gewinnausschüttungen steuerfrei parken und reeinvestieren. Substanzsteuern wie die Vermögenssteuer oder das Erbschaftsäquivalent wurden abgeschafft. Neben den Steuervorteilen sorgen umfangreiche Abschreibungsmöglichkeiten dafür, dass Österreich in Europa mit die niedrigste Steuerbelastung für Unternehmen bietet.

Auch die Lebensqualität spielt bei der Standortentscheidung eine große Rolle. In einer Befragung des World Economic Forum unter mehr als 2000 internationalen Führungskräften nahm Österreich in den Kriterien Lebensqualität und öffentliche Sicherheit den ersten Platz ein. Speziell die Stadt Wien erreichte dabei im Jahre 1994 den 1. Platz. Berlin erreichte in puncto Lebensqualität lediglich den 21. Platz!

Insgesamt koordinieren knapp 1000 Unternehmen ihre Geschäfte in MOE von Österreich aus. Der Markt, der dabei bearbeitet wird, umfasst ca. 130 Millionen Konsumenten und wird allgemein als ein Markt mit enormem Wachstumspotential bezeichnet.

Aus diesem Grund hat die Wiener Börse eine Kooperation mit der Deutschen Börse AG, Frankfurt beschlossen. Die beiden Partner werden im Rahmen eines Joint-Ventures eine gemeinsame Ostbörse mit Sitz in Wien gründen, um einen eigenen Markt für MOE aufzubauen. Die Wiener Börse übernimmt dazu das deutsche Handelssystem Xetra.

3.2 Henkel Austria - Beispiel für die erfolgreiche Nutzung des Standortes Österreich für Geschäftsaktivitäten in MOE¹⁰

Der deutsche Chemiekonzern Henkel ist bereits seit 1886 auf dem österreichischen Markt präsent. Im Jahre 1995 wurde die Henkel Austria Gruppe als Holdinggesellschaft für MOE gegründet. Sie ist Muttergesellschaft von 18 Tochtergesellschaften in

⁹ ebd., 47.

¹⁰ Informationen der Henkel Austria Gruppe Wien, 1996.

Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Rumänien, Kroatien, Jugoslawien und Bosnien-Herzegowina.

Henkel hat sich bereits seit Mitte der achtziger Jahre verstärkt um den osteuropäischen Markt bemüht. Die Koordination dieser Aktivitäten oblag dabei hauptsächlich der österreichischen Tochter.

In einer Presseinformation der Henkel Austria Gruppe aus dem Jahre 1996 bezeichnet Dr. Friedrich Stara, Generaldirektor des Unternehmens, Wien und Österreich als die logische Zentrale der Konzernaktivitäten in MOE. Wiens traditionelle Verbindungen, seine geographische Nähe zu diesen Märkten, die Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Kenntnis der Mentalität würden ideale Voraussetzungen für die erfolgreiche Präsenz in MOE, sowie für die Führung der dortigen Tochtergesellschaften schaffen.

Österreich gehört außerdem zu den Top-3 der Geschäftspartner in MOE, da von Österreich aus 13.000 Unternehmen mit österreichischen Anteilseignern und solchen aus MOE gegründet (Joint Ventures) und 4,3 Milliarden DM investiert wurden.

Henkel konnte sich durch den Erwerb lokaler Marken und Joint Ventures bereits in einigen MOE Ländern die Marktführerschaft sichern. In Ungarn wurde 1992 die „Henkel Magyarorszag“ gegründet. In ihr wurden alle ungarischen Henkel Beteiligungen zusammengefasst. Sie untersteht der Henkel Austria Gruppe, genau wie die polnische Konzerntochter „Henkel Polska“. Die Verantwortung für diese polnische Tochter wurde 1994 von der deutschen Konzernmutter an die Henkel Austria Gruppe übertragen, was einmal mehr die Attraktivität des Standortes Wien im Vergleich zu Berlin, trotz dessen geographischer Nähe zu Polen, deutlich macht.

4 Standort Wien/Österreich

4.1 Standortvermarktung in Wien

Die Vermarktung des Standortes Wien scheint gut organisiert. So wird über die Telefonnummer 4000 des Wiener Rathauses der interessierte Anrufer problemlos zu den entsprechenden Organisationen, zum Beispiel dem Wiener Wirtschaftsförderungsfond (WWFF), weiterverbunden.

Von dort kann jeder umfangreiches, aufwendig gestaltetes und informatives Material über den Standort Wien und seine Möglichkeiten erhalten.

Das komplette Netzwerk der Wiener Wirtschaft, vor allem mit Schwerpunkt in MOE, wird samt Namen, Telefonnummern und Angebotspaletten offengelegt.

Potentielle Investoren werden von Mitarbeitern des WWFF beim Aufbau ihrer Geschäftsaktivitäten, zum Beispiel bei der Anmietung von Büroräumen oder Behördengängen, unterstützt.

Die Außenwirtschaftskammer Österreichs in Wien ist inzwischen Europas größter Anbieter von Außenwirtschaftsinformationen im Internet. Das Angebot enthält In-

formationen über die Möglichkeiten von Firmenneugründungen in der EU sowie ein komplettes Register der österreichischen Außenhandelsfirmen. Es enthält aktuelle Wirtschaftszahlen Österreichs und bietet Kontakte für weitergehende Fragen."

Die Wiener Wirtschaftsuniversität und andere wissenschaftliche Institutionen unterstützen diese Entwicklung Wiens zum Ost-West Kooperationszentrum, indem sie diesen Themenbereich aktiv in ihre Lehre und Forschung integrieren.

4.2 Ausländerrecht und Visabestimmungen in Österreich

Ein wichtiger Standortfaktor sind unter anderem die ausländerrechtlichen Bestimmungen, die wünschenswerte wirtschaftliche Entwicklungen häufig behindern.

Ein ausländisches Unternehmen rekrutiert sein Führungspersonal in der Regel aus dem Herkunftsland, zumindest für die Anfangsphase. Wenn dies allerdings aufgrund rechtlicher Auflagen zu einem langwierigen, bürokratischen Prozess wird, kann es auf Dauer die Attraktivität eines Standortes beträchtlich mindern.

Das „Fremdenrecht“ der Republik Österreich unterscheidet zwischen der Aufenthaltserlaubnis und der Niederlassungsbewilligung: Eine Aufenthaltserlaubnis ist notwendig, wenn der Antragsteller unselbständig erwerbstätig ist und sein Arbeitsvertrag mit einem international tätigen Dienstgeber ihn als leitenden Angestellten mit maßgeblichen Führungsaufgaben ausweist.

Eine Aufenthaltserlaubnis ist auch nötig, wenn jemand in Österreich erwerbstätig ist, ohne sich dort dauerhaft niederzulassen. Für Saisonarbeitskräfte gelten gesonderte Regelungen.

Ein Aufenthaltstitel kann ab dem 16. Lebensjahr mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters beantragt werden. Die Anträge müssen vor der Einreise vom Ausland aus gestellt werden. Der Zweck des Aufenthaltes muss dabei durch geeignete Beweismittel und Urkunden nachgewiesen werden. Darüber hinaus muss eine „für Inländer ortsübliche Unterkunft“ zur Verfügung stehen.

Die Behörde entscheidet dann im Rahmen ihres Ermessens, unter Berücksichtigung der persönlichen, familiären und finanziellen Verhältnisse des Antragstellers. Öffentliche Interessen spielen dabei eine große Rolle. Der Aufenthalt des Antragstellers darf zu keiner finanziellen Belastung einer Gebietskörperschaft führen oder die Beziehungen der Republik Österreich zu einem anderen Staat beeinträchtigen.

Ein Aufenthaltstitel wird dann nicht erteilt, wenn der Antragsteller nach sichtsvermerksfreier Einreise nach einer Aufenthaltserlaubnis verlangt oder er das Staatsgebiet unter Umgehung der Grenzkontrollen erreicht hat.¹²

¹¹ Information der Außenhandelskammer Österreichs, Wiedener Hauptstraße 63, A-1045 Wien, April 1998.

¹² Widermann, Körner, Schinder, Wimmer 1997.

Für den Reiseverkehr zwischen Österreich und Tschechien, Ungarn und der Slowakei gilt Visumsfreiheit bei einer Aufenthaltsdauer bis zu 30 Tagen. Zwischen Österreich und Slowenien gilt Visumsfreiheit bis zu einer Dauer von drei Monaten. Die gleiche Regelung besteht zwischen Österreich und Polen.

Russen und Litauer hingegen benötigen ein Visum zur Einreise nach Österreich.

4.3 Verkehr und Infrastruktur

Für eine Metropole, die sich als geeigneter Wirtschaftsstandort in einer bestimmten Region profilieren möchte, sind gute Verkehrsverbindungen besonders wichtig. Nachfolgend werden die Bahnreisezeiten in die Nachbarstaaten sowie die Flugverbindungen ab Wien in ehemalige RGW-Staaten aufgelistet.

Bahnreisezeiten ab Wien nach Tschechien, Ungarn, Polen und in die Slowakei¹³

Prag	Brunn	Budapest	Warschau	Krakau	Bratislava
4'56	1'45	2'45	8'15	7'48	1'07

Mit 57 Ausbauprojekten soll die Bahnanbindung nach Tschechien, Ungarn, die Slowakei, Polen und die Ukraine modernisiert und Wien seine Funktion als Knotenpunkt des Ost-Westverkehrs noch ausbauen. Zusätzlich verfügt Wien über den größten Binnencontainerhafen Europas und ist durch die Anbindung an den Rhein-Main-Donau Kanal zu einem wichtigen Umschlagplatz für Güter zwischen den West- und Osteuropäischen Anrainern dieser Wasserstrassen geworden.

¹³ Zeiten nach Angaben der Österreichischen Bundesbahn (ÖBB).

Flugverbindungen ab Wien in ehemalige RGW-Staaten¹⁴

Land	Ziel	Airline	Nonstop	Frequenz
RUSS. Föderation	Moskau	Aeroflot Austrian	X	1x täglich 1x täglich
RUSS. Föderation	St. Petersburg	Aeroflot Austrian	X	2x pro Woche 4x pro Woche
Ukraine	Minsk	Austrian Air Ukraine	X	3x pro Woche 3x pro Woche
Ukraine	Odessa	Air Ukraine	X	6x pro Woche
Tschechien	Prag	Austrian CSA	X	37x pro Woche 37x pro Woche
Tschechien	Ostrava	Air Ostrava	X	5x pro Woche
Weißrussland	Minsk	Belavia Austrian	X	3x pro Woche 3x pro Woche
Moldawien	Kishinev	Air Moldova	X	2x pro Woche
Kasachstan	Almaty	Austrian	X	4x pro Woche
Rumänien	Bukarest	Tarom Austrian	X	1x täglich 1x täglich
Rumänien	Temesvar	Lauda Air	X	6x pro Woche
Polen	Warschau	LOT Austrian	X	1 8x pro Woche Code share
Polen	Krakau	LOT Austrian	X	5x pro Woche Code share
Lettland	Riga	Lauda Air Austrian	X	4x pro Woche Code share
Bulgarien	Sofia	Lauda Air Austrian Balkan Air	X	5x pro Woche 1x täglich 4x pro Woche
Estland	Tallinn	Lauda Air Austrian	X	3x pro Woche Code share
Litauen	Vilnius	Austrian Lauda Air	X	Code share 5x pro Woche

¹⁴ Angaben nach Informationen der Flughafen Wien AG, Stand : November 1997.

Im Vergleich zu Berlin hat Wien den Vorteil über einen einzigen, modernen Flughafen zu verfügen, welcher weltweite Nonstop Verbindungen anbietet.

Wien-Schwechat wird von 15 Airlines aus MOE und den GUS-Staaten angefliegen. Zusammen mit der sonstigen internationalen Anbindung des Flughafens wird Wien-Schwechat damit zum Umsteigeknotenpunkt in die GUS-Staaten.

Das Telefonnetz ist flächendeckend digitalisiert und bietet Direktwahlverbindungen in die MOE Staaten.

5 Fazit

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in MOE hat Wien seine Chance genutzt sich als das Kompetenzzentrum für Ost-Westkontakte zu profilieren.

Wien ist das politische und wirtschaftliche Zentrum eines EU-Staates in unmittelbarer Nähe der Reformstaaten. Es bietet die Vorteile einer Metropole westlichen Standards gepaart mit einer vielfältigen Ostkompetenz. Seine Erfahrung als Ost-West-Metropole und seine daraus resultierenden guten Beziehungen in den Osten Europas konnte es durch seine neutralen Status über den Kalten Krieg retten. Aus diesen Gründen führen namhafte westliche, auch deutsche Unternehmen ihre Ostaktivitäten von Wien aus.

Während Deutschland und Berlin mit der Wiedervereinigung beschäftigt war, konnte man sich in Wien von Beginn an auf die neuen Märkte konzentrieren. Man verstand es zum rechten Zeitpunkt, die Chancen der neuen Lage und des eigenen Erfahrungspotentials durch die traditionell engen Verbindungen zu Ungarn, Tschechien und Slowenien konsequent einzusetzen.

Die neuen Märkte eröffnen große Möglichkeiten. Jahrzehntlang aufgestaute, unbefriedigte Konsumbedürfnisse und mangelnde Infrastruktur in MOE versprechen gute Wachstumsraten und außerdem günstige, neue Produktionsmöglichkeiten in der Nähe der kaufkräftigen, westlichen Märkte.

Berlins stärkere kulturelle Verbindung zu Polen und Russland allein ist keine Garantie, daß Berlin für diese Länder ein Hauptanlaufpunkt sein muss. Da in Berlin eine vergleichbar professionelle Standortvermarktung wie in Wien fehlt (es gibt nur ein Faltblatt in russischer Sprache), ist Berlin dabei, seine Chance als Kompetenzzentrum für diese Märkte zu verspielen. Durch das gegenüber Österreich wesentlich größere wirtschaftliche und politische Gewicht Deutschlands könnte Berlin allerdings vom Regierungsumzug profitieren. Eine ähnliche Position als Kompetenzzentrum für Osteuropa zu erreichen wie Wien es seit der Öffnung der ehemals kommunistischen Staaten für sich abgesichert hat, wird Berlin nur unter größten und Anstrengungen noch gelingen können. Dabei werden sich die Bemühungen Berlins vor allem auf Unternehmer aus Osteuropa richten müssen, welche in der EU tätig werden wollen, da viele westliche Konzerne sich bereits für Wien entschieden haben.

Berliner-NGOs: Eine mögliche Ressource für Ost-West-Kompetenz?

Astrid Ahlers, Marion Feldmann und Antje Müller

Für eine möglichst vollständige Bestandsaufnahme Berliner Ost-West-Beziehungen ist es unumgänglich, die Aktivitäten gesellschaftlicher Akteure zu berücksichtigen. Dazu gehören die zahlreichen Vereine und Initiativen, die in engem Kontakt zu Non-Governmental Organisations (NGOs) in Ostmittel- und Osteuropa stehen. Aber auch in Berlin agierende Organisationen, die sich auf die Betreuung von Aussiedlern und Ausländern aus den betreffenden Ländern spezialisiert haben, sind für uns von Interesse. Sie erfüllen eine wichtige soziale Funktion für das Zusammenleben zwischen Deutschen und Zuwanderern in Berlin, da sie häufig über hohe sprach- und landeskundliche Kompetenzen verfügen (z.B. Selbsthilfeorganisationen von Migrantinnen) und aus diesem Grunde mehr Vertrauen genießen und direkteren Zugang zu den Betroffenen haben als staatliche Institutionen.

Die Frage nach Ost-West-Kompetenz Berlins erfordert zunächst Überlegungen zum verwendeten Osteuropa-Begriff, aufgrund dessen die Zuordnung einer Organisation zur betreffenden Region gemacht werden kann. Während der Zeit des „Kalten Krieges“ überwog ein politisch definierter Osteuropa-Begriff, der auf den Systemunterschieden basierte. Nach Auflösung des „Ostblocks“ stellt sich nun die Frage, ob dieser ehemalige Systemunterschied als Kategorisierung weiterhin tragfähig bleibt.¹ Der in der wissenschaftlichen Debatte geführte Disput schlägt sich auch in den Informationsschriften der Berliner NGOs nieder. Die pragmatischste und häufigste Variante ist die Grenzziehung zwischen Polen als zu Osteuropa zugehörig und der Bundesrepublik als westeuropäischem Land. Von der praktischen Eingrenzung her entspricht er dem politischen Osteuropa-Begriff.²

Als mögliche Grundlagen für eine große Präsenz ostmittel- und osteuropabezogener NGOs und ihre positive Einflussnahme auf das politische und soziale Geschehen der Stadt dienen vor allem die geographische Lage Berlins, die Hauptstadtrolle sowie die Vielzahl der ostmittel- und osteuropäischen Migrantinnen, die eine lange Tradition hat und den Ruf Berlins als Ost-West-Drehscheibe stärkt.³ Die Tradition Berlins als

¹ Dieser Problematik müssen sich unter anderem die zahlreichen „Osteuropa-Institute“, bzw. Osteuropa-Fakultäten etc. stellen, deren Entstehungszeit teilweise in die Phase des „Kalten Krieges“ fällt und deren Namensgebung den politischen Osteuropa-Begriff widerspiegelt und transportiert. Vgl. Sundhaussen 1998.

² In einigen Fällen wurde der Begriff „Mittel- und Osteuropa (MOE)“ verwandt, einmal „Ost-, Mittel- und Südosteuropa“. Teilweise gibt es Doppelungen wie „ehemalige Sowjetunion sowie die baltischen Staaten“ und kryptische Bezeichnungen wie „Osteuropa und die Nachfolgestaaten der Sowjetunion“. Bei der Mehrheit der Organisationen lässt sich aber kein Osteuropa-Begriff ausmachen, sie beziehen sich auf bestimmte einzelne Partnerländer. So lässt sich der in der Globalisierungsdebatte häufig konstatierte Doppelprozess der Globalisierung versus Fragmentierung auch in unserem Untersuchungsrahmen beobachten.

³ Ausgangspunkt unserer Arbeit bildete ein von uns verschickter Fragebogen, um eine möglichst vollständige Datenbank von NGOs mit Betätigungsfeld in und/oder Ostmittel- und Osteuropa zu

Emigrantenstadt scheint sich jedoch nicht auf die NGO-Bildung auszuwirken. Für unsere Untersuchung läßt sich keine Tradition Berliner-Osteuropa-NGOs aus den 20er Jahren erkennen. Dagegen wurden die meisten Organisationen Ende der 80er, Anfang der 90er Jahre, also in der Zeit der „Wende“ nach dem Ost-West-Konflikt gegründet⁴, wohingegen vor der „Wende“ Ostberlin eher von „gezwungenen“ Beziehungen⁵ nach Osteuropa, insbesondere zur UdSSR, geprägt war. Gesellschaftliches Engagement wurde vom Staat kontrolliert. In Westberlin entwickelten sich, als Ergebnis des Kalten Krieges, nur einige wenige gesellschaftliche Kontakte nach Osteuropa. Der schon vor der Wendezeit intensivere Kontakt zu Polen könnte sich aus der oppositionellen Rolle der polnischen katholischen Kirche und dem, im Vergleich zu den anderen sozialistischen Staaten, schon sehr früh einsetzenden Reformdruck erklären lassen.

Mit Hilfe der Informationen aus unserer Datenbank von derzeit 58 Organisationen soll untersucht werden, ob und wie NGOs mit Bezug auf Ostmittel- und Osteuropa in Berlin aktiv sind. Die Ergebnisse lassen sich im Rahmen der zentralen Fragestellung nach der Ost-West-Kompetenz Berlins hauptsächlich in quantitativen Aussagen über die Dichte der bereits bestehenden Strukturen, die Schwerpunkte und Zielländer formulieren.

Die Beantwortung der zentralen Fragestellung, ob Berlin ein Kompetenzzentrum für Ost-West Kontakte ist, scheint aufgrund des Fehlens geeigneter Maßstäbe zur Bewertung der Qualität einer Kompetenz (Vergleich mit anderen Städten oder das Erreichen politischer Zielsetzungen) nicht ohne weiteres möglich. Daher richtet sich das Interesse der Überlegungen im letzten Teil des Textes hauptsächlich auf die Potentiale, deren Nutzung die Osteuropakompetenz der Stadt steigern könnten.

I Was sind NGOs?

In dem Feld der „Internationalen Beziehungen“ taucht seit einigen Jahren im zunehmenden Maße der Begriff der *non-governmental-organization* (NGO) auf. Die Organisationen des „Dritten Sektors“ oder auch des „NGO-Sektors“⁶, agieren in der Sphäre zwischen staatlicher und wirtschaftlicher Macht und versuchen Verantwortung zu übernehmen und Einfluss zu üben, wobei ihre aktive und zentrale Rolle als integraler

erstellen. Mit Hilfe der Informationen aus dieser Datenbank von derzeit 58 Organisationen soll untersucht werden, ob und wie NGOs mit Bezug auf Ostmittel- und Osteuropa in Berlin aktiv sind und wie sich dies auf eine mögliche Osteuropa-Kompetenz der Stadt auswirken kann.

⁴ Vgl. Datenbank: Eine Organisation wurde vor dem 1. Weltkrieg gegründet, sechs in der Zeit des Kalten Krieges, der überwiegende Teil aber während und nach der Wendezeit (39 von 58 Organisationen wurden nach 1989 gegründet, 44 von 58 Organisationen bezogen nach 1989 Osteuropa in ihre Arbeit ein).

⁵ Die ehemalige Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) ist das beste Beispiel hierfür, denn nahezu jeder Bürger der DDR musste Mitglied der DSF werden, um der offiziell verordneten Freundschaft mit den Befreiern gerecht zu werden. Als Verein „Freunde der Völker Russlands“, versuchen neue und alte Mitglieder jetzt einen Neuanfang.

⁶ In Abgrenzung zum „Ersten Sektor“ (Staat) und zum „Zweiten Sektor“ (Wirtschaft).

Bestandteil der Zivilgesellschaft⁷ unterschiedlich definiert wird. Dabei ist nicht genau determiniert, was alles unter diesen Begriff fällt."

Ein Kriterium für Organisationen des „Dritten Sektors“ ist, dass sie „sich einer eindeutigen Ausrichtung an den Handelsimperativen von Geld und Macht entziehen und sich daher den systembedingten Zwängen von Markt und Staat nicht ohne weiteres subsumieren lassen“.⁸

Gesa Walcher⁹ definiert die Organisationen des „Dritten Sektors“ folgendermaßen:

- privat, d.h. institutionell vom Staat getrennt, was staatliche Unterstützung jedoch nicht ausschließt,
- formal, d.h. die Organisationen sind institutionalisiert; in vielen Fällen wird dies durch die Eintragung als Körperschaft oder Verein aber auch beispielsweise durch regelmäßige Sitzungen, das Vorhandensein von Arbeitsplätzen oder durch gesetzte Verfahrensregeln deutlich,
- keinerlei Gewinnenteilung im Sinne des Umverteilungsverbots unterlegen, Gewinne müssen dem Zweck der Organisation wieder zugeführt werden (*non-distribution constraint*),
- selbstverwaltet, d.h. sie haben ihre eigenen inneren Verfahrensregeln und werden in konstitutionellen Angelegenheiten nicht von außen kontrolliert,
- freiwillig, d.h. ein erhebliches Maß an freiwilliger Beteiligung muß nachweisbar sein.

Im folgenden werden wir uns auf den oben genannten NGO-Begriff beziehen.

In unserem Untersuchungsfeld kann man zwischen zwei Typen von Organisationen unterscheiden:

Organisationen, die (a) *handlungsfeldbezogen* fungieren und solchen, die eher (b) *regionenbezogen* agieren.

Organisationen, die sich die Bildung von handlungsfeld- oder regionenbezogenen *Netzwerken* zum Ziel gesetzt haben, stellen eine besondere Kategorie in unserer Analyse dar.

Die *handlungsfeldbezogenen* Akteure verfolgen eher globale Ziele wie Frieden, Menschenrechte, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit." So arbeiten Organisationen,

⁷ Zur Definition von Zivilgesellschaften: Vgl. Klein, 1997, in: Altvater, Brunnengräber, Haake, Walk (Hg.), 315-339.

⁸ Der Begriff der NGO ist allgemein mit nicht-staatlich und nicht-kommerziell rein negativ definiert.

⁹ Walcher 1997, 4.

¹⁰ Vgl. Walcher 1997, 8, 9.

¹¹ Diese Organisationen setzen sich, nach unserer Datenbank zu urteilen, überwiegend mit Kultur (27), Aufarbeitung der Geschichte (26), Jugendaustausch (22), humanitärer Hilfe (20), Menschen- und Bürgerrechten (17) und Erwachsenenbildung (16) auseinander. Seltener sind die Bereiche: politische Vernetzung (12), Workcamps (11), Berufsaustausch (8), Ökologie (8), StudentInnen-

die sich auf den Bereich der Humanitären Hilfe spezialisiert haben, überwiegend mit Ländern der „Dritten Welt“ zusammen. Länder Ostmittel- und Osteuropas wurden in den meisten Fällen für westliche handlungsfeldbezogene Organisationen erst nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu Zielländern ihrer Arbeit. Eine spezielle Osteuropa-Kompetenz wird bislang seitens dieser Organisationen selten vorausgesetzt oder angeboten.

Bei den *handlungsfeldbezogenen* Akteuren kann man grundsätzlich zwischen Organisationen, die primär in Berlin tätig sind und solchen, deren Engagement international erfolgt, unterscheiden. Erstere beschäftigen sich meistens mit Informationsvermittlung, politischer Bildung, aber auch mit der Integration von Migrantinnen aus den betreffenden Ländern in Berlin. Letztere konzentrieren sich auf Austauschprogramme, humanitäre Projekte und dergleichen.

Zu den *regionenbezogenen* NGOs zählen in unserer Analyse Organisationen, die sich speziell mit einem osteuropäischen Land auseinandersetzen oder allgemein ihren Arbeitsschwerpunkt auf die Staaten Ostmittel- und Osteuropas setzen. Diese Organisationen konzentrieren sich häufig auf die Förderung interkultureller Beziehungen (Freundschaftsverbände), auf die Vermittlung von Sprachkenntnissen und landeskundlichen Eigenheiten sowie auf die Organisation oder Förderung von Begegnungen zwischen Jugendlichen oder Vertretern bestimmter Berufsgruppen. Bei diesen Organisationen ist Osteuropa-Kompetenz² von großer Relevanz für eine erfolgreiche Arbeit. Häufig gehören ihnen Migrantinnen aus den entsprechenden Ländern oder Personen an, deren persönlicher oder beruflicher Hintergrund eine Affinität zu den Zielländern und den jeweiligen Kulturen mit sich bringt.

Unserer Analyse nach zu schließen, ergibt sich für den regionalen Schwerpunkt ein geringfügiges Übergewicht zugunsten Russlands und Polens, die auch den größten Anteil osteuropäischer Bevölkerungsgruppen in Berlin stellen."

Einige wenige der von uns erfassten Organisationen haben es sich zudem zur Aufgabe gemacht, Kontakte zwischen anderen Organisationen zu vermitteln und dadurch eine politische Vernetzung zu erreichen. Diese Netzwerke sind inhaltlich mit den handlungsfeldbezogenen Organisationen vergleichbar, da sie sich auf verschiedene Ziele konzentrieren und aufgrund dieser Spezialisierung regionen- und handlungsfeldbezogene Netzwerke aufzubauen versuchen. Themengebiete sind zum Beispiel antirassistische und interkulturelle Arbeit, Frauen, Ökologie. Teilweise werden auch Vernet-

kontakte (7), Antirassismus (7), Frauen (6), Betreuung von Aussiedlerinnen (6), Betreuung ehemaliger KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiterinnen (5), Forschung (4), Flüchtlinge und Migrantinnen (2) und Sport(2)

¹² Unter Osteuropa-Kompetenz soll in dieser Analyse verstanden werden: Kenntnisse landeskundlicher, sprachlicher, biographischer, berufsbedingter bzw. praktischer oder akademischer Art. Dabei sollen Kenntnisse über Mentalitäten und Traditionen der jeweiligen Region eingeschlossen sein. Wichtig sind demnach nicht Spezialkenntnisse sondern vielmehr das Verständnis der gegebenen Verhältnisse und die richtige, realistische Einordnung der Machbarkeiten und Risiken außerhalb geübter und tradierter (deutscher) Verhältnisse und sozialisationsbedingter Verhaltensmuster.

¹³ Nach Angaben von Schmid (1998) leben zur Zeit in Berlin über 100.000 ehemalige Sowjetbürger und ebenso viele Polen.

zungen innerhalb einer bestimmten Zielregion bzw. von Organisationen, die sich auf bestimmte Zielregionen konzentrieren, angestrebt. In Einzelfällen werden auch internationale NGO-Netzwerke genutzt.

NGOs lassen sich aufgrund ihrer Struktur, ihrer Tätigkeiten und ihrer Finanzierung unterscheiden¹⁴:

- Mitgliederorganisationen, wie *Amnesty International*, die national und international agieren,
- unternehmerisch geführte Gruppierungen, wie *Greenpeace*, die wie Mitgliederorganisationen auf zwei Ebenen der Politik, nämlich auf der nationalen und der internationalen Ebene agieren,
- Forschungsinstitute sowie Bildungseinrichtungen, und
- schließlich sind die „neuen sozialen Bewegungen“¹⁵, die sich in Bürger und Stadtteilinitiativen, ebenso aber auch in anderen basisbewegten Gruppierungen organisieren, zu nennen. Ihr Interesse ist örtlich oder regional gebunden, so dass es sich inhaltlich in der Regel um Einzelfragen handelt. Hinzu kommt, dass ihr Zusammenschluss zeitlich beschränkt ist.

Die Mehrheit der Mitglieder von NGOs arbeitet auf ehrenamtlicher Basis", was sich einerseits als Antriebskraft positiv auswirkt, andererseits aber auch ein Hindernis für kontinuierliche und effiziente Arbeit darstellt, da die Mitglieder mitunter stark überlastet sind.¹⁷ Auch erfordert die Akquise von Mitteln oftmals einen hohen bürokratischen und personellen Aufwand. In einigen NGOs wird die Tätigkeit mit Hilfe von ABM-Stellen unterstützt.

Viele Mitglieder und Mitarbeiter der Organisationen rekrutieren sich aus der hohen Anzahl an Studenten in Berlin, die durch ihr Studium oder durch Praktika mit Osteuropa in Berührung gekommen sind, aus Migrantinnen sowie aus Personen, die aufgrund ihrer beruflichen Qualifikation in der DDR über entsprechende sprach- und landeskundlichen Kenntnissen und über Kontakte verfügen.

Die Art und die Anzahl der genutzten Finanzierungsquellen ist sehr unterschiedlich, der größte Teil der von uns befragten Organisationen finanziert sich jedoch aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden." Hinter der Bevorzugung dieser Finanzquellen können

¹⁴ Vgl. Walk; Brunnengräber; Altwater 1997, in: Altwater u.a. (Hg.), 14 ff.

¹⁵ Die letzte erwähnte Kategorie der neuen sozialen Bewegungen ist für unsere Untersuchung der Ost-West-Beziehungen nicht relevant, da uns kontinuierliche, über einen längeren Zeitraum fortbestehende Kontakte interessieren.

¹⁶ Vgl. Datenbank: Ausschließlich auf ehrenamtlicher Basis operierend: (31 von 58 Organisationen); 1-5 Mitarbeiter (13); über 5 Mitarbeiter (14).

¹⁷ Daß dies nicht immer der Fall sein muß, beweist die sehr effektive Tätigkeit von Amnesty International.

¹⁸ Vgl. Datenbank: Finanzierung: Mitgliederbeiträge (39), Sponsoring und Spenden (32), Stiftungen (24), Landesmittel (19), Bundesmittel (18), Europäische Gelder (15). Finanzierung aus „Vermögen der Organisation" wurde nur fünfmal genannt. Elf von 58 Organisationen gaben fünf und mehr unterschiedliche Finanzierungsquellen an, zwei davon sogar sieben von acht möglichen

entweder eine gewisse Trägheit und Unwissenheit über die Möglichkeiten der Mittelakquise, fehlende personelle Ressourcen oder auch ideelle Gründe stehen. Die Organisationen fürchten nicht selten, ihre Unabhängigkeit und unbürokratische Arbeitsweise zu verlieren, wenn sie auf öffentliche Gelder angewiesen sind. Gleichzeitig besteht starke Konkurrenz im Kampf um Fördermittel. Antragsverfahren sind langwierig und kompliziert. Diese Konkurrenz um Finanzierungsquellen, die ebenfalls auf dem „Spendenmarkt“ besteht, verhindert häufig eine engere inhaltliche Zusammenarbeit zwischen NGOs, die ähnliche Zielsetzungen verfolgen.

Für die Öffentlichkeitsarbeit sowie zur Intensivierung internationaler Zusammenarbeit ist die regelmäßige Nutzung computergestützter Kommunikationsmittel eine wichtige Ressource. Vor allem die global agierenden *handlungsfeldbezogenen* Organisationen nutzen bereits elektronische Medien zum reibungslosen Datenaustausch, da bei ihrer Arbeit schnelle Reaktionsfähigkeit sowie eine internationale Koordination vonnöten sind. Die meisten dieser Organisationen sind bereits mit einer Homepage im Internet präsent. Schwieriger gestaltet sich die elektronische Kommunikation für kleinere Vereine und Organisationen, da sie in der Regel weder über das finanzielle noch das personelle Potential verfügen.

2 Wo besteht ein Bedarf an Ost-West-Kompetenz?

Zum einen sind die NGOs selbst auf der Suche nach Mitarbeitern, wobei die Nachfrage nach Osteuropa-Kompetenz vom Profil der jeweiligen NGO abhängt: Wie bereits erwähnt, ist für regionenspezifische Organisationen die Osteuropa-Kompetenz ein wichtigeres Identitätsmerkmal als für handlungsfeldbezogene. Zum anderen könnten Kompetenzen von NGOs untereinander nachgefragt werden, was ihre Vernetzung fördern würde. Wie sich jedoch in unserer Untersuchung gezeigt hat, bleiben die Vernetzungsaktivitäten hinter unseren Erwartungen zurück.

Schließlich könnten Nachfragen aus dem ersten (Staat) oder zweiten Sektor (Wirtschaft) kommen. Unter der Vorgabe unserer Fragestellung nach Berliner Osteuropakompetenz erscheint es sinnvoll, den Sektor Staat auf den Berliner Senat einzugrenzen. Auf internationaler Ebene spielt auch die Europäische Union (EU) eine wichtige Rolle.

NGOs erbringen eine Vielzahl an Leistungen, die vom Staat nicht erbracht werden¹⁹, sei es, dass dieser keinen entsprechenden Handlungsbedarf beziehungsweise Auftrag dazu (durch die Wähler) sieht, sei es, dass diese Leistungen von NGOs kostengünstiger und flexibler erbracht werden. Im letzteren Fall benötigt der Staat die Kompetenzen der NGOs, um Handlungsdefizite sachverständig auszugleichen und ist auch bereit, im Rahmen seiner Möglichkeiten materielle Ressourcen zur Verfügung zu stel-

Nennungen. Dabei zeigt sich, daß die *regionenbezogenen* Organisationen (vor allem die Freundschaftsvereine) in der Regel nur wenige Möglichkeiten ausschöpfen, während die *handlungsfeldbezogenen* tendenziell mehr unterschiedliche Quellen nutzen.

¹⁹ Vgl. Walcher 1997.

len.²⁰ In den meisten von uns betrachteten Fällen sieht der Berliner Senat neben finanziellen Erwägungen anscheinend keinen Handlungsbedarf beziehungsweise keinen Auftrag lokaler Berliner Politik. Das betrifft vor allem Projekte, welche die Unterstützung der Entwicklung einer Zivilgesellschaft in Osteuropa oder karitative Maßnahmen zum Ziel haben. Unseres Erachtens liegt das darin begründet, dass der Senat unter Osteuropapolitik vornehmlich die Stärkung, den Ausbau und die Erschließung wirtschaftlicher Verbindungen versteht.²¹ Im Rahmen der Berliner städtepartnerschaftlichen Beziehungen zu Moskau werden zwar auch NGOs in die Aktivitäten einbezogen. Für den Bereich der Osteuropapolitik kann jedoch keine positive Bilanz gezogen werden. Dieser Eindruck bestätigte sich in den mit Senatsbeamten und verschiedenen Berliner NGO-Vertretern geführten Gesprächen. Indessen gibt es auch NGOs, die aus Gründen der eigenen Handlungslogik Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen nicht suchen.

Eine konsequentere Osteuropapolitik im gesellschaftspolitischen Bereich findet auf EU-Ebene statt. Es ist anzunehmen, dass die EU die Notwendigkeit der Entwicklung von Zivilgesellschaften in Osteuropa, als Garanten für stabile Demokratien, weitestgehend erkannt hat, wobei nicht zuletzt wirtschaftliche Erwägungen eine Rolle spielen. Beleg dafür ist die Existenz von Förderprogrammen wie LIEN, PHARE oder TACIS-democracy²² Zudem werden durch solche Programme die außenpolitischen Beziehungen zu den ostmittel- und osteuropäischen Staaten stabilisiert und den Anwärtstaaten die demokratischen Verfahrensweisen der EU nähergebracht. Die praktische Umsetzung dieses Anliegens hat die EU weitestgehend an die NGOs delegiert. Neben landeskundlichen Kompetenzen, die für diese Aufgabe relevant sind, sowie der Kosteneffizienz und Basisnähe der NGOs, bestehen weitere Vorteile einer Nutzung der NGO-Kompetenzen durch die EU:

Die bestehenden bi- oder multilateralen politischen Beziehungen zwischen staatlichen beziehungsweise EU-Akteuren werden nicht negativ beeinträchtigt (Die Arbeit gesellschaftlicher Akteure in Ostmittel- und Osteuropa ist oft mit einem Kampf gegen bestehende Strukturen des jeweiligen Staates verbunden, so dass es als Einmischung in die inneren Angelegenheiten gewertet werden könnte, würden hier staatliche Akteure intervenieren.)

Die EU kann sich durch Unterstützung solcher Aktivitäten zunehmend als Identifikationsgröße auf gesellschaftlicher Ebene in Mitgliedstaaten und Anwärtstaaten etablieren²³.

²⁰ Das zeigt sich z.-in der Zusammenarbeit des Senats mit einigen Frauenprojekten wie OWEN. Allerdings sind im Bereich frauenbezogener Projekte nur wenige Osteuropa-NGOs tätig.

²¹ Buchs, Ehmke, Fein, Krekeler 1998, in: Berliner Osteuropa Info Nr. 10.

²² „Das Demokratieprogramm soll einen Beitrag zur Konsolidierung pluralistischer, demokratischer Verfahren und Praktiken sowie der Rechtsstaatlichkeit leisten, um den Gesamtprozess der Wirtschafts- und Staatsreform in den Ländern Mittel- Osteuropas sowie den Neuen Unabhängigen Staaten (NUS) und der Mongolei voranzubringen.“ Schroeder (Hg.) 1996.

²³ Als Ziele der Förderprogramme werden u.a. genannt: „Entwicklung eines europäischen Bewusstseins“(S.20) Das Programm soll Bürgerinnen und ihre gewählten Vertreterinnen in den europäischen Einigungsprozess einbeziehen und ihr Gefühl der Zugehörigkeit zur Europäischen Union

Von der Entstehung beziehungsweise Festigung von Zivilgesellschaften in Osteuropa wird eine rechtsstaatliche und institutionelle Konsolidierung der betroffenen Länder erwartet, was nicht zuletzt im wirtschaftlichen Interesse der EU liegt.

In dieser Entlastungspolitik der EU liegt für die NGOs eine Chance, sie ist aber kein Garant für eine dauerhafte Zusammenarbeit. Im Evaluierungsbericht der EU von 1997²⁴ wurde die Effizienz und Nachhaltigkeit der NGO-Förderprogramme unter den geltenden Rahmenbedingungen teilweise in Frage gestellt²⁵. Mit Auslaufen der alten Förderprogramme in den nächsten Jahren werden neue in Kraft treten, die durch Dezentralisierung in stärkerem Maße (und zum Nachteil der westlichen Organisationen) die Kompetenzen der osteuropäischen NGOs nachfragen werden²⁶.

Viele der von uns erfassten NGOs finanzieren sich über Stiftungen und Sponsoring, auch aus dem wirtschaftlichen Sektor.²⁷ Die Beziehungen zwischen der Wirtschaft und NGOs erschöpfen sich aber in materieller Hilfe. Eine Nachfrage nach der Osteuropa-Kompetenz der NGOs durch die Wirtschaft konnte von uns nicht festgestellt werden. Unseres Erachtens werden die Potentiale dieser Ressourcen zu Unrecht vernachlässigt: Das Verständnis von Marktmechanismen könnte ergänzt werden mit der Osteuropa-Kompetenz und dem spezifischen Know-how der informell und an der Basis arbeitenden Organisationen und somit einen Wettbewerbsvorteil für die in Osteuropa agierenden Unternehmen schaffen. Die Beispiele zweier Organisationen, die ihre Erfahrungen mit der Bürokratie und Mentalität sowie speziellen wirtschaftlichen Gegebenheiten der Partnerländer für die Gründung von kommerziellen Unternehmen genutzt haben, belegt, dass NGOs über Kompetenzen verfügen, die der Wirtschaft dienlich sein können.²⁸

Nicht zuletzt ist die mangelnde Nachfrage an Osteuropa-Kompetenz durch Staat oder Wirtschaft auch auf die unzureichende Öffentlichkeitsarbeit vieler NGOs zurückzuführen. Beispielhaft ist die Erklärung eines Mitgliedes einer Bildungs- und Forschungseinrichtung, dass sie gern an Berliner Schulen vortragen würden, leider sei aber bisher noch kein Lehrer an sie herangetreten. Ein weiterer Grund für die mangelnde Nachfrage nach Kompetenzen besteht im Fehlen von aktuellen, für die interessierte Öffentlichkeit leicht zugänglichen Informationen über NGOs und deren Betätigungsfelder.

–
stärken".(S.4) Vgl. ebenda.

²⁴ ISA Consult, European Institute, Sussex University GJW Europe 1997.

²⁵ So war beispielsweise nach den bisher geltenden Richtlinien die Zusammenarbeit mit einer westlichen Organisation für die osteuropäischen NGOs obligatorisch. Die Leitung des jeweiligen Projektes lag, begünstigt durch die Förderrahmenbedingungen, fast immer in der Verantwortung der betreffenden westlichen NGO.

²⁶ Gespräch mit Herrn Piehl, zuständig für die Förderprogramme TACIS und PHARE in Brüssel.

²⁷ Da die positive Beeinflussung des Firmenimages eine wesentliche Motivation für Sponsoring darstellt, werden jedoch unserer Vermutung nach überwiegend Projekte und Organisationen unterstützt, die diese auch bewirken können: Projekte, die sich beispielsweise mit Kinder- und Jugendaustausch und -förderung oder humanitärer Hilfe beschäftigen, sind weitaus prestigeträchtiger als Intentionen mit Protestpotential oder die Unterstützung gesellschaftlicher Randgruppen.

²⁸ Es handelt sich dabei um eine Unternehmensberatung in Russland und eine Au-pair Vermittlung.

Erwähnt werden müssen ebenso ideologische Motive, die eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaft als nicht wünschenswert erscheinen lassen. Das Engagement in einer NGO ist oftmals motiviert durch das Bedürfnis, jenseits von Effizienz- und Rentabilitätskriterien tätig zu werden, beziehungsweise die negativen Folgen eines an solchen Vorgaben orientierten Handelns auszugleichen. Eine Zusammenarbeit mit der Wirtschaft erscheint daher vielen NGO-Akteuren als Verrat an der Sache. Die Beschaffung von materiellen Ressourcen des ersten und zweiten Sektors weist ferner einen weiteren Hinderungsgrund für die NGOs auf: „Um verschiedene Ressourcen mobilisieren zu können, kommt es für die Organisationen des Dritten Sektors darauf an, eigene Kompetenzen und Handlungsstrategien mit der institutionellen Eigenlogik und Eigenselektivität des Ressourcengebers zu verknüpfen“.²⁹ Dies verlangt jedoch für den Erhalt inhaltlicher und struktureller Unabhängigkeit der NGOs meist eine Gratwanderung zwischen der Notwendigkeit zur Anpassung und dem Bestreben nach Eigenständigkeit, eine Konfliktsituation, die oft genug auf Kosten der Unabhängigkeit gelöst wird.³⁰

Dass aktuelle gesellschaftliche und soziale Probleme in die massenmediale Berichterstattung aufgenommen werden, ist neben journalistischem Interesse auch den NGOs zu verdanken. Sie stellen nicht selten ihre Kompetenzen und Informationen sowie das Hintergrundwissen aus ihren Arbeitsfeldern zur Verfügung oder thematisieren Problemfelder selber durch aktive Medienarbeit. Für die wirkungsvolle Arbeit von NGOs ist eine starke mediale Präsenz ein entscheidendes Mittel für die Sensibilisierung und Mobilisierung der Öffentlichkeit, um Druck auf Verantwortliche und Entscheidungsträger auszuüben und materielle Unterstützung zu akquirieren. Die Medienpräsenz regionaler NGOs beschränkt sich jedoch zum größten Teil auf lokale Medien, wobei die Aktivitäten der regionenbezogenen Organisationen, die vorwiegend in Osteuropa tätig sind, von den Medien relativ schwach wahrgenommen werden. Zwar gelingt es Berliner NGOs hin und wieder, die Medien zur Gewinnung öffentlicher Aufmerksamkeit zu nutzen, jedoch könnte dieses Potential noch intensiver ausgeschöpft werden.

²⁹ Walcher 1997.

³⁰ Ein Beispiel dafür ist das „Kuratorium zur Unterstützung deutscher Minderheiten im Ausland e.V.“. Erklärtes Ziel der Organisation war es, sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen deutscher Minderheiten im Ausland einzusetzen, um diese zum Verbleib in der jeweiligen Region zu motivieren. Eine finanzielle Unterstützungsmaßnahme des Senates war aber gekoppelt an die Aufgabe, Aussiedler in Berlin zu betreuen, was ein Beispiel für den Handlungsbedarf des staatlichen Sektors ist. Obwohl das der Überzeugung und den gesalzten Zielen des Kuratoriums widersprach bezogen sie diese Tätigkeit in ihre Arbeit mit ein.

³¹ Konkrete Recherchen haben wir dazu nicht durchgeführt, dennoch verweisen wir an dieser Stelle auf die Berichterstattung des Fernsehens über Straßenkinder in Moskau und St. Petersburg, Waisenhäuser in Rumänien, „Kennzeichen D“ berichtete 1995 in Zusammenarbeit mit dem Berliner DRA über das Drogenselbsthilfeprojekt Vozrozdjenje, die Tätigkeit des Kuratoriums zur Unterstützung deutscher Minderheiten im Ausland fand in der Süddeutschen Zeitung, der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Berliner Morgenpost usw. wiederholt Aufmerksamkeit. Besonders Umweltorganisationen machen immer wieder durch spektakuläre und medienwirksame Aktionen auf sich aufmerksam. Auch die global agierenden Organisationen nutzen Medien als effektives Druckmittel.

3 Vernetzung von NGOs

In der wissenschaftlichen Debatte um die Perspektiven von NGOs wird zunehmend von der Notwendigkeit beziehungsweise Tendenz zur Vernetzung gesprochen³². Ansgar Klein schreibt in diesem Zusammenhang sogar von einem „...Zwang zur Internationalisierung politischen Handelns...“³³. Betrachtet man die Bildung supranationaler Netzwerke als Voraussetzung für die dauerhafte Effizienz von NGOs, so läßt sich die Frage stellen, ob diese Netzwerke eine mögliche Ressource für die Berliner Osteuropa-Kompetenz darstellen.

Soweit Vernetzungen bestehen, handelt es sich um horizontale, informelle Beziehungen zwischen den Einzelakteuren, die häufig nur marginal und sehr instabil sind und sich durch große Unverbindlichkeiten auszeichnen (persönliche Kontakte, Austausch von Informationen etc.). Ein „Vernetzungsfieber“ kann bei den von uns erfassten NGOs nicht konstatiert werden.

Fragt man nach den Gründen hierfür, scheint eine Trennung sinnvoll: Allgemeine, die Vernetzung von NGOs erschwerende Gründe können auf personelle, strukturelle und inhaltliche Diskrepanzen zwischen den Organisationen zurückgeführt werden.³⁴

Spezielle Gründe ergeben sich daraus, dass in vielen Fällen eine Vernetzung auf Basis des gemeinsamen Osteuropa-Bezuges nicht zweckmäßig scheint. Dies wiederum erklärt sich zum Teil aus der Heterogenität der Regionen, die wir in unserem Osteuropabegriff einbeziehen und der mit ihnen verbundenen Problemlagen. Ebenso muß man die Auswirkungen globaler Zusammenhänge auf spezifische regionale Probleme betonen: Beispielsweise müssen soziale Problemlagen, wie etwa Straßenkinder in St. Petersburg, zunehmend im weltweiten Kontext der Deregulierung und des Siegeszuges des Neoliberalismus verstanden werden und lassen sich nur bedingt auf rein transformationsbedingte soziale Schäden im jeweiligen Inland reduzieren. Eine NGO-Vernetzung auf handlungsfeldbezogener Ebene erscheint unseres Erachtens weitaus sinnvoller.

Für eine längerfristige Perspektive von NGOs ist, dem Trend zur Globalisierung entsprechend, eine autonome, regionsunabhängige Vernetzung unabdingbar. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Aktivitäten reine Symptombehandlung bleiben, da sie globale Ursachen regionaler Sachverhalte nicht abdecken können. Dies erfordert allerdings, dass die spezifische Osteuropa-Kompetenz einer globalen, problemorientierten Kompetenz untergeordnet werden muss. Das macht basisorientierte Arbeit auf regionaler Ebene nicht obsolet, sondern sie muss in größere Zusammenhänge eingebunden werden. Bereits jetzt ist die Multinationalität vieler Osteuropa-NGOs ein Teilprozess der gesellschaftlichen Globalisierung.

³² Ansgar Klein spricht vom Aufbau transnationaler, internationaler und supranationaler Netzwerke als eine Reaktion auf die Globalisierung. Heike Walk konstatiert gar ein Vernetzungsfieber. Klein 1997.

³³ Ebenda, 320.

³⁴ Vgl. Heike Walk 1997, in: Altvater u.a., 210.

Tatsächlich findet jedoch kaum eine Zusammenarbeit zwischen regionalen und internationalen handlungsfeldbezogenen NGOs statt, obwohl eine Vielzahl von Institutionen mit Osteuropa-Bezug existiert. Die fehlende Vernetzung erschwert die gegenseitige Unterstützung, die Weiterleitung von Ideen und Konzepten und die Problemanalyse. Es kommt zu keiner gemeinsamen Entwicklung von Instrumenten und Strategien, von gemeinsamen, vereinheitlichten Forderungen ganz zu schweigen. Mit einer effektiven und kontinuierlichen Netzwerkbildung ließen sich sowohl Einflußais auch Partizipationsmöglichkeiten und Kommunikation ausweiten.

Einige wenige NGOs pflegen jedoch Kontakte zu anderen Organisationen, die sich mit dem gleichen Zielland auseinandersetzen. So entstehen kleine Netzwerke von Organisationen, die sich nur auf eine Region beziehen. In einigen Fällen war dies eine große Hilfe für unsere Recherchearbeit, da wir Kontakte zu zahlreichen weiteren Organisationen bekamen.³⁵

4 Schlußfolgerungen und Perspektiven

Ansgar Klein konstatiert im Umweltbereich eine „vitale lokale NGO-Szene“ in Berlin und prognostiziert mit dem Regierungsumzug den Zuzug weiterer national operierender NGOs nach Berlin, ein Befund, den wir im Falle der mit Osteuropa zusammenarbeitenden NGOs nicht teilen: Unserer Frage an die entsprechenden Organisationen, ob der Standort Berlin einen besonderen strategischen Vorteil biete, wurde von fast allen Befragten verneint. Wiederholt geäußert wurde, dass eine Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg besser funktioniere als mit Berlin. Immerhin scheint die Rekrutierung von Mitgliedern in der Stadt erfolgreich zu sein. Kompetenzen, die sich aus dem besonderen geographischen und historischen Kontext ergeben, werden bislang jedoch nur unzureichend genutzt. Über „Humankapital“ mit osteuropaspezifischen Kompetenzen verfügt Berlin nicht nur wegen seines historischen Kontextes, sondern unter anderem aufgrund der großen Anzahl hier lebender osteuropäischer Emigranten sowie seiner Universitäten. Hierin besteht eine der größten Ressourcen dieser Stadt, die in viel stärkerem Maße die Ost-West-Kompetenz erhöhen könnte, wenn Senat und Wirtschaft sie nutzen würden. Einen Ansatzpunkt dazu könnte das Public-Private-Divide Konzept bieten, das zur Zeit in Großbritannien praktiziert wird: Über Dienstleistungsverträge werden die örtlichen NGOs in öffentliche Aufgabenstellungen einbezogen. Neben der Kosteneffizienz und Entlastung der staatlichen beziehungsweise kommunalen Einrichtungen liegen die Vorteile dieser Lösung in der Nutzung der NGO-Kompetenzen, wodurch sowohl dem staatlichen Sektor als auch den betroffenen NGOs nicht nur finanzielle Vorteile entstehen könnten.

³⁵ Zum Beispiel bekamen wir Informationen von rumänienbezogenen Organisationen über weitere NGOs, deren Zielland Rumänien darstellt. Gleiches galt in besonderem Maße für Polen, aber auch für Ungarn. Zwischen Rumänien- und Ungarnbezogenen Organisationen gab es immerhin einen nationenübergreifenden Kontakt, der sich scheinbar erst im Aufbau befindet.

Dass es keine einheitliche programmatische Osteuropa-Politik des Berliner Senats gibt, kann aber auch als Chance für NGOs begriffen werden, wenn diese informelle Einflussmöglichkeiten wahrnehmen und eine Osteuropa-Politik (oder die Notwendigkeit dieser) formulieren. Walk, Brunnengräber und Altvater³⁶ schreiben in diesem Zusammenhang, dass Einflusschancen von aktiven Bürgern um so größer sind, je weniger entsprechende Behörden sich verfestigt haben. „Von NGOs gehen vermehrt Impulse zu Fachfragen oder Problembereichen aus, die an die zuständigen staatlichen Organe herangetragen und anschließend bearbeitet werden. Den NGOs kommt hier aber nicht mehr nur eine Innovationsaufgabe zu, sondern gleichzeitig besteht für den Staat die Möglichkeit, Veränderungspotentiale einzubinden und Reformdruck aufzuschieben.“³⁷

Zum anderen wäre es ein großer Verlust für die Ost-West-Kompetenz der Stadt, würde diese nur am wirtschaftlichen Austausch gemessen.³⁸ Möglichkeiten, die sich im gesellschaftlichen Bereich bieten, könnten bei einer einseitigen wirtschaftlichen Orientierung verspielt werden. Die im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Standortvorteilen genannten vermeintlichen Pluspunkte, wie die geographische Nähe und das Humankapital, haben für international agierende Unternehmen³⁹ nicht die Relevanz, wie das unseres Erachtens für gesellschaftspolitische Zusammenarbeit der Fall ist.

Schließlich sollte die positive Auswirkung einer Nutzung der NGO-Kompetenzen auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht unterschätzt werden. Die Füllung von Topoi wie „Drehscheibe Berlin“, „Brückenkopf zwischen Ost und West“ und anderer mit vorweisbaren Resultaten in außerwirtschaftlichen Bereichen könnte das Vertrauen der Wirtschaft in den Wirtschaftsstandort Berlin beleben. Ebenso kann die Wahrnehmung Berlins als Kompetenzzentrum durch eine verstärkte Berichterstattung über Kontakte zwischen Berlin und Osteuropa erheblich forciert werden.

Einige der NGOs bekundeten großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen in Berlin. Teilweise bestehen schon Verknüpfungen, indem Hochschulangehörige als Mitglieder in Vereinen tätig sind. Da sich in den Organisationen häufig Studenten oder Personen mit einer akademischen Bildung engagieren, übernehmen die Universitäten die wichtige Funktion von „Nachwuchslieferanten“ an die NGOs. Studenten können auf ehrenamtlicher Basis wichtige (auch internationale) Berufserfahrungen sammeln und sich in teamorientierter Arbeit üben. Fremdsprachenkenntnisse können in der praktischen Arbeit gefestigt sowie der Umgang mit neuen Medien wie dem Internet geübt werden. Die Kontakte der NGOs zu gesellschaftlichen Akteuren und zu politisch engagierten Personen in Ostmittel- und

³⁶ Walk, Brunnengräber, Altvater, 1997, in Altvater u.a. (Hg.), 20.

³⁷ Walk 1997, 218.

³⁸ Die schlechte Wirtschaftslage Berlins, für die keine Besserung in greifbarer Nähe scheint, läßt eine Etablierung der Stadt als wirtschaftliches Kompetenzzentrum in den nächsten Jahren relativ unwahrscheinlich erscheinen. Vgl. dazu: Standke1998.

³⁹ Mittelständische Unternehmen sehen in der geographischen Nähe sogar eine Bedrohung (billige Arbeitskräfte und niedrigere Produktionskosten verstärken den Wettbewerb).

Osteuropa sind auch Ressourcen für Forschung und Lehre. Eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Osteuropa-Institut und NGOs würde positive Synergieeffekte für beide Seiten produzieren. Dies könnte in Form von Gastvorträgen, Praktika, Exkursionen, Gastdozenten, gemeinsamen Veröffentlichungen,⁴⁰ inhaltlicher Zusammenarbeit, etc. geschehen.

Die Erstellung einer Datenbank von Osteuropa-NGOs wurde vielfach begrüßt. In diesem Zusammenhang ist eine Zusammenstellung aller Berliner Osteuropa-Aktivitäten angeregt worden. Dem Osteuropa-Institut könnte hierbei eine wichtige Rolle für die Vermittlung und Anbahnung von Kontakten zwischen staatlichen, nicht-staatlichen und Wirtschaftsakteuren zukommen.

⁴⁰ Es würde die Bibliothek des OEI sehr bereichern, wenn neben wissenschaftlichen Arbeiten, die Veröffentlichungen der NGOs zur Verfügung gestellt werden. Die zunehmende Professionalisierung und Verwissenschaftlichung der Arbeit von NGOs bewirkt, daß diese als Informationsquellen auch für den Bereich der Forschung immer mehr an Relevanz gewinnen.

Piroschka-Romantik und Postmoderne Philosophie

Die osteuropäischen Kulturinstitute in Berlin: Mittler zwischen den Kulturen

Pamela Dorsch, Julia Koch und Christian Thiele

Von der Ausstellung junger ungarischer Architektorentwürfe über den bulgarischen Liederabend, von der russischen Raumfahrtausstellung über eine Filmreihe polnischer Regisseurinnen bis hin zur Reflexion über Episches Schaffen in der Tschechischen Republik. Fünf mittel- und osteuropäische Staaten unterhalten Kulturinstitute in Berlin, ein sechstes befindet sich gerade in der Gründungsphase. So unterschiedlich Anspruch und Programm, versuchen sie dennoch alle, in Berlin die Kultur ihres Landes zu präsentieren.

Gemeinsam ist den Kulturinstituten das Anliegen, in erster Linie dem deutschen Publikum Sprache und Kultur ihres Landes nahezubringen. Darüber hinaus bieten sie den hier lebenden Immigrantinnen und Immigranten ein kulturelles und soziales Umfeld. Die Gewichtung dieser beiden Aspekte unterscheidet sich von Institution zu Institution.

Im Haus der Wissenschaft und Kultur der Russischen Föderation etwa wird besonderer Wert auf das Angebot an Sprachkursen für die Kinder hier lebender Immigranten aus Rußland gelegt; überhaupt stellen hier die Immigranten aus Russland eine wichtige Zielgruppe dar. Dagegen will das Tschechische Zentrum mit seinem Programm vor allem den intellektuellen Diskurs zwischen der deutschen und der tschechischen Kultur fördern. Neben der Hauptarbeit für ein deutsches Publikum unterstützt das Polnische Kulturinstitut auch in Deutschland lebende polnische Künstler. Außerdem stehen sowohl das Haus Ungarn als auch das Tschechische Zentrum Organisatoren in der gesamten Bundesrepublik bei der Konzeption von Kulturveranstaltungen des jeweiligen Landes hilfreich zur Seite.

I Angebot und Programm

Diesen Differenzen im Selbstverständnis entsprechend, unterscheiden sich denn auch Angebote und Programme der einzelnen Institute.

Das Programm des Polnischen Kulturinstitutes erstreckt sich über die Bereiche Bildende Kunst, Kino, Musik und Politik/Geschichte. Jährlich finden bis zu 200 Veranstaltungen sowohl inner- als auch außerhalb des eigenen Hauses statt. Besonderer Wert wird auf die projektbezogene Kooperation zwischen deutschen und polnischen Kulturschaffenden gelegt. Dabei wird versucht, in den verschiedensten Projekten die Vielfalt moderner - nicht nur polnischer - Kultur darzustellen. Über dieses

kulturelle Angebot hinaus bietet das Institut eine eigene Bibliothek, Sprachkurse und die Bearbeitung wissenschaftlicher Anfragen an. In der nächsten Zeit soll eben dieses Informationsangebot durch kommunikationstechnische Einrichtung und die Kooperation mit der Polnischen Akademie der Wissenschaften deutlich ausgeweitet werden. Bei Anfragen, für die keine eigene Kompetenz vorhanden ist, verweist das Institut an entsprechende Stellen. In nächster Zeit ist die Einrichtung eines Cafes geplant, das zu einem Treffpunkt für Deutsche und Polen werden soll.

Das Ungarnbild der Deutschen darzustellen und zu reflektieren, macht sich das Haus Ungarn immer wieder zur Aufgabe. Veranstaltungen dazu finden in der Regel im Rahmen von Zwei-Monats-Programmen statt, die sich jeweils einem bestimmten Schwerpunkt widmen. Im Januar/Februar 1998 stand das Programm etwa unter dem Motto „Ich denke oft an Piroshka“. Das Angebot reichte dabei vom Gulaschkochkurs über eine Ausstellung von Souvenirs deutscher Ungarnurlauber, cineastischen und musikalischen Programmpunkten bis hin zu einer Podiumsdiskussion von Sozialwissenschaftlern über nationale Mentalität. So macht man sich auch schon mal die herrschenden Klischees zunutze, um das Interesse des Publikums zu wecken - um dann aber zu zeigen, dass ungarische Kultur darüber weit hinausgeht. Die Programmgestaltung ist aber auch stark von den Mitarbeitern des Institutes und ihren speziellen Interessen abhängig.

Außerdem bietet die Mediathek Informationen über Ungarn. Anfragen über die Studienmöglichkeiten in Budapest werden hier genauso beantwortet wie etwa die spezielle Nachfrage nach Kontakten zur ungarischen Wirtschaftspresse. In naher Zukunft wird das Haus Ungarn im neuen Collegium Hungaricum aufgehen. Dort werden neben der Repräsentation ungarischer Kultur insbesondere Funktionen des Kulturmanagements wie Kontaktvermittlung und Programmberatung sowie Wissenschaftsbereich mit einem eigenen Post-Graduate-Programm aus- beziehungsweise aufgebaut werden.

Das Programm des bulgarischen Kulturinstitutes nimmt sich im Vergleich zu den Einrichtungen der anderen osteuropäischen Staaten bescheiden aus. Dies liegt sicherlich an dem vergleichsweise schmalen Budget - worauf weiter unten gesondert eingegangen wird. Dennoch bietet das Haus jährlich um die 80 Veranstaltungen an. Neben Jazz-Konzert-Zyklen und Büchervorstellungen werden in dem Kulturinstitut besonders bulgarisches Brauchtum und Volkskunst gepflegt. An Bulgarien Interessierten steht sowohl eine Bibliothek als auch ein täglich erscheinendes Pressebulletin zur Verfügung.

Das Haus der Wissenschaft und Kultur der Russischen Föderation bietet, wie bereits erwähnt, eine große Bandbreite an Sprachkursen an. Diese richten sich sowohl an

Deutsche, die aus privaten oder beruflichen Gründen die Sprache erlernen wollen, als auch an Immigrantenkinder. Informationen über die Russische Föderation liefert die Bibliothek sowie eine eigene wissenschaftlich-technische Abteilung, die auch Suchaufträge im Internet erledigt. Die zusätzliche Programmpalette des Instituts ist breit, sie umfasst Aerobic-Kurse, Musik- und Kunstunterricht für Kinder, Ausstellungen, Filme, Zirkus- und Ballettvorstellungen.

Das Tschechische Zentrum veranstaltet das wohl intellektuell anspruchsvollste Programm: „Wir wollen vor allem gegen das Stereotyp angehen, Tschechien bedeute Bier, Schwejk und Blasmusik“, sagt Programmdirektorin Dr. Christina Frankenberg. Man will zeigen, daß tschechische Kultur sowohl im Bereich der Hochkultur wie der Subkulturen vielfältiger ist als sie in Deutschland vielfach wahrgenommen wird. Hier finden Podiumsdiskussionen statt über das gemeinsame Kulturerbe von Tschechen und Deutschen mit Philosophen, Schriftstellern und Historikern als Gästen. Dabei wagt man sich auch an so brisante Themen wie die Vertriebenenfrage und lädt dazu die Vertreter der Landsmannschaften ein, um ein breites Meinungsspektrum zu repräsentieren und möglichst offenherzige Diskussionen zu ermöglichen. Kulturelle Institutionen in Tschechien wie Galerien, die Prager Hochschule der Künste oder die Filmhochschule werden in Ausstellungen oder Veranstaltungsreihen vorgestellt. Rund 100 Teilnehmer jährlich belegen die Sprachkurse des Hauses.

Neben der Bibliothek gibt es auch ein Pressearchiv und einen Mitarbeiter, der speziell für wirtschaftliche Anfragen zuständig ist. Mit diesem wirtschaftlichen Informationsdienst geht das tschechische Kulturzentrum über das Angebot der anderen Institute hinaus, die solche Anfragen an die Handelsabteilungen ihrer Botschaften vermitteln. Der Informationsdienst wurde nach der Wende am Tschechischen Zentrum angesiedelt, da es vorerst keine Handelsabteilung an der Botschaft gab. Heute bietet dieser sowohl deutschen wie tschechischen Investoren die Möglichkeit sich über den Markt und ihre Investitionsmöglichkeiten im jeweils anderen Land zu informieren. Insofern schließt dieses Angebot in Berlin die Lücke einer zentralen städtischen Informationsstelle für interessierte Investoren aus Osteuropa zumindest, was die Tschechische Republik angeht.

Noch im Aufbau befindet sich das Slowakische Kulturinstitut. Seine Einrichtung fußt auf den Beschlüssen des kürzlich unterzeichneten slowakisch-deutschen Kulturabkommens. Es soll im Laufe diesen Jahres in den Räumen der Slowakischen Botschaft offiziell eröffnet werden, zwei bis drei Stellen sind für das Institut vorgesehen. Die Einrichtung will in Zukunft generelle Informationen über die Slowakei und die Slowakische Kultur liefern, kulturelle Veranstaltungen in den Bereichen Literatur, Film, Drama, bildender Kunst und Musik sowie Sprachkurse anbieten und schließlich Tou-

risten sowie Investoren in die Slowakei locken.

2 Zielgruppe und Nutzer

Der überwiegende Teil der Veranstaltungen in den Kulturinstituten wird in deutscher Sprache, beziehungsweise mit deutscher Übersetzung abgehalten. Dies ergibt sich daraus, dass sich die Institute mit ihren Programmen und Angeboten vor allem an ein interessiertes deutsches Publikum wenden. In jeweils unterschiedlichem Ausmaß werden jedoch auch die in Berlin lebenden Landsleute angesprochen. Das Tschechische Zentrum wendet sich mit seinem Angebot überwiegend an Deutsche, die so ihre „Bildungslücken“ schließen können, die aus sozialistischer Zeit und den entsprechenden Auftrittbeschränkungen für bestimmte Künstler stammen. Darüber hinaus nutzen Intellektuelle tschechischer Herkunft, die sich weitgehend an die deutsche Kultur assimiliert haben, das Angebot des Hauses.

Auch das Kulturinstitut der Russischen Föderation zielt vorwiegend auf Deutsche - große Teile des Programms, vor allem die Angebote für Kinder, werden jedoch auch von Emigranten aus Russland genutzt.

Immigranten in Berlin¹

Polen	28727
Rußland	7002
ehemalige UdSSR	10313
Ungarn	2637
Tschechien	531
Slowakei	353
ehem. Tschechoslowakei	1431
Bulgarien	3431

¹ melderechtlich registrierte Ausländer

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin,
Stand 30.6.1997

Seinem Selbstverständnis und seiner Ausstattung entsprechend, ist das Polnische Kulturinstitut ebenfalls vor allem auf einen deutschen Personenkreis ausgerichtet. Für die große Berliner Polonia, also die Gesamtheit der hier lebenden Polen, stellt das Haus jedoch mangels Alternativen auch einen wichtigen Treffpunkt und ein Kommunikationszentrum dar: Bestimmte Veranstaltungen werden überwiegend von Polen besucht, Räumlichkeiten werden polnischen Organisationen zur Verfügung gestellt, und mit dem geplanten Cafe will das Haus Raum schaffen für Begegnungen der hier lebenden Polen.

Ähnlich verhält es sich mit dem Haus Ungarn: Hier werden bisweilen Veranstaltungen, Versammlungen und Feste der Ungarischen Kolonie e.V. abgehalten - ansonsten überwiegt jedoch deutsches Publikum.

Das bulgarische Kulturinstitut hingegen wird mehrheitlich von der hiesigen bulgarischen Bevölkerung genutzt. Ein wesentlicher Grund dafür mag sein, dass die geringen

finanziellen Ressourcen des Hauses praktisch keine Werbung für die Veranstaltungen erlauben, die auch das Interesse der deutschen Bevölkerung wecken könnte.

Selbst wenn dies über ihre eigentliche Bestimmung hinausgeht, so sind die genannten Kulturinstitute doch ein Teil des soziokulturellen Umfeldes für hier lebenden Immigranten aus Mittel- und Osteuropa. Die Bedeutung, die ihre Arbeit dabei einnimmt, unterscheidet sich jedoch von Institut zu Institut. Vertreter des Hauses Ungarn und des Tschechischen Zentrums beispielsweise beschreiben, dass ihre Landsleute Teil des Publikums sind, je nach Veranstaltung in kleinerem oder größerem Umfang - spezielle Veranstaltungen für die Diaspora fanden jedoch keinen Anklang.

3 Finanzielle und personelle Ressourcen

Alle fünf osteuropäischen Kulturinstitute existierten bereits zu DDR-Zeiten und haben in den letzten Jahren gewissermaßen eine „doppelte Wende“ erfahren: Einerseits die Umbrüche in ihren Heimatstaaten, andererseits die deutsche Wiedervereinigung. Die Institute verfügen allesamt heute über deutlich geringere personelle und finanzielle Ressourcen als vor 1989. Die Kosten sind, etwa aufgrund höherer Mieten, erheblich gestiegen. Gleichzeitig sind die Mittel aus den Heimatländern gekürzt worden und die zusätzliche Gewinnerzielung, etwa durch den Verkauf von Büchern und Souvenirs, aufgrund der neuen Staatsverträge nicht mehr möglich. Aber das Erbe aus sozialistischen Zeiten sind mitunter riesige Gebäude, die es trotz der verminderten Ressourcen zu finanzieren gilt.

Bestes Beispiel dafür ist das Bulgarische Kulturinstitut: in teuerster Lage an der Leipziger Straße gelegen, doch von nur vier Mitarbeitern unterhalten. Sein jetziges Budget muss sich bis zum Jahre 2002 ausschließlich aus den Ersparnissen des ehemaligen Bulgarischen Kulturzentrums speisen, das zu DDR-Zeiten noch Unter den Linden beheimatet war und über 35 Mitarbeiter verfügte. Die Miete dort war jedoch nicht mehr finanzierbar. Bis heute kann das Institut aufgrund der Mittelknappheit keine Veranstaltungsprogramme drucken lassen und verschickt statt dessen Einladungen an einen ausgewählten Personenkreis.

Dem Haus Ungarn gehören statt einst über 40 nunmehr zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Die Mietkosten für die über 2000 Quadratmeter Nutzfläche am Alexanderplatz nehmen einen Großteil des gesamten Etats ein - dies wird sich jedoch insofern ändern, als das Institut mittelfristig in das Collegium Hungaricum ziehen wird. Ähnlich dezimiert worden ist die Mitarbeiterzahl des Polnischen Kulturinstitutes. Die zugewiesenen Mittel des Polnischen Außenministeriums würden lediglich zwei Veranstaltungen pro Monat erlauben - deshalb sieht sich der amtierende Direktor des Hauses, Dr. Slawomir Tryc, heute vor allem als Manager auf der Suche

nach alternativen Finanzierungsquellen.

Das Tschechische Zentrum leidet ebenfalls unter der hohen Miete, die für das Gebäude an der Leipziger Straße aufgebracht werden muss. Statt der ehemals 50 bis 60 Mitarbeiter im einstigen Tschechoslowakischen Kulturinformationszentrum arbeiten hier heute nur noch acht Personen. Mietsorgen hat das Haus der Wissenschaft und Kultur der Russischen Föderation nicht, da das Institut selbst Eigentümer der Räumlichkeiten ist. Zwar ist auch hier das Personal verringert worden, jedoch gehören dem Haus immerhin noch 40 Mitarbeiter an.

Abgesehen von den finanziellen und personellen Engpässen, ist die Situation für die Kulturinstitute auch deshalb schwieriger geworden, weil sie sich heutzutage mit ihren Programmen gegenüber der immensen Konkurrenz an kulturellen Angeboten in der Großstadt Berlin behaupten müssen. „Normale“ europäische Kultur gehe in Berlin heute unter, stellt Dr. György Fehéri, Programmdirektor des Hauses Ungarn, fest. Sein Haus sei daher entweder darauf angewiesen, in großem Umfang zu werben oder bekannte Leute zu engagieren - was angesichts der knappen Ressourcen beides problematisch ist. Daher müsse man sich, so Fehéri, spezialisieren und z.B. bestimmte Subkulturen verstärkt in das Programm aufnehmen. Die „Exotik“ einer fremdländische Kultur sei heutzutage nicht mehr attraktiv, das Publikum verlange nach Qualität und vor allem nach Erlebnissen, Spannung und Aufregung.

Um angesichts der geringen eigenen finanziellen Ressourcen dennoch ein umfangreiches und interessantes Angebot aufrechterhalten zu können, bemühen sich alle Institute verstärkt um Unterstützung durch Sponsoren sowie um die Zusammenarbeit mit anderen Kulturträgern.

4 Kooperationspartner

Die Kooperationspartner der Kulturinstitute, staatliche und nichtstaatliche, finden sich sowohl in Berlin als auch in den jeweiligen Heimatländern. Zu den hiesigen Kooperationspartnern und Sponsoren zählen Künstlervereinigungen, Buchhandlungen, Verlage, Theater und auch - dies allerdings in sehr begrenztem Umfang - der Berliner Senat. Auch die Wissenschaft spielt als Kooperationspartner mitunter eine Rolle, gemeinsame Veranstaltungen etwa mit den Universitäten haben das Ziel, wissenschaftliche Themen auch einem breiteren Publikum näher zu bringen und erfreuen sich mitunter großen Interesses. Non Governmental Organisation (NGOs) dagegen, die sich auch mit dem jeweiligen Land beschäftigen, spielen als Kooperationspartner kaum eine Rolle. Nicht zuletzt aufgrund von Ressourcenschwäche, wenig vorhandener Koordination und begrenztem Interesse seitens öffentlicher Partner, kooperieren die Kulturinstitute überwiegend mit privaten Partnern, und zwar vielfach projektbe-

zogen und damit eher sporadisch. Vor allem die Vertreter des Tschechischen Zentrums und des Hauses Ungarn betonen, dass sie eigentlich eine deutlich intensivere Zusammenarbeit mit den Universitäten wünschten - es mangle jedoch an Interesse seitens der Lehrenden und Studierenden.

In ihren Heimatländern sind die Kulturinstitute jeweils unterschiedlichen staatlichen Stellen zugeordnet, sie betonen jedoch alle ihre inhaltliche Autonomie. Die dem Außenministerium unterstellte Zentrale der Tschechischen Zentren in Prag beispielsweise ist nicht nur Träger des hiesigen Institutes. Sie schlägt bisweilen auch Programmangebote vor oder lässt bestimmte Veranstaltungen reihum in ihren Niederlassungen im Ausland präsentieren.

Das Polnische Kulturinstitut wird ebenfalls vom Außenministerium getragen. Die inhaltliche Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene findet aber mit der Auslandsabteilung des Kultusministeriums und den Kulturabteilungen der Wojewodschaften (Regierungsbezirke) statt. Dem jeweiligen Kultusministerium zugeordnet sind die Kulturinstitute Bulgariens und Ungarns, das Haus der Wissenschaft und Kultur der Russischen Föderation hingegen untersteht direkt der Regierung in Moskau - betont aber ebenfalls seine inhaltliche Autonomie.

5 Berliner Osteuropakompetenz durch die Kulturinstitute?

Adressen:			
•	Bulgarisches	Kulturinstitut	
Leipziger	Str.	114-115	10117
Berlin Tel.:	030/229	95	26
•	Haus der Wissenschaft und Kultur der Russischen Föderation		
Friedrichstr.		176-179	10117
Berlin Tel.:		030/20302320	
Fax:		2044058	
www.b.shuttle.de/hdwk/			
•	Haus	Ungarn	
Karl-Liebknecht-Str.		9	
10178		Berlin	
Tel.:	030/2423738		
Fax:		2423447	
•	Polnisches	Kulturinstitut	
Karl-Liebknecht-Str.		7	
10178		Berlin	
Tel.:	030/247581-0	(Fax: -30)	
www.polen.-info.com/kult/			
•	Slowakisches	Kulturinstitut	
(künftig)			
Leipziger	Str.	36	
10117		Berlin	
Tel.:		030/2044538	
•	Tschechisches	Zentrum	
Leipziger	Str.	60	10117
Berlin Tel.:		030/2082592	
Fax:		2044415	
www.czech.cz			

Mit den existierenden mittel- und osteuropäischen Kulturinstituten besteht in Berlin für die deutsche Bevölkerung ein reichhaltiges Angebot, sich nicht nur über die Kultur, sondern auch über die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Situation in diesen Ländern zu informieren. Genutzt wird dieses Angebot jedoch in sehr unterschiedlichem Umfang.

Dabei spielt auch die Ost-Tradition der Institute eine Rolle: Die West-Berliner entdecken erst langsam das Angebot der Kulturinstitute, dementsprechend sind deren „Grundkenntnisse“ über die jeweiligen Länder geringer als die des Ost-Publikums, das vielfach auf früheres Wissen und eigene Reisen in diesen Ländern zurückgreifen kann. Ebenfalls nur allmählich nutzen Studenten die von den Instituten angebotenen Sprachkurse, die teilweise die Fremdsprachenausbildung der Studenten von den Universitäten aus Mangel an Kursen übernommen haben.

Für die Kulturinstitute ist die ehemalige DDR- und zukünftige Bundeshauptstadt Berlin der wichtigste deutsche Standort. Ihre Arbeit erstreckt sich jedoch über Berlin hinaus. Das Tschechische Kulturinstitute beabsichtigt beispielsweise, einen Vertreter in München und Dresden zu stationieren, um die Kontakte in diese Regionen noch zu intensivieren. Projekte außerhalb von Berlin sind auch deshalb sehr wichtig, weil sie dort nicht wie im Berliner kulturellen Überangebot unterzugehen drohen. Vladimir Koller, Leiter

des Tschechischen Zentrums, sagt etwa: „Manche Veranstaltungen, so zum Beispiel Lesungen, stoßen in kleineren Städten wie Ingolstadt, Hannover oder Dresden auf deutlich größeres Interesse als in Berlin.“

Auch in der auswärtigen Kulturpolitik der mittel- und osteuropäischen Staaten nimmt Berlin keine Monopolstellung ein: Die meisten Institute sind auch in Paris, Rom und Wien vertreten.

Eine besondere Rolle spielt Berlin als Kompetenzzentrum im Hinblick auf Polen: Allein aufgrund der Grenznähe Berlins orientieren sich Polen aus den westlichen Teilen des Landes heute mehr in Richtung Berlin als nach Warschau und können dabei an bereits bestehende Netzwerke in der Stadt anknüpfen.

Soll Berlin jedoch zum Kompetenzzentrum für Osteuropa werden, so müsste zum einen das Interesse der hiesigen Bevölkerung an Osteuropa steigen. Zum anderen müßten sich noch weitere Kulturinstitute, vor allem der neugegründeten Staaten, in Berlin niederlassen. Dem stehen möglicherweise momentan noch ihre knappen finanziellen Möglichkeiten entgegen. Das neugegründete Slowakische Kulturinstitut ist jedoch ein erstes Beispiel dafür, dass Berlin für diese Staaten die erste Station auf dem Weg der kulturellen Integration in Europa darstellen könnte.

Dies hängt allerdings auch davon ab, ob die Mitarbeiter dieser Institute in Berlin willkommen sind. Erfahrungen, die etwa der Leiter des Tschechischen Zentrums machen musste, lassen anderes vermuten: mussten doch die von tschechischen Architekten gefertigten Pläne für den Umbau des bundeseigenen, vom Institut angemieteten Gebäudes erst einmal von deutschen Architekten nachgeprüft werden; den Mitarbeitern des Institutes wurde zudem nicht nur der Diplomatenstatus, sondern auch die Anerkennung des in Tschechien gemachten Führerscheins verweigert...

Zwischen wissenschaftlicher Neuorientierung, Effizienzdruck und politischer Konzeptlosigkeit: Sozialwissenschaftliche Osteuropaforschung in Berlin

Gisela Neunhöffer

„Die Maschinerie, in wörtlicher und übertragenener Bedeutung, verändert das Individuum in den tiefsten anthropologischen Schichten. Dem Denken, das keinen praktischen Zweck hat, dem autontomen Denken, dem die Richtung nicht vom Getriebe der Gesellschaft vorgegeben wird, ist sie feind. Sie ist sozusagen darauf aus, den Menschen überhaupt nicht zur Einsicht kommen zu lassen. Selbstbestimmung, Nachsinnen, ein jegliches Hinausgehen über unmittelbare und realistische Interessen wird heute leicht als überflüssige Reibung, als Zeitverlust und Drückebergerei vermerkt.(...)“

Die bedrohte Freiheit kann nur bewahrt werden durch die, die Widerstand leisten, und die Universität ist einer der wenigen Orte in der heutigen Gesellschaft, in der, wenn sie sich ihrer Aufgaben recht bewußt ist, Freiheit eingeübt werden kann.“¹

I Einflussfaktoren auf die Entwicklung der Berliner osteuropabezogenen Forschung

Die Voraussetzungen für wissenschaftliche Arbeit zu, über und mit Osteuropa haben sich im Zuge der Transformationsprozesse in der Region wesentlich verändert. Die Region ist offener für Beobachtung von außen geworden, gleichzeitig gibt es mehr Möglichkeiten zur Kooperation mit Wissenschaftlerinnen vor Ort. Bislang unzugängliche Materialien werden der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Andererseits ist das Forschungsfeld unübersichtlicher geworden, manche Bereiche (insbesondere die Ideologiekritik) sind praktisch weggefallen, einige, wie die Forschung zu Außen- und Sicherheitspolitik, erscheinen im Vergleich zu anderen nun möglich gewordenen Themenfeldern weniger zentral als früher, neue sind hinzugekommen.

Die Entwicklung der Berliner Osteuropa-Forschung in den letzten Jahren ist von mehreren Faktoren beeinflusst worden:

- einmal von den Umbrüchen in Osteuropa selbst, die die Bedingungen der Forschung wie auch die relevanten Fragestellungen entscheidend verändert haben; unter anderem haben sie ein erheblich gesteigertes Interesse von seiten verschiedener Einzeldisziplinen hervorgerufen. Dies erklärt sich daraus, dass die Transformationsprozesse für Wissenschaftlerinnen vieler Einzeldisziplinen eine Herausforderung darstellen, ihre je spezifischen Zugänge zur Analyse gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher Prozesse einzubringen. Allerdings habe der Zustrom ursprünglich nicht auf Osteuropa spezialisierter Forscherinnen kaum zu

¹ Horkheimer 1953

einer Angleichung der eigentlichen Regionalforschung an den methodischen Stand des jeweiligen Faches geführt, weil die Kooperation zwischen Fach- und *Area*-Spezialisten oft nicht funktioniert habe, schreibt z.B. Dieter Segert. Insgesamt führte dieser Zustrom von Forschungsprojekten aus anderen Wissenschaftsgebieten aber auf jeden Fall zu einer institutionellen und inhaltlichen Diversifikation, so daß inzwischen von einem eigenen Forschungsfeld „sozialwissenschaftliche Osteuropa-Forschung“ gesprochen werde, so Ulrike Becker im Newsletter.

- zum Zweiten durch die Veränderungen in Berlin im Zuge der deutschen Vereinigung, d.h. die nunmehr mögliche Kooperation, aber auch die Konkurrenz vormals voneinander getrennter Forschungsstätten. Allerdings drückt sich die spezifische Art der Abwicklung der DDR auch hier aus: so wurden der wichtigste Träger der (wenig institutionalisierten) Osteuropa-Forschung, das Institut für Politik und Ökonomie sozialistischer Länder beim ZK der SED sowie der dazugehörige Wissenschaftliche Rat nach der Wende aufgelöst. Ein ähnliches Schicksal erlitten die meisten zu Osteuropa forschenden Einrichtungen unter dem Vorwurf, zu lange der marxistisch-realsozialistischen Wissenschaftskonzeption und der damit einhergehenden Legitimation des SED-Regimes verbunden geblieben zu sein, so dass insgesamt die personelle Kontinuität ostdeutscher Osteuropaforschung nicht gewahrt wurde, trotz des Vorhandenseins einiger „Schleichwege“.
- einen beinahe übermächtigen Einfluss übt die Sparpolitik bezüglich der Berliner Universitäten und außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen aus. Sie erschwert nicht nur langfristige Planung, sondern auch die Kooperation zwischen den verschiedenen Forschungseinrichtungen, da diese untereinander in verschärfter Konkurrenz um knapper werdende Mittel stehen.
- der Regierungsumzug bringt die Übersiedlung einiger Institutionen nach Berlin wie auch einen neuen Nachfrageeffekt in Richtung Politikberatung mit sich.
- nicht zuletzt hat sich in den letzten Jahren verstärkt eine effizienzgeleitete Definition der Aufgabe von (Sozial-) Wissenschaft durchgesetzt, die natürlich auch die Arbeit der Osteuropa-Wissenschaftlerinnen prägt.

2 Akteurinnen

2.1 Die Forschungseinrichtungen?

Relevante Akteurinnen der Berliner Osteuropa-Forschung sind einmal die vorhandenen *Forschungs-Institutionen*, die konkrete wissenschaftliche Arbeit leisten. In dieser Hinsicht ist die Stadt quantitativ relativ gut ausgestattet. Nach einer Analyse der GESIS bezüglich sozialwissenschaftlicher Osteuropa-Forschung in Deutschland belegt Berlin mit 15% aller in die Datenbank FORIS eingespeisten osteuropabezogenen Forschungsprojekte den ersten Platz in der Bundesrepublik (vor München mit 10%).

Unter den Institutionen sind wiederum die explizit regional auf Osteuropa spezialisierten wie z.B. das Osteuropa-Institut von anderen, die Osteuropaforschung nur als einen Schwerpunkt unter mehreren bzw. überhaupt nur aus vergleichender Perspektive „erforschen“, zu unterscheiden. Hierzu zählen z.B. das WZB oder das Max-Planck-Institut, aber auch verschiedene Institute sowohl an der FU als auch an der HUB.

Eine weitere Säule der Osteuropaforschung in Berlin bilden verschiedene *Infrastruktur- und Serviceeinrichtungen* wie zum Beispiel die Osteuropa-Abteilung der Staatsbibliothek oder auch die OEI-Bibliothek.

2.2 Politische Entscheidungsträger?

Unabhängige Entscheidungen über die institutionelle und inhaltliche Entwicklung osteuropa-bezogener Wissenschaft in Berlin treffen die einzelnen Institutionen allerdings nur sehr partiell. Relevante Akteurinnen sind hier mindestens ebenso die politischen Institutionen, insbesondere der *Berliner Senat*. Eine konsistente Politik bezüglich der Koordination oder Schwerpunktsetzung konnte ich allerdings nicht feststellen. Im Zuge des allgemeinen Wissenschaftsbetriebs werden natürlich auch die osteuropabezogenen Forschungseinrichtungen institutionell gefördert, sie unterliegen aber auch genauso wie zumindest der Großteil der Geistes- und Sozialwissenschaften der Sparpolitik.

Ein weiterer wichtiger Akteur könnte die *Bundesregierung* sein, die ihren Beratungsbedarf in Sachen Osteuropa nach dem Regierungsumzug in der Stadt decken will. In diesem Zusammenhang steht z.B. der in den nächsten Jahren anstehende Umzug des BLOst von Köln nach Berlin, dann allerdings unter das Dach der Stiftung Politik und Wissenschaft, die von Ebenhausen ebenfalls nach Berlin umsiedeln wird.

Auch diese „Neuzugänge“ geschehen aber anscheinend nicht nach einem mit den anderen Institutionen abgestimmten Konzept, sondern stellen wiederum Einzelentscheidungen dar.

2.3 Die scientific community?

Wahrscheinlich ist gerade die institutionelle und fachliche Vielfalt, in der Osteuropaforschung in der Stadt betrieben wird, ein Grund dafür, dass eine auch nur halbwegs öffentliche Diskussion um den zukünftigen Status dieses Wissenschaftsgebietes und seine Struktur in Berlin kaum wahrnehmbar ist. Viele Forscherinnen sind von ihrem Selbstverständnis her keine Osteuropa-Spezialistinnen und fühlen sich daher von dieser Frage nicht tangiert. Daraus erklärt sich auch, dass es bis jetzt keine institutionalisierten Netzwerke und Austauschformen untereinander gibt, diese laufen eher entlang fachspezifischer Linien und auch eher überregional. Allerdings gibt es natürlich vielfältige persönliche Kontakte durch gemeinsame Konferenzen und dergleichen. Diese Beziehungen sind deutlich von *Informalität* geprägt.

3 Die Rolle des OEI in der Berliner OE-Forschungslandschaft

Der Erhalt des *Osteuropainstitutes* in eigenständigen organisatorischen Formen ist beschlossen, einzig die Verwaltung wird von dem neu geschaffenen Fachbereich Politik und Gesellschaft übernommen. Diese Entscheidung macht es möglich, sich auf realistischer Grundlage der Frage nach Aufgaben und Funktionen des Institutes in der Zukunft zuzuwenden.

Dabei wird das Institut seine Rolle innerhalb der Berliner Forschungslandschaft neu bestimmen müssen. Eine bessere Vernetzung und Koordination mit anderen osteuroparelevanten Institutionen wäre dabei sicher wünschenswert. In einem solchen Sinne könnten diese dann weniger als Konkurrenten um knappe Ressourcen, sondern als Ergänzung der eigenen Arbeit aufgefasst werden.

Aber auch das eigene *Arbeitsfeld* gilt es zu bestimmen. Osteuropaforschung kann heute (wenn sie es denn jemals sinnvoll konnte) kaum noch mit der Einzigartigkeit dieser Region begründet werden. Dennoch muß daran festgehalten werden, dass eine explizite Beschäftigung mit der Region - wie eben auch mit anderen Regionen - weiterhin Sinn macht, weil diese zwar internationalen Einflüssen wie der vielbeschworenen Globalisierung ausgesetzt sind, diese aber vor dem Hintergrund der spezifischen historischen, sozialen, politischen und ökonomischen Bedingungen sehr unterschiedliche Auswirkungen haben.

Nicht zuletzt muss sich das OEI - wie andere wissenschaftliche Institutionen auch - der Frage stellen, welche Art von Forschung und Lehre und für wen es betreiben wird. Insbesondere im Zusammenhang mit der Frage, inwieweit das Institut einen Beitrag zu Berliner Osteuropa-Kompetenz leisten kann, ist hier auf die kritische Aufgabe von Wissenschaft hinzuweisen. Das heißt, Kompetenz kann kein Ziel an sich sein, sondern es ist zu fragen, was für eine Kompetenz mit welchen Zielen und in wessen Interesse entwickelt werden soll. Dieser Aufgabe gerecht zu werden, ist allerdings in einer Zeit, in der Wissenschaft zunehmend an Effizienz und Leistung gemessen wird, ein schwieriges Unterfangen. Marktkriterien konkreter Nutzbarkeit durch Politik oder Wirtschaft stehen im Vordergrund. In diesem Zusammenhang ist es fraglich, ob eine kritische Osteuropa-Kompetenz als Standort-Argument zur Aufwertung Berlins beitragen würde.

Dennoch sollte es für Osteuropa-Spezialistinnen eine ständige Aufgabe sein, die hierzulande gängigen Bilder, Pläne und Konzepte bezüglich Osteuropas, gerade von Seiten der ökonomischen und politischen Entscheidungsträger, kritisch zu hinterfragen. Mit anderen Worten: nach dem Ende der Kritik an den Ideologien (Ost) könnte es Aufgabe auch der osteuropabezogenen Forschung sein, Ideologien (West) mal genauer unter die Lupe zu nehmen.

Filmstadt Berlin - Kompetenzzentrum für den Austausch mit Osteuropa

Nadja Rademacher

I Zur allgemeinen Lage der Filmstadt Berlin

Auf den Internetseiten des offiziellen *Berlin info* des Berliner Senats präsentiert sich Berlin als zweitgrößte Filmstadt Deutschlands und verweist unter anderem auf folgende Elemente:

- *Internationale Berliner Filmfestspiele* seit 1951,
- mehr als 9 Mio. Kinobesucher jährlich in über 80 Lichtspielhäusern (ca. 160 Leinwände),
- eine Spitzenposition in Europa - hoher technischer Innovationsstandard,
- Anteil am bundesweiten Synchronisationsmarkt von etwa 40%,
- vielfältige Ausbildungsmöglichkeiten mit Zugriff auf das *Bundesfilmarchiv* und die *Sammlungen der Stiftung Deutsche Kinemathek*,
- Medienstadt Babelsberg mit dem *Studio Babelsberg*,
- neue *MediaCity* in Adlersdorf,
- viele „Berlin-typische“ kleine und junge Unternehmen rund um die Filmwirtschaft vor allem in Kreuzberg und Prenzlauer Berg.

Osteuropäische Bezüge sucht man aber auf den *Webpages* des offiziellen *Berlin info* vergeblich, das gilt für die staatlichen Stellen genauso wie für den Blick auf die Aktivitäten der kleinen Filmfirmen.

Laut *Berlin info* sei der Beitrag der Filmwirtschaft zum Wachstum der Wirtschaftsbranche unübersehbar: Derzeit verfüge Berlin über rund 4.400 Unternehmen der Medien- und Kommunikationswirtschaft mit 88.000 Beschäftigten (audiovisuelle Medien ca. 1.300 Betriebe). Dabei hätte die Filmbranche 1994 mit 6.500 festen und freien Mitarbeitern einen Umsatz von insgesamt 570 Millionen DM erreicht.

Nahezu die Hälfte dieser Unternehmen ist erst nach 1989 gegründet worden, größtenteils in Ostberlin und im Brandenburger Umland. Aufgrund von sehr knappen Finanzmitteln müssen diese meist kleinen Unternehmen es verstehen, die europäischen Filmgesetze und Fördermöglichkeiten maximal auszunutzen.

Ebenfalls im Ostteil der Stadt entstand die sogenannte *MediaCity Adlershof* (www.media-city-berlin.de). Auf dem ehemaligen Gelände des DDR-Fernsehens haben sich rund 120 Betriebe (zusammen mehr als 1.600 Festangestellte und gut 800 freie Mitarbeiter) aus der Branche angesiedelt. Aber auch hier erweist sich das wirtschaftliche Überleben des Standortes keineswegs als einfach. Auch die Ausstattung mit den

allerneuesten Errungenschaften der Medientechnologie, insbesondere auf dem Gebiet der digitalen Technik, bildender *se* noch keine Garantie für den Erfolg des Standortes.

Thomas Kasper von der *Kasper&Albrecht Filmgesellschaft GbR* bringt das große Manko des Standortes auf den Punkt: "Was auf dem Gelände fehlt, ist ein TV-Sender. Was nutzen 120 Unternehmen mit den unterschiedlichsten medienproduktionsnahen Dienstleistungen, wenn kaum jemand da ist, der diese in Anspruch nimmt?"

Gabriele Kaupmann, seit 1995 Standortentwicklerin, gibt eine etwas optimistischere Einschätzung des Erreichten. Sie spricht von einer starken Abwanderungstendenz, die es in der unmittelbaren Nachwendezeit bei den verbliebenen Firmen gegeben habe. Das dem Standort anhaftende „sozialistische Image“, das vor allem bei Produzenten aus dem Westen mit dem Standort verbunden wurde, machte es den Entwicklern anfangs nicht leicht, die *MediaCity* erfolgreich am Markt zu profilieren. Doch nun seien die Vorurteile in den Köpfen größtenteils ausgeräumt, und der Standort habe, bei allen Schwierigkeiten, doch ganz erheblich an Attraktivität gewonnen, insbesondere im Bereich Technologie.¹

Das *Studio Babelsberg*, bereits jenseits der Berliner Stadtgrenze gelegen, versucht den Ruhm und das Image der 20er Jahre zu nutzen und langsam auch ausländische Investoren anzuziehen. Damals hatte die berühmte *UFA* auf dem Babelsberger Gelände ihren Sitz. Babelsberg stellte als *das* Filmstudio Europas sogar die Konkurrenz aus Hollywood in den Schatten. Nach dem Krieg wirkte der ostdeutsche Monopolist *DEFA* auf dem Gelände in Babelsberg und bis zum Ende ihres Bestehens, 1992, wurden bei der *DEFA* in Babelsberg 700 Spielfilme produziert. Sie beschäftigte in der Hoch-Zeit ihres Wirkens bis zu 2.300 Mitarbeiter.

1992 investierte der französische Mischkonzern *Compagnie Generale des Eaux* (CGE) in Babelsberg und übernahm die Reste der *DEFA*; mit dem erklärten Ziel, dem Studiostandort Babelsberg wieder zu dem Ruhm der 20er und 30er Jahre zu verhelfen. Um die Entwicklung des Standortes zu beschleunigen, hat das Land Brandenburg 1997 gemeinsam mit der *Commerzbank* und der *Landesinvestitionsbank* (ILB) einen speziellen Medienfonds aufgelegt.

Im Februar 1998 wurde schließlich in Babelsberg die *Deutsche Columbia Tristar* gegründet, deren Geschäftsführerin Andrea Wilson verkündete, daß künftig jährlich in den Babelsberger Studios bis zu vier große Kinofilme mit Starbesetzung für den deutschen und internationalen Markt produziert würden.

In den letzten sechs Jahren sind dort bereits 40 Spiel- und Fernsehfilme entstanden, wobei der Fernsehanteil allerdings 70% beträgt; auch gab es keine internationalen Ko-produktionen. Die Strategie des *Studio Babelsberg* besteht darin, den Filmbereich auf-

¹ So betreibt das erste europäische HDTV-Zentrum, das *Centrum für neue Filmgestaltung* in der *MediaCity* ein Tricksradio und entwickelt am Markt einzigartige Soft- und Hardware zur Weiterentwicklung des sogenannten Blue-Screen-Verfahrens. Darüber hinaus ist die Errichtung eines *Digital-MediaCenter* geplant; die für seine Realisierung notwendigen Mittel konnten aber noch nicht in vollem Umfang bereitgestellt werden, was das Projekt momentan verzögert

zubauen, wieder eigene Projekte zu realisieren, junge Nachwuchstalente zu gewinnen und mit *Babelsberg TV* einen neuen Geschäftsbereich zu entwickeln. Auch Hollywood-Firmen hätten sich als Produzenten in Babelsberg angesagt.²

So verheißungsvoll diese Entwicklungen für die Profilierung Berlins als Filmstandort von Weltgeltung auch sind, so gibt es doch auch noch erhebliche Probleme durch die anhaltende Auseinandersetzung um die konkurrierenden Standorte *Babelsberg* und *Adlershof*. Sie bergen nach Ansicht des Regisseurs Volker Schlöndorff (ehemaliger Geschäftsführer von *Studio Babelsberg*) die Gefahr, „[...] dass nach außen der Gesamtstandort Berlin-Brandenburg unattraktiv wirkt und gar provinziell. Es herrscht ein Klima, das den Kunden abschreckt, überhaupt hierher zu kommen. Im übrigen führt es zu Doppelinvestitionen, die nicht im Sinne einer Gesamtentwicklung sind. [...] Erstarre Gesellschaft in bewegten Zeiten: dieses umschreibt meine zweijährige Erfahrung in Berlin.“³

2 Zur allgemeinen Lage des osteuropäischen und russischen Films

Mit Ausnahme von Russland hält in Osteuropa, wie im Westen, die Beteiligung der Fernsehanstalten den Film am Leben. Ausländische Koproduzenten sind sehr begehrt, wie auf dem *FilmMarkt* der Berlinale deutlich wurde. Insbesondere Slowenien betonte die Notwendigkeit von Koproduktionen, die allerdings häufig an den komplizierten rechtlichen Vorschriften, bzw. dem rechtlichen Vakuum in den Ländern scheiterten.⁴

Die Länder Polen, Tschechien (jüngerer nationaler Erfolg: *Kolyä*) und Ungarn haben ihre traditionell starke Kinematographien sich einigermaßen bewahrt.⁵ Das Baltikum wiederum entpuppt sich als neue Heimat der „filmischen Poesie“.⁶

2.1 Zurück zu den Zeiten Lumieres? Die Schwierigkeiten der russischen Kinematographie

Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre waren mit ca. 300 Spielfilmen pro Jahr die Hoch-Zeit des jüngeren russischen Films (Vergleich: im Filmland Frankreich werden ca. 100 Filme pro Jahr produziert).

Das Kino der Post-Perestroika hat dagegen kaum noch Publikum: 1990 wurden noch pro Jahr und Einwohner 13 Tickets verkauft, 1995 hingegen nur noch 0,7! Es sind im Schnitt pro Vorführung vier bis fünf Plätze besetzt. „The fact is that life itself is now such that film doesn't matter. Its realities disrupt all the institutionalised styles and genres.“⁷

Die russische Kinolandschaft wird von der US-Filmindustrie dominiert (ca. 80 % des Filmmarktes); das Verleihsystem ist zerstört. Die ehemaligen Unionsrepubliken wie

² Kom, April 1998, 31 ff.

³ Vgl. Schlöndorff, Presse- und Informationsamt des Landes Berlin (Hg.), 1994, 61.

⁴ Gespräche mit Vertretern osteuropäischer Filmunternehmen und -institutionen, *FilmMarkt* der Berlinale, Februar 1998.

⁵ Vgl. Rustl997, 17.

⁶ Vgl. Rother 1997, 95.

⁷ Shepotinnik, Lawton (Hg.) 1992, 332.

beispielsweise Georgien und Armenien haben in wenigen verbliebenen Kinos kaum noch Publikum.

Peter Shepotinnik stellt allerdings eine kommerzielle Neuorientierung des russischen Kinos und den Versuch einer Nachahmung Hollywoods fest. Shepotinnik nennt als Filmbeispiel Yuri Karas *King of Crime*. „In our filmmaking everything depends, as always, on pure Intuition and chance. As there is no sociological basis for restructuring distribution, many feel driven to make money as best they can, eventually disrupting the aesthetic basis of filmmaking, which is not too firm as it is. The commercial elements has never been felt so strongly in our cinema, and so it is beginning to acquire truly ugly forms.“⁸

Doch trotz dieser Kommerzialisierung zeigt sich in Russland durch die erneute - nunmehr finanzielle - Abhängigkeit vom Staat, dessen Subventionen nur spärlich fließen, ein drastischer Produktionsrückgang. So wurden 1996 nur noch 20-30 abendfüllende Filme produziert. (Zum Vergleich: 1991 waren es, wie erwähnt, ca. 300 Filme).⁹

Während sich noch 1992 das gesamte Filmschaffen komplett in Staatseigentum befand, verfügt das *Staatliche Filmkomitee* heute über ein Jahresbudget von 30 Millionen Dollar. Das entspricht dem Budget eines einzigen Hollywood-Filmes!

Shepotinnik meint jedoch, dass noch ausreichend Talente schlummern und filmbesessen genug sind, um auch weiterhin ohne Dollars Filme zustande zu bringen.

Verschiedene Aussagen zum 100-jährigen Filmjubiläum verdeutlichen die extreme und tragische Lage des Films in Russland: Alexander Golutva (Direktor des Studios *Lenblm*) schildert einen „[...] Stadium des Zerfalls, der Zerstörung.“ Er fragt: „Müssen wir von Null anfangen, in die Zeit der Lumieres zurückkehren? [...] Dies können wir nur verhindern, wenn der Staat etwas für unseren russischen Film tut.“ Nikolai Jelissejov (Direktor von *Lenautschfilm*, dem *Leningrader Studio des populärwissenschaftlichen Films*) spricht vom „[...] Beginn der Steinzeit. Kein Wasser und keine Chemikalien - die Lage des Films ist tragisch.“ Vladimir Kuzin (*Petersburger Dokumentarfilm Studio*) gibt sich dennoch kämpferisch: "Solch eine armselige Lage hatten wir nicht mal zu Blockadezeiten [...]. Aber auch wenn wir untergehen, wir geben nicht auf.“¹⁰

Während der Videomarkt boomt (1994 wurden fast 45 Millionen Videos ausgeliehen und an die 18 Millionen Leerkassetten verkauft), steckt der russische Film in einer Identitätskrise.

Der russische Kritiker Andrej Plachew verdeutlicht das Problem: Film könne ohne Mythologie nicht funktionieren, die alte Mythologie des russischen Films sei aber zerstört, während noch keine neue aufgebaut worden sei.

⁸ Shepotinnik, Lawton (Hg.) 1992,331.

⁹ Während dieser Boomphase Anfang der 90er floß viel privates Geld, zum Teil auch aus sogenannten undurchsichtigen Quellen, in die Filmindustrie. Vgl. Rust 1997, 15.

¹⁰ Vgl. Salovzova 1996,41-43.

2.2 Ungeklärte rechtliche Lage

In Russland hatte es bis 1996 keine Überlegungen bezüglich einer gesetzlichen Grundlage für die staatliche Unterstützung des Filmschaffens gegeben. Nachdem 1996 der erste Versuch, ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden, gescheitert war, unternahm die Duma 1997 einen zweiten Anlauf, um ein *Gesetz über die staatliche Unterstützung des Filmschaffens in der Russischen Föderation* zu einzubringen, welches aber bis heute noch nicht verabschiedet worden ist.

Ungeklärt ist auch die Frage, wer die Rechte für die sowjetischen Filme besitzt, die vor 1989 für lediglich symbolische Beträge in die DDR verkauft oder aber im Rahmen von Zarter-Geschäften getauscht worden. Es gibt Dokumente, denen zufolge diese Filme unentgeltlich für immer abgegeben wurden; russische Regisseure hatten nicht die Möglichkeit, darüber näheres zu erfahren. Der DDR-Verleihmonopolist *Progress Filmverleih* erhielt das Recht auf unbefristete Verwertung dieser Filme für das Gebiet der DDR. Rechtlich gesehen ist dieses Problem bis heute nicht gelöst. Russische Rechteinhaber haben sich inzwischen an das russische Außenministerium gewandt und auf diese Weise den Verleih sämtlicher Filme der letzten 20 bis 30 Jahre, heute Klassiker, ins Stocken gebracht. Noch 1996 bedauerte Galina Antoschewskaja (Verantwortliche für die Filmauswahl GUS für das Leipziger Filmfestival), dass sich niemand um die Klärung dieser Rechte kümmerte. Sie beklagte auch, dass die russische Firma *Sovexport* noch immer nach der früheren staatlichen sowjetischen Struktur funktioniere.¹¹

2.3 Hoffnung durch Solidarität - der Fortbestand des Allunionsverband der Filmemacher

Der *Verband der Filmemacher* besteht als einziger der großen Allunions-Künstlerverbände noch immer und das aus dem erklärten Willen seiner Mitglieder heraus, die sich auf ihrem Kongress im Jahre 1995 weiterhin klar für den Erhalt der Beziehungen untereinander und für die weitere gegenseitige Unterstützung über die neuen Landesgrenzen hinweg ausgesprochen haben.

In einem „ex-sowjetisch“ - deutschen Runden Tisch zu den Perspektiven der post-sowjetischen Filmkunst setzte die georgische Regisseurin Eldar Schengelaja den naheliegenden Konzepten eines „gesamtstrategischen Raumes“ und eines „gemeinsamen Wirtschaftsraumes“ auch ganz entschieden die geschichtliche Realität des gemeinsamen kulturellen Raumes hinzu. Sie unterstrich, dass es eine Tragödie wäre, wenn dieser einfach zerstört würde.

Der russische Filmwissenschaftler Walen Fomin stellte als erstes konkretes Projekt der nun in *Konföderation der Verbände der Filmschaffenden* umbenannten Organisation den *Filmboten*, ein erschwingliches Informationsblatt als neues Verbandsorgan für die Mitglieder, vor und fragte abschließend: "Was ist zu tun? Fast alles was uns verband, ist zerstört, mit Ausnahme der persönlichen Kontakte. [...] auf der Organisationsebene hat sich alles aufgelöst. Wenn wir wenigstens etwas wiederherstellen, wiederbeleben wol-

¹¹ Vgl. Antoschewskaja 1996, 51.

len, müssen wir sehr viele kleine Brücken bauen [...]. Für den Anfang müssen wir reine Informationsverbindungen herstellen [...]. Man muss in der Gegenwart etwas tun, reale kleine Schritte, sonst ist der Film zum Untergang verurteilt."¹²

Auch Hans-Joachim Schlegel, der Verantwortliche für den osteuropäischen Film der *Internationalen Berliner Filmfestspiele*, unterstreicht die Bedeutung des inner-osteuropäischen Zusammenhaltes an und führt als positives Beispiel die tschechischen und slowakischen Regisseure an, die trotz der Teilung ihres Landes ihre gemeinsame Filmkultur bewahren. Auf Russland bezogen meint er, dass der Zerfall der Sowjetunion nicht mit dem Ende des gemeinsamen kulturellen Raum gleichgesetzt werden kann und darf: "Ich meine überhaupt, dass die nationalen Kinematographien der Sowjetunion nur in enger Solidarität überleben können, so, wie es die polnischen und ungarischen, slowakischen und tschechischen Filmschaffenden beim vorjährigen Festival in Karlovy Vary für sich in der mitteleuropäischen Region festgestellt haben."¹³

3 Filmfestivals mit besonderem osteuropäischen Bezug in und um Berlin

Früher kamen sowjetische Filme über die sowjetische staatliche Filmexportfirma *Goskino* auf deutsche Festivals; die jeweilige sowjetische Studioleitung zeigte, was ihr nötig erschien und ein Vertreter von *Goskino* wählte daraus aus. Direkte Kontakte von Festivalvertretern zu russischen Regisseuren im Studio waren damals unvorstellbar „Ich kenne viele Regisseure, die überhaupt keine Ahnung davon hatten, dass ihre Filme auf ausländischen Festivals waren und dort Preise bekommen haben. Im besten Fall bekam man ein Diplom. Geld haben die russischen Regisseure nie gesehen, das hat *Goskino* sofort eingesteckt[...].“¹⁴

Seit 1994 ist das Prinzip einfacher, die deutschen Festivals können sich direkt an die Regisseure wenden.

Die (Westberliner *Freunde der deutschen Kinemathek* benannten ihr 1970 gegründetes Programmkinos nicht zufällig nach Dowshenkos berühmten Film *Arsenal*. Sie bestehen bis heute auf dem mit diesem Namen verbundenen Programm. Das von ihnen veranstaltete *Internationale Forum des Jungen Films* der Berliner Filmfestspiele schenkte Filmen aus Russland stets große Aufmerksamkeit und ermöglichte in den letzten Jahren die wohl umfassendste Information über neue Filme aus der Region. Um die Mitte der siebziger Jahre, als der „Kalte Krieg“ an Schärfe verlor, öffnete sich die Leinwand der Berliner Filmfestspiele für Osteuropa. Es waren die beiden Filmhistoriker Ulrich und Erika Gregor, die das *Internationale Forum des Jungen Films* ins Leben riefen und sich der Verbreitung und Förderung des russischen Filmes verschrieben. Mittlerweile hat sich auch das Archiv des *Internationalen Forums des Jungen Films* zu einem wichtigen Dokumentationszentrum für die Entwicklung des osteuropäischen, speziell russischen Filmes entwickelt, das eine ganze Reihe von künstlerisch wertvollen

¹² Vgl. Rundtischgespräch (Marktwirtschaft) 1995, 19ff.

¹³ Vgl. die Wortmeldung von Schlegel im Rundtischgespräch (Festivalpolitik) 1995, 104.

¹⁴ Vgl. Antoshevskaja 1996, 51.

Raritäten, wie zum Beispiel einige von der Kritik gefeierte, aber unverkäuflichgebliebene Werke des russischen Regisseurs Sokurov, aufbewahrt und der Forschung sowie dem interessierten Publikum zugänglich macht.

Dem 1993 von russischer Seite geäußerten Vorwurf, dass bei den Berliner Festivalmachern und Kritikern eine Interessenverlagerung zugunsten des nunmehr „exotischeren“ südostasiatischen kinematographischen Raumes stattgefunden hätte, entgegnete seitens der Berliner Filmfestspiele Ulrich Gregor: „Die Aufführung der bemerkenswertesten russischen Filme im *Forum* ist die Fortsetzung einer seit langem bestehenden Tradition. Dasselbe trifft auch auf die kritische Analyse in der Presse zu - die deutsche Presse widmet Ihren Filmen besondere Aufmerksamkeit. [...] Ich bin sicher, daß der russische Film nach wie vor sein unverwechselbares Image hat, zumindest für das Festivalpublikum in Europa.“¹⁵

Seit 1996 ist in Berlin das *Sarajevo Film Festival Berlin Branch Office* tätig. Der Berliner Filmproduzent Philippe Bober, der auch als Programmdirektor des Festivals fungiert, unterstützt via Berlin die nach wie vor schwierige Finanzierung des Festivals: "Kino und Film in Bosnien brauchen Unterstützung und Sponsoren. Ohne deren Hilfe wäre auch das zweite Filmfestival nicht möglich gewesen. Die Eintrittspreise waren stark reduziert. Denn eine nach normalen Kosten kalkulierte Kinokarte kann sich derzeit in Bosnien-Herzegovina kaum jemand leisten."¹⁶

Das *Sarajevo Filmfestival* war 1995 noch unter serbischer Belagerung von Miro Purviratra und den Mitarbeitern vom *Obala Art Center* als Widerstandsakt gegründet worden. Während der Belagerung hatte das Mitte der 80er Jahre gegründete *Obala Art Center* ein provisorisches „Kriegskino“ (das inzwischen legendäre *Apollo-Obald*) betrieben. Von einst einem Dutzend Kinos in der 500.000 Einwohner zählenden Metropole waren nach dem Krieg nur knapp die Hälfte noch funktionstüchtig. So sieht das Festival seine vordringlichste Aufgabe auch in der Rückkehr zu regulären Kino- und Verleihstrukturen und nimmt dafür etliche Kompromisse mit den US-amerikanischen Major-Companies in Kauf.¹⁷

Im Jahr 1996 wurden die 47 Titel des Festivalprogramms von ca. 25.000 Zuschauern gesehen (Steigerung von 10.000 gegenüber dem Vorjahr). Den größeren Zulauf erhielten dabei die amerikanischen Großproduktionen im Rahmen der Reihe „Fun, Fun, Fun“.

Sein eigentliches Profil sieht aber das Festival im Konzept „Junge Filme für eine neugeborene Stadt“, wie es auch im Wettbewerbsprogramm „Anno Zero“ verfolgt wurde (15 Filme von vorwiegend jungen Regisseuren mit ihrem Erstlingswerk). Neben dem Hauptpreis werden zwei Sonderpreise von insgesamt 10.000 DM vergeben.

In den 80er Jahren erlebte der bosnische Film eine Blütezeit mit Regisseuren wie Ademir Kenovic oder Emir Kusturica, doch keiner der jährlich 2-3 abendfüllenden Filme

¹⁵ Vgl. die Wortmeldung von Gregor, Rundtischgespräch (Festivalpolitik) 1995, 102.

¹⁶ Rüb, 23.02.1996.

¹⁷ Rust, 27.09.1997.

und etwa 10-15 Kurz- und Dokumentarfilme konnte vollständig in Bosnien hergestellt werden. Die Finanzierung war von der Unterstützung des staatlichen Kulturfonds abhängig, den Produzenten (1990 waren es 16) fehlte es an Studios, Labors, und Ausrüstung. Der Krieg brachte dann die Filmproduktion vollständig zum Erliegen - von Videoarbeiten der Dokumentarfilmer der traditionsreichen *Sarajevo Schule* abgesehen. 1996 gab es nur noch ca. 10 funktionierende Kinos in ganz Bosnien. Im Bereich der Distribution hat das Land aus der Zeit Jugoslawiens Defizite geerbt. Noch heute besitzen kroatische oder jugoslawische Verleiher die Verleihrechte für Bosnien, nehmen diese aber größtenteils nicht wahr.¹⁸ Bosnien-Herzegovinas erster Nachkriegsfilm *Der perfekte Kreis* (Ademir Kenovic) ist daher bezeichnenderweise auch eine bosnischfranzösisch-niederländisch-ungarische Koproduktion mit Unterstützung von ARTE.

Auch das *Filmfestival Potsdam* bietet den osteuropäischen Filmen und Filmemachern im Rahmen seines *Europäischen Salons für Liebhaber des Jungen Films* ein wichtiges Forum.

In Cottbus bringt das *Festival des Jungen Osteuropäischen Films Ost und West* zusammen. Es wurde 1990 von „[...] Filmclubenthusiasten gegründet, die ihre Leute ostwärts der Oder [...] nicht im Stich lassen wollten, und deren Filme auch nicht. [...] Cottbus öffnete ein Fenster.“¹⁹ Seit 1996 obliegt die künstlerische Leitung Roland Rust, der einen stärkeren Austausch mit dem Osten durch mehr Volumen und mehr Öffentlichkeit anstrebt. Das europaweit einzige Festival für osteuropäische Filme zählte bei seiner siebten Auflage vom 12. bis 16.11.1997 ca. 6.000 Besucher. Sieben Jurymitglieder, die auch sonst professionell im Bereich Verleih, Produktion und Festivals tätig sind, bewerteten 80 Beiträge aus 20 Ländern. Den Hauptpreis von DM 12.000 erhielt der Kroat Vinko Bresan für seinem Film *Wie der Krieg auf meine Insel kam*.

Die *Leipziger Dokumentarfilmwoche* hatte traditionell stets Interesse am russischen Film. Nach dem Mauerfall dauerte es aber dann immerhin drei Jahre bis wieder russische Filme eingeladen wurden.

Im weitesten Sinne zum kulturellen Berliner Einzugsgebiet ist auch das Festival *dokumentART* in Neubrandenburg zu zählen. Es versteht sich als Leinwand für den Dokumentarfilm mit einem besonderen Blick nach Osteuropa. Der Zuspruch auf lokaler Ebene bleibt aber bisher aus und auch die Kritiker äußern sich eher skeptisch über „das mutige Unterfangen“, denn es sei zwar eine Lieblingsidee der Veranstalter „eine Brücke“ zwischen Ost und West bauen zu wollen, aber: „Niemand weiß genau, wie man sich dieses Bauwerk vorstellen soll, wo doch die Grenzen offenstehen.“²⁰

3.1 Aufgabe und Funktion der Filmfestivals - Förderungsmaßnahmen der EU

Die wichtigste Funktion der Festivals muss in engem Zusammenhang mit der fast 80%igen Vorherrschaft der US-amerikanischen *Majors* im Verleihgeschäft gesehen

¹⁸ Kriedemann, 1996, 12.

¹⁹ Galle, 19.11.1997.

²⁰ Rother, 1997, 95.

werden. „Filmfestivals operate as an alternative to the North-American dominated commercial circuit, and [...] respond to the growing demand for an alternative to the customary fare programmed in the cinemas and on televisions.“²¹

Laut EU-Angaben sind die Besucherzahlen bei Festivals zwischen 1992 und 1995 um 66% gestiegen. Die Europäische Kommission sieht ihre Aufgabe dementsprechend darin, durch die gezielte Förderung von audio-visuellen Festivals²² zu einem besseren Verständnis zwischen den verschiedenen europäischen Kinematographien und unter den unterschiedlichen Filmzuschauern beizutragen. Sie fördert so die Promotion und Distribution der europäischen Filmwerke unter den Mitgliedsländern.

Die europäischen Filme hatten 1996 nur einen Anteil von 13% an den 676 Millionen verkauften Eintrittskarten in Europa, während die der US-amerikanische Filmindustrie auf einen 76%igen Marktanteil kam. Auch gegenüber den Marketingstrategien der US-amerikanischen Filmindustrie unterliegen die europäischen Kinematographien (Stichwort: *Compartmentalisation of the European market*). 1996 wurden nur 20% der in europäischen Ländern produzierten Filme außerhalb ihrer jeweiligen Landesgrenzen gesehen.²³

Die europäischen Media-Förderprogramme bemühen sich - insbesondere seitdem einige osteuropäische Länder die Aufnahme in die EU beantragt haben - im audio-visuellen Bereich stärker um Informationsverbreitung auch in Richtung Osteuropa (*Newsletter of European Coordination*). Am Rande von Filmfestivals in osteuropäischen Staaten finden darüber hinaus zunehmend informelle Tagungen mit den im EU-Duktus als PECO's (*Pays de l'Europe Centrale et Orientale*) bezeichneten Staaten statt, so zum Beispiel im Juni 1996 in Győr unter dem bezeichnenden Motto „Towards a common European audiovisual policy.“

Judith Grieve vom *Audiovisual Policy Unit* der EU fasst die Festivalpolitik der Union gegenüber Osteuropa folgendermaßen zusammen: "The Commission looks forward to further enrichment of its film festival action through the early participation of the countries of eastern and central Europe."²⁴

4 Leinwände für Osteuropa jenseits der Festivals

Auch außerhalb der Festivalsaison genießt man in Berlin eine privilegierte Stellung, um osteuropäisches, speziell russisches Kino zu erleben, denn das Zielpublikum ist vorhanden: "Die vielen Film- und Fernsehleute, die hier immer noch leben, dazu die Universitäten und die beiden Filmhochschulen haben der Stadt zu dem besten Kinopu-

²¹ Vgl. Stevenson (*British Film Institute*) zitiert nach Garbay 1998,6.

²² Im Jahre 1996 betraf die Förderung der Europäischen Kommission 64 Veranstaltungen in der gesamten EU. Diese Förderung ermöglichte ca. 2 Millionen Zuschauern rund. 10.000 Filmwerke zu sehen. Dabei handelte es sich zu 80% um europäische Produktionen wovon wiederum 75% multinationale Koproduktionen repräsentieren. Dieser hohe Anteil zeigt wie notwendig heute Koproduktionen sind, um Filmprojekte zu realisieren. Vgl. *ebd.*

²³ Vgl. zu allen Angaben *ebd.*

²⁴ Grieve 1998,7.

blikum verhelfen, das es in Deutschland gibt. Nachfrage schafft Angebot: Berlin ist ein Paradies für Kinogänger."²⁵

Das Angebot an Filmreihen mit Osteuropa-Bezug ist sehr vielfältig. So veranstalten die Kulturinstitute osteuropäischer Staaten regelmäßig thematische Filmreihen und zeigen dabei immer wieder Klassiker ihrer jeweiligen nationalen Kinematographien.

Im *Arsenal* sind auch außerhalb des *Forums des Jungen Films der Berliner Filmfestspiele* immer wieder Werke aus Russland und Osteuropa zu sehen. Eine wichtige Rolle spielt dabei der *Russische Filmklub*, an dem zum Beispiel Alexander Askoldov (*Die Komissarin*) bei der Filmauswahl und der Einführung der Arbeiten beteiligt ist. Regelmäßig werden auch Filmemacher aus Russland und der Ex-UdSSR zur Vorstellung ihrer Werke mit anschließender Diskussion nach Berlin eingeladen.

Weiterhin ist das *ProgressStudiokinoBörse* in seinem Programm um die Verbreitung des osteuropäischen Filmes bemüht, beispielsweise mit seinen Reihen *Leinwand des Erinnerns* (Vergleich deutscher und osteuropäischer Filme zum Thema Zweiter Weltkrieg) und *Berlin - Leinwand für Osteuropa* (in Kooperation mit dem von Wim Wenders geleiteten Verein „*Die ersten 100 Jahre Kino in Berlin*“).²⁶

Das Haus der Kulturen der Welt, die Humboldt-Universität zu Berlin sowie das Osteuropainstitut der FU veranstalten ebenfalls hin und wieder Filmreihen mit dem thematischen Schwerpunkt Osteuropa.

Der *Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg* trägt auf seine spezifische Weise zur Verbreitung des osteuropäischen Filmschaffens in der Hauptstadt bei (regelmäßig gezeigt werden: tschechische, polnische und russische Filme und das teilweise sogar im Original mit Untertiteln), wobei ein solches Angebot in Deutschland einzigartig sein dürfte.

Verdienstvoll für die Verbreitung russischen Filmschaffens auf Video ist der *Kurier der Zarin*, eine von Slawistinnen gegründete Firma in Berlin, die in der Hauptstadt russischsprachige Videos vertreibt. Sie ist alljährlich mit einem Stand auf der Fachmesse *Expolingua* vertreten und bietet ganzjährig einen Bestellservice.

Nicht unerwähnt bleiben sollen die Videoläden in der Kantstraße mit einem Angebot an russischen Filmen, aber insbesondere an russischen Fassungen US-amerikanischer Massenware, wie sie auch in Russland selbst den Markt beherrschen.

5 Initiativen zur Zusammenarbeit zwischen Ost und West

In Berlin widmen sich einige wenige Akteure dem Ziel, die vielfältigen, gleichwohl eher isolierten Initiativen bezüglich des osteuropäischen Filmes, sei es im Festivalbereich, sei es jenseits von diesem, stärker zu vernetzen und damit auch Kräfte und Qualitäten zu bündeln, was in der Zukunft vielleicht einmal - die entsprechende Resonanz vorausgesetzt - auch im Sinne der Profilierung eines „Kompetenzzentrums“ wirken könnte.

²⁵ Martenstein, 09.02.1995.

²⁶ Vgl. Habel 1995, 126.

Der *Interessenverband Filmkommunikation e. V.* strebt daher die Gründung eines *Netzwerkes europäischer Filmkultur* an. Die Initiatoren des Interessenverbandes, W. Becker und R. Rust (Direktor des *Festivals des Jungen Osteuropäischen Films Cottbus*) wollen sich der strukturellen Schwächen beim Verleih und Vertrieb kulturell wertvoller europäischer Filme annehmen. Erste Ideen dazu wurden im November 1997 in Cottbus innerhalb des Rahmenprogrammes des *7. Festivals des Jungen Osteuropäischen Films Cottbus* unter dem Titel „Wege aus der Sackgasse“ diskutiert.²⁷

5.1 Gesamteuropäische Komponente der Problematik

Bereits im Berlin der 20er Jahre lag der gesamteuropäische Kinogedanke in der Luft. Der visionäre exilrussische Filmindustrielle Vladimir Wengeroff sah sich seinerzeit als Erretter des europäischen Films und unternahm mit der Gründung der *Filmgesellschaft Stinnes-Westi GmbH* in Berlin (gemeinsam mit den Direktoren der *Hugo Stinnes AG für Ost-Handel und Industrieunternehmungen*) den Versuch, ein europäisches Netz aufzubauen und ein „europäisches Filmsyndikat“ einzuführen. Wengeroff strebte sowohl einen künstlerisch wie auch kommerziell motivierten Zusammenschluss aller großen Produktionsländer Europas an, um sich vor der amerikanischen Konkurrenz zu schützen, die zu jener Zeit in der Lage war, unter weitestgehend freier Preisgestaltung den Europäern einen Verdrängungswettbewerb vor Ort aufzuzwingen: Die hohen Produktionskosten ihrer aufwendigen Filme waren zum Zeitpunkt des europäischen Einsatzes schon längst auf dem Heimatmarkt amortisiert.²⁸

Blieb es Ende der 20er Jahre bei derartigen Visionen, so wird seit 1992 die europäische Dimension in allen Teilbereichen des Filmwesens immer präsenter, das Bewusstsein eines europäischen Raumes nimmt zu. Wie schon zu Wengeroffs Zeiten versucht man sich verstärkt auf Europas eigene Identität zu besinnen. Wiederholt kam es denn auch zu Stellungnahmen und Maßnahmen gegen die US Quasi-Monopolposition (z.T. im Zuge der GATT-Verhandlungen).

Eine Stellungnahme des Programmdirektors des *Sarajevo Filmfestival* unterstreicht die zunehmend gesamteuropäische Dimension der Problematik: "Marketwise the collapse of the Eastern block meant a defeat for European and independent cinematography. Without nostalgia for bygone times, one has to remember, for example, that the French movies used to seil 200 million tickets a year in Russia, sales which have now practically disappeared, in Synchronisation with the death of the Russian movie industry's home market share. The competition program [of the Sarajevo Film Festival] reflects our will, in a limited manner, to influence this destiny by promoting young European independent film makers."²⁹

²⁷ Vgl. *Katalog*, 1997.

²⁸ Näheres dazu siehe bei Otto, Bock (Hg.) 1995: 59-77.

²⁹ Gespräch mit Bober, Februar 1998.

6 Die „Filmstadt Berlin“: (noch kein) Kompetenzzentrum für den Austausch mit Osteuropa?

Während Berlin selbst um seine allgemeine Position als *produktive* „Filmstadt“ durchaus noch zu kämpfen hat (jenseits der Frage nach einem Bezug zu Osteuropa), läßt sich bei den beiden Branchenriesen, der *MediaCity Adlershof* und dem *Studio Babelsberg*, keine besondere Osteuropaausrichtung bzw.-kompetenz verzeichnen. Auch die in Berlin und der Region tätigen Landes- bzw. Bundesfilmförderungseinrichtungen (*Filmboard Berlin-Brandenburg*, *Bundesfilmförderungsanstalt*) entfalten wenig Aktivitäten mit Osteuropabezug und lassen kaum spezielle diesbezügliche Kompetenzen erkennen.

Wo sich das osteuropäische Filmwesen für eine stärkere Kooperation mit dem Westen interessiert und also ein Bedarf für eine wie auch immer geartete Kompetenz bestehen könnte, gibt es vielfältige rechtliche Unklarheiten.

Der stetig wachsende Druck der übermächtigen US Filmwirtschaft führt zunehmend dazu, daß von der EU und ihrem *Audiovisual Policy Unit* ausgehend, ein (gesamt-)europäischer Rahmen für die weitere Entfaltung eines europäischen kinematografischen Raumes gesetzt wird - und dies immer mehr mit der bewussten Einbeziehung der osteuropäischen Kinematographien.

Wenn auch in Berlin die staatlichen Institutionen wenig für die Etablierung eines Kompetenzzentrums für Ost/West-Kontakte tun, so sind doch erste private und halböffentliche Initiativen (z.B. *Interessenverband Filmkommunikation e. V.* mit dem Plan eines „Netzwerkes der europäischen Filmkultur“ unter explizitem Einschluss Osteuropas; Wim Wenders' Verein *Die ersten 100 Jahre Kino in Berlin*, der besondere Fall des *Sarajevo Film Festival Berlin Branch Office*) zu verzeichnen. Diese versuchen, die Aktivitäten und eben die vielfach verstreut vorhandenen Kompetenzen zu bündeln und damit im Sinne der Herausbildung eines Kompetenzzentrums, auch auf eine verstärkte wirtschaftliche Kooperation hinzuwirken.

Den *Internationalen Berliner Filmfestspielen* sowie einigen anderen Festivals im weiteren Berliner Umland (Potsdam, Cottbus) kommt geradezu eine Schlüsselfunktion innerhalb Deutschlands für den Filmaustausch mit Osteuropa zu. Die Festivals ermöglichen zum einen dem hiesigen Publikum mit der osteuropäischen Kinematographie bekannt zu werden. Im Falle Russlands verhelfen sie zum anderen nahezu ignorierten Filmen ein breiteres Publikum zu erreichen.³⁰

Auch jenseits der Festivalsaison wirkt Berlin, dank vielfältiger, einzelner Initiativen von Filmenthusiasten, durch die Präsenz osteuropäischer Kulturinstitute, durch das Engagement eines interessierten Fernsehsenders in Gestalt des ORB etc. stets als *die* deutsche „Leinwand für Osteuropa“. Während des gesamten Jahres kann man in Berlin, wie nirgendwo sonst in Deutschland, neues und klassisch gewordenes osteuropäisches

³⁰ In diesem Zusammenhang ist auch auf die Einschätzung der russischen Kulturwissenschaftlerin Irina Rubanowa hinzuweisen: "Ein Festival ist für die absolute Mehrheit der [GUS-] Filme die einzige Möglichkeit, aus der Filmothek des Studios herauszukommen und sich dem Zuschauer zu präsentieren. Vgl. die Wortmeldung von Rubanowa im Rundtischgespräch (Festivalpolitik) 1995, 109.

Filmschaffen entdecken. Berlin wird dadurch für die osteuropäischen Kinematographien zu einer bedeutenden Brücke nach Europa.

Die unter Leitung Ulrich Gregors im Rahmen der *Stiftung Freunde der Deutschen Kinemathek* wirkende Gruppe von Filmexperten, deren Arbeit sowohl auf der Festivalebene als auch im Tagesgeschäft für Berlin prägend ist, hat eine geistige und materielle (Archive) Kompetenz angehäuft, die über die reine „Leinwandfunktion“ Berlins hinausweist und eine Grundlage für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Phänomen des osteuropäischen Filmschaffens bietet.

Berlin - Standort russischer Medien

Indira Dupuis

In Berlin entwickelt sich seit 1990 ein Medienmarkt in russischer Sprache. Es gibt inzwischen zwei Wochenzeitungen¹ und drei lokale Fernsehprogramme² - eine erstaunlich hohe Zahl, im Verhältnis zur Größe des Bevölkerungsanteils und im Vergleich zu anderen fremdsprachigen, in Deutschland ansässigen Medien.

Hat Berlin also einen Sonderstatus für die Russen? - Diese Frage kann man nur durch eine empirische Untersuchung beantworten. Sicherlich ist die Stadt durch die, Anfang des Jahrhunderts hier lebenden, Literaten und Künstler geprägt und zieht demzufolge auch die gegenwärtige russische Kulturelite, unter anderem auch Journalisten, an. Aber die Bevölkerungsstruktur der Immigranten aus der Sowjetunion oder der GUS lässt nicht darauf schließen, dass die Kulturlandschaft Berlins für sie von allzu großer Bedeutung ist.

Vielmehr wird Berlin primär als Großstadt mit guten Arbeitsmöglichkeiten, der benötigten formalen und informellen Infrastruktur (z.B. für Flüge in die Heimat oder Kontakte zu anderen osteuropäischen Migranten) und der multikulturellen Berliner Bevölkerung geschätzt. Die Zuwanderungsbedingungen in Berlin sind im Vergleich zu anderen Bundesländern weniger streng, es werden vor allem Familienzusammenführungen erlaubt (d.h. wenn ein Mitglied der Familie hier lebt, können andere nachfolgen). Nicht unbedeutend sind natürlich die aus der DDR-Zeit verbliebenen Kontakte und Strukturen, wie z.B. das Haus der Russischen Föderation, und für die jüdischen Immigranten die große und aktive jüdische Gemeinde in Berlin.

Die Präsenz der russischen Medien in Berlin ist nicht auf eine offensichtliche, quasi schon immer vorhandene „Osteuropakompetenz“ der Stadt zurückzuführen, sondern beruht auf der Größe und dem hohen formellen und informellen Organisationsgrad der russischen Minderheit. Ihre kulturellen Aktivitäten gehen für die deutsche Bevölkerung weitestgehend unbeachtet vonstatten, über die russischen Medien werden kaum Verbindungen zwischen Russen und Deutschen geknüpft.

I Geschlossenes ethnisches System

Die Journalisten, Mitarbeiter und das Zielpublikum der russischen Medien gehören der hier lebenden russischen Bevölkerung an, die keinesfalls eine homogene Gruppe ist, sondern sich in verschiedene Nationalitäten aus allen sozialen Schichten und Regionen, mit teilweise unterschiedlichen Religionen, zusammensetzt. Es gibt darunter zwei große Gruppen von Immigranten: die jüdischen Kontingentsflüchtlinge und die Russlanddeutschen - die zu einem großen Teil aus Kasachstan kommen.

¹ Evropacentr erscheint jede zweite Woche und Russkij Berlin/Russkaja Germanija wöchentlich.

² Das Russische Kulturprogramm, RTvD und die Fünfte Welle TV senden mehrmals wöchentlich für je

Diese Bevölkerungsgruppen haben dennoch ähnliche Lebensweisen und Wertvorstellungen. Die meisten der Immigranten sind mit ihren Verwandten nach Deutschland gekommen und leben in intensiver Familiengemeinschaft. Insgesamt werden die sozialen Beziehungen unter den Russen³ als wichtiges Kapital angesehen, um einen besseren Lebensstandard zu erreichen. Die enge Gemeinschaft, vor allem unter den älteren Menschen, ist der Integration in die deutsche Gesellschaft nicht förderlich. Bei der Nachfolgeneration ebbt diese Verhaltensmuster ab, sie integrieren sich fast vollständig in die deutsche Gesellschaft.

Der Status der meisten Russen in Berlin ist nicht besonders hoch: zwei Drittel sind arbeitslos und dadurch abhängig von Sozialhilfe. Durch diese im Arbeitsbereich fehlenden Kontakte entstehen weitere Integrationsschwierigkeiten. Dazu kommt noch die verschärfte wirtschaftliche Lage in Deutschland, insbesondere die Arbeitslosigkeit, die eine wachsende Abneigung einiger Deutschen gegenüber bestimmten Ausländergruppen schafft. Generell kann man sagen, dass erst in der letzten Zeit die russische Diaspora in Berlin wahrgenommen wird.⁴

2 Die Medien und ihre Mitarbeiter

Die Berliner russischen Medien sind nicht mit deutschem Lokalfernsehen oder Wochenzeitungen zu vergleichen, erfüllen aber ihren Zweck als Marktlücke, Sprachorgan einer Minderheit und letztendlich auch als sinnvolles und angemessenes Tätigkeitsfeld der immigrierten Journalisten und anderen Mitarbeiter. Die hier ansässigen Medien können in nur sehr bescheidenem Rahmen produzieren, mit wenigen Mitarbeitern, in geringem Umfang, seltener Erscheinungsweise und daraus resultierender eingeschränkter Aktualität. Der deutsch-russische Werbemarkt ist nicht sehr groß, dadurch wird die Finanzierung, die fast nur durch Werbung und den hart umkämpften Anzeigenmarkt gesichert ist, zum Kernproblem der konkurrierenden Zeitungen.

Die Chance dieser Medien ist ihre integrierende und informierende Funktion für Russische in Berlin, des weiteren bieten sie einen relativ billig erhältlichen Digest bzw. ein russischsprachiges Programm, die sich die hier lebenden Russen eher leisten können, als andere russische Medien. Die Zeitungen haben sich inzwischen einen Namen geschaffen und werden bei politischen Ereignissen in Berlin gleichwertig wie die nationale und internationale Presse behandelt. Sie treten inzwischen deutschlandweit in wirtschaftliche Konkurrenz zueinander.

Bei den Fernsehprogrammen fällt das fehlende Kapital stärker ins Gewicht. Es ist finanziell, organisatorisch und technisch schwieriger, beispielsweise wichtige deutsche Politiker zu interviewen, Bildmaterial zu beschaffen, Technik zu kaufen, Mitarbeiter mit Erfahrung zu finden und zu halten. Auf der Ebene der kleinen Programme

³ Der Begriff „Russische“ soll hier eingeführt und wie in der ehemaligen Sowjetunion verwendet werden, um die sprachliche Gemeinsamkeit aber die nationale Differenz der hier lebenden russischen Bevölkerung zu betonen. In der SU wurden Russen als „echte“ Russen- und Russische als russischsprachige Bevölkerung der Sowjetunion - unterschieden.

⁴ Vgl. „Rückkehr nach Charlottengrad“, DER SPIEGEL 35/1995, 60-65.

mit dem schmalen Budget, die im lokalen Kabelnetz eingespeist sind, lassen sich keine inhaltlichen Höhenflüge bewältigen. Ihr Status wirkt sich negativ auf die Arbeit aus, obwohl viele Russen die Programme sehen, genießen sie keine hohe Anerkennung. Die Journalisten und Techniker, die bei den russischen Medien arbeiten, haben teilweise eine Ausbildung in ihrem Metier in der ehemaligen Sowjetunion gemacht, die allerdings nicht immer dem deutschen Standard entspricht. Einigen dient die Arbeit bei russischen Medien auch als Sprungbrett der Karriere in Deutschland.

3 Die Zeitungen: Russkij Berlin/Russkaja Germanija⁵

Mitte 1996 gründeten die Brüder Boris und Dimitri Feldmann zusammen mit Dimitri Nad die Wochenzeitung Russkij Berlin. Die erste Ausgabe kam im Juni mit 14 Seiten heraus. Inzwischen hat die Zeitung ein Volumen von 24 Seiten, eine Auflage von 22 Tausend und erscheint unter dem Namen Russkaja Germanija seit Frühjahr 1997 auch deutschlandweit. Neben der Hauptredaktion in Berlin wurden in vier weiteren Städten Filialen eröffnet (in Düsseldorf, München, Bremen und Brandenburg), mit je einem Redakteur. In der Redaktion in Berlin arbeiten fünf festangestellte Mitarbeiter, davon ein Chefredakteur, zwei Redakteure und zwei in der Finanz- und Geschäftsleitung. Die weiteren Mitarbeiter in Russland und der Ukraine arbeiten auf freier Basis. Alle sind in ihrem Bereich ausgebildet und haben Berufserfahrung.

Inhaltlich ist die Zeitung an den konkreten Interessen der Immigranten orientiert und wird den Bedürfnissen einer breiten Leserschicht auch gerecht. Es wird über die wichtigsten Ereignisse in der deutschen, osteuropäische und internationalen Politik, über spezifische russisch-deutsche Lokalthematik aus den verschiedenen Regionen und beliebte seichte Themen (Prinzessin Diana etc.) berichtet. Auch konkrete alltägliche Probleme der russischen Leserschaft werden innerhalb eines Ratgebers behandelt. Die Finanzierung der „Russkij Berlin“ bzw. der „Russkaja Germanija“ wird - wie auch Evropacentr - rein durch das Anzeigengeschäft, Abonnements und den Verkauf geleistet und steht damit in harter Konkurrenz zu Evropacentr⁶.

Seit Mai 1993 wird die Zeitung Evropacentr alle zwei Wochen deutschlandweit herausgegeben und knüpft an die, in den 20er Jahren eingestellte, gleichnamige russische Zeitung an. Ursprünglich erschien sie in einem Verlag für ausländische Presse in Berlin, heute im Selbstverlag, herausgegeben vom Chefredakteur Juri Zarubin. Die 14-seitige Zeitung erscheint alle zwei Wochen. Der redaktionelle Anspruch ist, ein intellektuelles und internationales Blatt zu sein.

Als redaktionelle Mitarbeiter arbeiten feste und freie ausgebildete Journalisten im In- und Ausland: zehn in Berlin, vier deutschlandweit und fünf im Ausland (Moskau, Paris, Los Angeles, Prag, Kiew). In Russland erscheint Evropacentr gelegentlich als

⁵ Im folgenden steht der Titel Russkij Berlin auch für Russkaja Germanija, da sich die Zeitungen inhaltlich nicht unterscheiden.

⁶ Nach Aussagen des leitenden Redakteurs von Russkij Berlin treten sie im Gesamtdeutschen Raum eher mit der Zeitung Kontakt, die in Hannover verlegt wird, in Konkurrenz.

Digest innerhalb anderer Zeitungen (z.B. der Sibirskaja Gazeta). Die Auflage von Evropacentr schwankt, sie beträgt etwa 40 000 Exemplare. Auch die Leser- und Abonnentenzahlen sind nicht stabil, wie bei allen russischen Zeitungen in Deutschland.

4 Das Fernsehen

„RtvD“ („Russisches Fernsehen in Deutschland“): sendet ein halbstündiges Programm über den Spreekanal im Zweikanalton auf deutsch und russisch. Das Programm hat einen starken regionalen Bezug und versorgt die Zuschauer vorwiegend mit Informationen zu konkreten Themen, die das Leben in Berlin betreffen. Dies geschieht in Ratgebersendungen und Reportagen, aber auch in den Nachrichten und Kulturinformationen, drüber hinaus bestreitet es sein Programm mit angekauftem Material aus Russland.

RtvD wurde im November 1996 auf Initiative der Chefredakteurin Ludmila Tietzki und ihrem Mann Peter auf Sendung gebracht. Inzwischen arbeiten dort etwa acht bis 12 freie Mitarbeiter, zwei Geschäftsführer und je ein festangestellter Cutter und Kameramann. Alle Mitarbeiter haben eine Ausbildung im Medienbereich. Die Technik und die Techniker sind professioneller als die redaktionellen Mitarbeiter, es gibt sogar einen digitalen Schnittplatz. Ein Mitarbeiter des Programms bekommt finanzielle Zuschüsse der Stadt. Ansonsten finanziert sich das Programm durch Reklame und Sponsoring. Der Teil der direkten Werbung ist auf weniger als fünf Minuten beschränkt, aber indirekte Werbung kommt im gesamten Programm vor. Seit 1998 sendet RtvD täglich eine Sendung von einer halben Stunde.

5 Das Russische Kulturprogramm

Das russische Kulturprogramm, das sechsmal die Woche für eine halbe Stunde im Spreekanal läuft, ist ein noch weniger professionelles Programm als RtvD und besteht zum großen Teil aus offener oder versteckter Werbung. Die Themen bewegen sich im Boulevardbereich (meistens über russische Berühmtheiten), es wird über Reisen im In- und Ausland und Lokales berichtet. Das Programm wurde 1995 von Simeon Mak und seiner Frau Tatjana Safronowa gegründet und wird bis heute in der eigenen Wohnung produziert. Bis auf Mak selber, der beim sowjetischen staatlichen Fernsehen zehn Jahre nach eigenen Angaben als Kameramann gearbeitet hat, verfügt keiner der weiteren Mitarbeiterinnen über einschlägige Erfahrungen.

Der Sender Fünfte Welle ist in der dritten Dezemberwoche 1997 auf Sendung gegangen. Sechs Mal in der Woche werden für eine halbe Stunde Wiederholungen von Reportagen aus dem russischen Fernsehen und Nachrichten gesendet.

6 Werden die Berliner russischsprachigen Medien überleben können?

Die Existenz der russischen Medien in Berlin steht im Zusammenhang mit den Entwicklungen der russischen Diaspora und den Beziehungen zwischen Russen und

Deutschen insgesamt. Es wird sich herausstellen, ob die kulturelle Notwendigkeit lokaler Minderheiten- Medien fortbesteht. Sollte der Migrationstrom aus den Nachbarstaaten der Sowjetunion abebben, werden die derzeit noch wichtigen Inhalte - wie beispielsweise die Informationen zu rechtlichen Sachverhalten für die Immigranten oder die Artikel zur Bewältigung der Identitätsprobleme - mit zunehmender Integration der russischen Bevölkerung an Publikumsinteresse verlieren.

Für die langfristige Etablierung ohne dieses spezifische Zielpublikum müssten die Medien eine Form entwickeln, als kompetente Informationsquelle gegen deutsche und russische Medien in irgendeiner Weise bestehen zu können. Bei den Zeitungen ist es vorstellbar, dass eine Nachfrage in der russischen Bevölkerung aus Traditionsbewusstsein und der Liebe zur Heimatsprache besteht. In diesem Fall ist Berlin - mit den vielen russischen Einwohnern und Besuchern - sicherlich ein geeigneter Standort.

Das russische Fernsehen wird immer den gleichen ökonomischen Zwängen unterliegen. Würde es inhaltlich in Konkurrenz treten, würde es sich nicht gegen marktbeherrschende nationale und internationale Medien durchsetzen können. Im Lokalbereich leben die Programme von ihrem spezifischen Publikum. Woher allerdings die zum Ausbau eines vollwertigen Lokalprogramms notwendigen Mittel herkommen sollen, ist nicht absehbar. In Anbetracht der Tatsache, dass auch deutsche Lokalsender wie TVB und FAß⁷ in Berlin nicht (mehr) unabhängig sind, wird deutlich, wie schwer es ist, auf diesem Markt aus eigenen Mitteln zu bestehen. So werden die russischsprachigen Programme in Berlin auch weiterhin hauptsächlich von ihrer Marktlückenposition profitieren und Anlaufpunkte für neu immigrierte Journalisten und Fernsehtechniker sein.⁸

⁷ TVB gehört mit mehreren Lokalsendern Deutschlands zur Kirchgruppe, FAß war früher eigenständig und arbeitet heute mit Bertelsmann/RTL zusammen.

⁸ Dieser Artikel entstand nach Interviews mit Redakteuren von Evropacentr, Russkij Berlin, RtvD, einer kurzen Unterhaltung mit Simion Mak. Weitere Gespräche mit russischen, in Berlin ansässigen Journalisten und Angehörigen der russischen Diaspora stattgefunden.

Ausländerrecht und Ausländerpolitik in Deutschland und deren Auswirkungen auf die Lebensbedingungen osteuropäischer Zuwanderer in Berlin¹

Lars Banzhaf und Simon Kaiser

„Das deutsche Ausländerrecht verfolgt eine äußerst restriktive Einwanderungspolitik und hat das erklärte Ziel, Zuwanderungen zu verhindern.“² (Die Ausländerbeauftragte Berlins Barbara John 1995)

Ende 1996 hielten sich 159.111 Osteuropäer legal in Berlin auf.³ Damit machen sie ca. ein Drittel der ausländischen Bevölkerung Berlins aus. Dieser hohe Anteil an Osteuropäern ist hauptsächlich auf die geographische Nähe zu Berlin und dessen großstädtischen Charakter zurückzuführen.

Schon in den zwanziger Jahren war Berlin Ziel vieler osteuropäischer Migranten, insbesondere von russischen Intellektuellen, Künstlern und Schriftstellern, die nach der bolschewistischen Machtübernahme in Russland nach Deutschland emigrierten, und von osteuropäischen Juden, die vor antisemitischen Pogromen flüchteten. So wurde Berlin damals als das kulturelle Zentrum Europas angesehen, dessen buntes kulturelles Angebot vom gegenseitigen Austausch zwischen Zuwanderern und Deutschen lebte. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahre 1933 und deren konsequente Verfolgung von Juden und Linksintellektuellen stellte einen entscheidenden Bruch und das Ende Berlins in der Rolle einer weltoffenen Stadt mit Brückenfunktion zwischen Ost und West dar. Nach dem Ende des Krieges konnte an den reichhaltigen Austausch der zwanziger Jahre nicht angeknüpft werden. Das Ost-Berliner Bild war geprägt von sowjetischen Soldaten, Westdeutschland hatte zwar zwischen 1955 und 1979 einen durchschnittlichen Zuzug von Aussiedlern von knapp 34.000 im Jahr, doch nur wenige fanden den Weg nach Berlin.⁴ Vielmehr war die Migration nach West-Berlin, zumindest bis zum Anwerbestop 1973, geprägt durch die Gastarbeiterzuzüge aus den Mittelmeerstaaten.

Berlin scheint heute wieder an die Rolle der Zwischenkriegszeit anknüpfen zu wollen. Dies wird unterlaufen von einer restriktiven Zuwanderungs- und Einreisepolitik, die ein Wiederaufblühen der kulturellen Vielfalt in vielerlei Hinsicht verhindert.

Und dennoch scheint Berlin ein Zielort von besonderer Attraktivität für Zuwanderer aus Mittel- und Osteuropa (MOE) zu sein. Ausgangspunkt der neueren Wanderungs-

¹ Dieser Text wurde bereits im August 1998 verfasst und berücksichtigt deshalb nicht die aktuellen politischen Entwicklungen wie den Regierungswechsel auf Bundesebene oder den Wechsel beim Amt des Innensenators in Berlin. Der neue Innensenator Eckardt Werthebach hat sich in seiner kurzen Amtszeit noch nicht in die Diskussion um dieses Thema eingeschaltet.

² Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie 1995, 69.

³ Nach Daten der Ausländerbeauftragten des Berliner Senats.

⁴ Vgl.: Thomas Schwarz 1992, 24.

bewegungen seit Anfang der neunziger Jahre war der Zusammenbruch der kommunistischen Systeme und die daraus resultierende Verschlechterung der sozialen Lebensbedingungen in den Transformationsgesellschaften. Es ist unschwer zu erkennen, daß die Novellierungen des Asyl- und Ausländerrechts Anfang der 90er Jahre eine direkte Reaktion auf die osteuropäischen Migrationsbewegungen darstellten. Der deutschen Ausländerpolitik liegt dabei offensichtlich ein differenzierter Osteuropa-Begriff zugrunde, der sich an den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und der Europäischen Union (EU) orientiert. Anknüpfend an die mehrstufige Integration Osteuropas in die EU unterscheidet die deutsche Ausländerpolitik nach Visumpflichtigen und -freien Staaten. Für die Staaten, mit denen die EU seit kurzem direkte Beitrittsverhandlungen führt, sieht das deutsche Ausländerrecht zusätzlich Vereinfachungen zur Einreise - insbesondere für Investoren - vor. Für die restlichen MOE-Länder gelten weiterhin restriktive Zuwanderungsbestimmungen.⁵ In der öffentlichen Diskussion bezüglich Zuwanderern aus MOE wird diese Unterscheidung allerdings nicht beachtet, vielmehr bedient man sich allzu oft bekannter Stereotypen, denen ein diffuser Osteuropabegriff zugrunde liegt.⁶

Im ersten Teil dieser Arbeit werden nun zunächst sehr knapp die rechtlichen Bestimmungen für Einreise, Aufenthalt und Arbeitsaufnahme vorgestellt und die für Berlin relevanten Zuwanderungsgruppen und Migrationstypen benannt. Im zweiten Teil unserer Ausführungen werden wir dann einerseits auf die konkreten Lebensbedingungen von Zuwanderern aus MOE eingehen, andererseits die relevanten Akteure in der Berliner und deutschen Ausländerpolitik vorstellen und ihre Rolle in der Diskussion um Zuwanderung näher beleuchten. Abschließend werden wir einige Probleme dieser Politik und mögliche Verbesserungsvorschläge darstellen.

I Ausländerrecht und Zuwanderung nach Berlin

Zum besseren Verständnis der Situation von Zuwanderern aus MOE ist es prinzipiell vonnöten, das deutsche Ausländerrecht genauer zu studieren, um das komplizierte Konstrukt aus verschiedenen Aufenthaltsgenehmigungen und Arbeitserlaubnissen zu begreifen. Im Rahmen dieser Arbeit kann darauf allerdings nicht im einzelnen eingegangen werden.⁷ Folgendes sollte dennoch erwähnt werden: das deutsche Ausländerrecht sieht für Status und Rechte der Migranten sehr unterschiedliche Aufenthaltsgenehmigungen vor. So wird ein unbefristeter Aufenthalt in Deutschland nur unter ganz bestimmten Auflagen ermöglicht. In den meisten Fällen wird die Genehmigung nur für einen befristeten Zeitraum ausgesprochen und erst nach Prüfung der jeweiligen Situation verlängert. Der Großteil der Zuwanderer aus MOE ist nur im Besitz einer

⁵ Eine Ausnahme bildet die Visumsfreiheit für die Slowakische Republik und Kroatien.

⁶ So werden in der Diskussion um 'Organisierte Kriminalität' und 'Innere Sicherheit' häufig alle Osteuropäer zu Mafiosi, Autoverschiebern, Drogenhändlern und Zuhältern stigmatisiert.

⁷ Im Rahmen eines Textes, der im BOI 1/1998 abgedruckt ist, sind wir auf die verschiedenen Kategorien sehr viel ausführlicher eingegangen.

befristeten Aufenthaltsgenehmigung; ein legal dauerhafter Aufenthalt in Deutschland bleibt für die meisten ein Traum.⁸

Dabei muss beachtet werden, dass die Migranten aus sehr unterschiedlichen Gründen nach Deutschland kommen. Es sollte deshalb differenziert werden zwischen Zuwanderergruppen mit dem Anspruch auf einen dauerhaften Aufenthalt und denjenigen, die während eines begrenzten Aufenthaltes Geld verdienen wollen. Andere wiederum kommen zu Aus- und Weiterbildungszwecken oder als Flüchtlinge nach Deutschland.

Für alle Zuwanderer gilt aber, dass die Möglichkeit und das Recht auf Erwerbstätigkeit zum Dreh- und Angelpunkt ihres Aufenthalts wird, um die eigene Existenzgrundlage zu gewährleisten. Seit dem sogenannten Anwerbestopp aus dem Jahre 1973 hat sich die Möglichkeit für eine Erwerbstätigkeit für Zuwanderer jedoch zunehmend verschlechtert.

Der Großteil der Zuwanderer benötigt zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit eine Arbeitserlaubnis des zuständigen Arbeitsamtes, die allerdings nur abhängig von der aktuellen Arbeitsmarktsituation zu erhalten ist. Diese ist zur Zeit bekanntlich gespannt und ohnehin gilt ein Inländerprimat, d.h. Deutsche haben ein Vorrecht bei der Vergabe eines freien Arbeitsplatzes. Die Arbeitserlaubnis ist in der Regel ebenfalls befristet; für einen unbeschränkten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt müssen bestimmte Auflagen erfüllt werden, u.a. der Nachweis, in den letzten 8 Jahren mindestens 5 Jahre rechtmäßig unselbständig tätig gewesen zu sein. Diese Voraussetzungen erfüllen jedoch nur die wenigsten der Zuwanderer aus MOE.

Beim Status der zahlreichen Migrantentypen existieren teilweise erhebliche Unterschiede. So genießen die Aussiedler einen besonderen Status. Sie erhalten automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft (*res sanguis*), bekommen eine sechsmonatige Sprachschulung und eine uneingeschränkte Zugangsberechtigung zum Arbeitsmarkt; zusätzlich haben sie die Möglichkeit, an Arbeitsbeschaffungs- und Fort- und Umschulungsmaßnahmen teilzunehmen, so dass formal einer Integration dieser Zuwanderer nichts im Wege steht. Insgesamt kamen zwischen 1988 und 1996 knapp 45.000 Aussiedler nach Berlin, von denen ca. 40.000 in Berlin aufgenommen wurden, davon über 85% aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion.

Ähnlich sieht es bei den jüdischen Kontingentflüchtlingen aus, von denen Ende 1995 ca. 4.800 offiziell in Berlin registriert waren⁹. Da Berlin seine Aufnahmequote mit 145% übererfüllt hat, sollen allerdings weitere russische Juden nur noch in Ausnahmefällen Berlin zugewiesen werden, z.-, im Falle des Familiennachzugs. Die jüdi-

⁸ Unter befristete Aufenthaltsgenehmigungen fallen die befristete Aufenthaltserlaubnis, die Aufenthaltsbefugnis und die Aufenthaltsbewilligung, sowie die Aufenthaltsgestattung für Asylbewerber; die Duldung ist rechtlich gesehen kein Aufenthaltstitel, der Aufenthalt wird lediglich toleriert. Unbefristet dagegen ist nur die unbefristete Aufenthaltserlaubnis und die Aufenthaltsberechtigung.

⁹ Jüdische Kontingentflüchtlinge sind aus der ehemaligen Sowjetunion als Flüchtlinge nach Berlin gekommen, nachdem noch zu DDR-Zeiten unter de Maiziere beschlossen wurde, als Akt der Wiedergutmachung ein Kontingent an jüdischen Russen in Deutschland aufzunehmen.

sehen Kontingentflüchtlinge haben mit der unbefristeten Aufenthaltsberechtigung theoretisch uneingeschränkte Möglichkeiten, gleichberechtigt auf dem Arbeitsmarkt zu konkurrieren. Nachziehende Familienangehörige dürfen allerdings im ersten Jahr ihres Aufenthalts nicht arbeiten.

Ebenfalls einen besonderen Status haben die Werkvertrags-Arbeitnehmer (WVA)¹⁰. Sie erhalten eine Aufenthaltsbewilligung, womit von Anfang an rechtlich festgelegt wird, dass es sich dabei nur um eine befristete Beschäftigung handelt, nach deren Abschluss auch der Aufenthalt in Deutschland beendet werden muss. Diese Abkommen sind allerdings nicht unumstritten. Gerade auf Berlins Großbaustellen stellen WVA für die Bauunternehmen eine kostengünstige Alternative dar, nicht zuletzt deshalb, weil viele der WVA auch nach Ablauf ihres befristeten Arbeitsvertrages in Berlin bleiben und ihr Glück mit illegalen Tätigkeiten versuchen. Dennoch werden die Abkommen weitergeführt - in erster Linie aus außenpolitischen Gründen, u.a. um die Kooperation zwischen Unternehmen aus Ost und West zu fördern.

Im Oktober 1992 waren bundesweit 115.967 WVA beschäftigt, inzwischen ist diese Zahl aber in Folge der angespannten Situation in der Baubranche deutlich gesunken.

Für Studenten, Lehrer, Wissenschaftler und Fachkräfte, die sich zu Aus- und Weiterbildungszwecken¹¹ in Berlin aufhalten, sieht das Ausländerrecht ebenfalls die klar begrenzte Aufenthaltsbewilligung vor. Sie wird auf höchstens 2 Jahre vergeben und kann bis zum Ablauf des Aufenthaltszwecks verlängert werden. Für Studenten bedeutet dies aber, dass sie nach Ablauf der Regelstudienzeit nur schwierig eine Verlängerung bekommen. Zudem müssen Studenten vor Aufnahme des Studiums einen Finanzierungsnachweis erbringen, der sich am BAföG-Höchstsatz orientiert (ca. 1000 DM im Monat). Viele Studenten müssen sich ihren Lebensunterhalt dennoch selbst verdienen. Sie dürfen dabei 90 Tage im Jahr ohne Arbeitserlaubnis arbeiten, und können zusätzlich noch eine Erlaubnis für weitere 3 Monate beantragen. Grundsätzlich gilt hier jedoch auch das bereits erwähnte Inländer-Primat. Doch trotz der zudem auftretenden Schwierigkeiten bei der Anerkennung von Studienleistungen aus dem Heimatland, die häufig an bürokratischen Vorschriften scheitert, und der Pflicht, eine Feststellungsprüfung abzulegen, um die Eignung für eine deutsche Universität nachzuweisen, ist Berlin für viele Osteuropäer zu einem wichtigen Aus- und Weiterbildungsort geworden.

Für Flüchtlinge gilt, egal ob sie nun als Asylbewerber eine Aufenthaltsgestattung oder als de facto Flüchtlinge eine Duldung erhalten haben, ein faktisches Arbeitsverbot. Sie haben Anspruch auf 80% des Sozialhilfesatzes, die je nach Bundesland in Sachleistungen oder bar ausgezahlt werden.

¹⁰ Jährlich werden in bilateralen Verträgen zwischen Deutschland und den Staaten MOEs (Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Rumänien, Bulgarien und Lettland) feste Arbeiter-Kontingente vereinbart.

¹¹ Dazu zählt auch die Weiterbildung von Arbeitnehmern im Rahmen der Gastarbeitnehmer-Abkommen, die in Form von bilateralen Verträgen beschlossen wurden.

Der Weg zur selbständigen Tätigkeit in Berlin ist für Ausländer mit einigen Hindernissen verbunden. Abgesehen davon, dass bestimmte Aufenthaltstitel selbständige Tätigkeiten von vornherein ausschließen, müssen Ausländer bereits im Vorfeld ihrer Einreise eine entsprechende Aufenthaltsgenehmigung zur selbständigen Erwerbstätigkeit beantragen. Nach einer Zustimmung wird der Antrag auf ein Gewerbe von verschiedenen Behörden, u.a. der Senatsverwaltung für Wirtschaft beurteilt, und zwar danach, ob ein „übergeordnetes wirtschaftliches Interesse oder besonderes örtliches Bedürfnis“ für dieses Gewerbe besteht und „kein Schaden für die gesamtwirtschaftlichen Belange“ von dieser Unternehmensgründung ausgeht.¹² Vom Antrag auf eine Aufenthaltsgenehmigung bis zur positiven (oder negativen) Beurteilung eines Gewerbeantrages können oft bis zu 6 Monate verstreichen, eine Erfahrung, die osteuropäische Jungunternehmer häufig machen mußten.¹³

Weitere Migrationstypen sind die Familiennachzügler, die nach einer Übergangsfrist von vier Jahren ohne Arbeitserlaubnis auch einen unbefristeten Aufenthaltsstatus erhalten und - gewöhnliche Touristen, für die wiederum unterschiedliche Visabestimmungen gelten. Für Besucher aus Polen, der Tschechischen und der Slowakischen Republik, aus Ungarn, Kroatien und Slowenien gelten die normalen Visabestimmungen, d.h. bis zu drei Monaten ist eine Einreise ohne Visum möglich. Für alle anderen osteuropäischen Staaten gilt die Visumpflicht, wobei inzwischen für die Staaten der ehemaligen Sowjetunion beschlossen wurde, daß die einladende Person aus Deutschland über einen monatlichen Nettoverdienst in Höhe des 1 1/2-fachen Sozialhilfesatzes verfügen muß.

Migranten, die nicht im Besitz einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung sind, müssen nach Ablauf der Frist - ungeachtet ihres bisherigen Aufenthaltsstatus- die BRD verlassen. Die Folge ist, daß diejenigen, die aus unterschiedlichsten Gründen nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können oder wollen, in die Illegalität gedrängt werden. Wie viele Migranten sich ohne legalen Aufenthaltsstatus in der BRD aufhalten, ist reine Spekulation. Zu den Ausländern, deren befristeter Aufenthaltsstatus abgelaufen ist, kommen Migranten hinzu, die auf illegalem Wege mit Hilfe von Schleuserbanden Berlin erreichen. Behördlichen Aussagen zufolge ist in Berlin insgesamt mit einer sechsstelligen Zahl zu rechnen.

2 Die Lebensbedingungen von Zuwanderern in Berlin

Natürlich ist es unmöglich, allgemeingültige Aussagen über die Lebensbedingungen von Zuwanderern aus MOE zu treffen. Es gibt eine Reihe von abhängigen Variablen,

¹² Diese reichlich abstrakten Beurteilungskriterien beinhalten z.B. Fragen der gewerberechtlichen Zuverlässigkeit, der Schaffung von Arbeitsplätzen oder der Entwicklung innovativer, technisch hochwertiger Produkte.

¹³ Für Bürger aus denjenigen Staaten MOEs, die mit der EU Assoziierungsverträge abgeschlossen haben, sind allerdings ausländerrechtliche Erleichterungen bei der Ansiedlung von Unternehmen vereinbart worden. Danach wird Zuwanderern aus den Ländern Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Bulgarien und Rumänien (bei den weiteren Staaten, die ein Assoziierungsvertrag unterzeichnet haben, sind die ausländerrechtlichen Vereinbarungen noch nicht in Kraft getreten) Niederlassungsfreiheit gewährt, d.h. Teile der oben genannten Beurteilungskriterien fallen weg.

wie den rechtlichen Status, die Herkunft, die Ausbildung, die in Berlin vorhandenen, informellen Strukturen innerhalb einer spezifischen Zuwanderergruppe oder die sprachlichen Unterschiede, um nur einige zu nennen. Und doch muss im Hinblick auf die übergreifende Frage nach der Kompetenz Berlins für einen Austausch zwischen Ost und West festgehalten werden, dass die meisten Zuwanderer in Berlin erhebliche Schwierigkeiten haben, sich dauerhaft niederzulassen.

So berichten viele Jungunternehmer aus MOE, dass die rechtlichen Bestimmungen die größte Hürde bei der Ansiedlung eines Unternehmens in Berlin darstellen. Unzählige Auflagen müssen eingehalten werden und bis zu zwanzig verschiedene Behörden durchlaufen werden, um die nötigen Genehmigungen zu erhalten (s.o.). Dies schreckt viele junge und innovative Unternehmer aus MOE ab, insbesondere weil die Beratungsangebote der Stadt Berlin äußerst gering sind. Es gibt faktisch keine behördliche Einrichtung, die Zuwanderer über die Auflagen informiert¹⁴. Beispielsweise müssen Migranten ihren Führerschein umschreiben lassen, allerdings mit einer zusätzlichen Fahrprüfung, unabhängig davon, wie lange sie schon im Besitz einer Fahrerlaubnis sind. Solche und ähnliche Schikanierungen von ausländischen Mitbürgern sind verantwortlich dafür, dass viele Zuwanderer sich über eine schlechte und unhöfliche Behandlung durch Behörden beschweren und generell das Gefühl haben, nicht wirklich willkommen zu sein.¹⁵

Das entscheidende Kriterium für die Lebensbedingungen von Zuwanderern bleibt der rechtliche Aufenthaltsstatus. Insbesondere diejenigen ohne Aufenthaltsstatus, die sogenannten Illegalen, sind im täglichen Leben einem enormen psychischen Druck ausgesetzt, da ihnen bei Aufgriff durch die Polizei die sofortige Abschiebung droht. Die Anonymität der Großstadt und das Netzwerk von ausländischen Communities sind Garant dafür, dass dennoch viele von ihnen eine Arbeit finden - in Restaurants, als Putzhilfe oder als Kindermädchen - und ein Wohnplatz haben. Doch diejenigen, die auf diese informellen Strukturen nicht zurückgreifen können, leben häufig in erbärmlichen Verhältnissen. Das größte Problem für Illegale ist die medizinische Versorgung. So ist es kein Einzelfall, dass oft lebensbedrohliche Krankheiten verschleppt wurden, da eine Einweisung ins Krankenhaus das Ende des Aufenthaltes in Berlin bedeuten würde.¹⁶ Doch auch die Tatsache, dass man jedem gegenüber mißtrauisch sein muß und nicht auffallen darf, zehrt an der Psyche vieler illegaler Zuwanderer, denen häufig keine andere Wahl bleibt, als sich mit kriminellen Machenschaften über Wasser zu halten. Es liegt in der Natur der Sache, dass es keine Statistiken und kaum Studien über illegale Zuwanderer gibt. So bleibt vieles verborgen, die informellen Strukturen der Netzwerke sind für Außenstehende nicht zugänglich und die wenigen vorhandenen Informationen kaum nachprüfbar. Dennoch wäre es sehr zu befürwor-

¹⁴ Eine der wenigen Ausnahmen bildet das *Beratung*- und Ausbildungszentrum für zugewanderte Gewerbetreibende* im Prenzlauer Berg oder die *Initiative Selbständiger Immigrantinnen*.

¹⁵ Vgl.: Aussiedler haben es schwer auf dem Arbeitsmarkt; Berliner Zeitung, 23.9.1996.

¹⁶ Aus diesem Grund wurde vor knapp einem Jahr in Berlin ein 'Büro für medizinische Flüchtlingshilfe' gegründet. Dieses Büro vermittelt Migranten und Flüchtlinge an Ärzte, die bereit, sie kostenlos und anonym zu behandeln.

ten, das Thema Illegalität gründlich zu untersuchen, um bekannte Stereotypen über das Leben von illegalen Zuwanderern in Berlin, die maßgeblich die Stimmung innerhalb der Bevölkerung beeinflussen, zu widerlegen.

Doch auch Zuwanderer mit einem legalen Aufenthaltsrecht haben mit vielen Problemen im täglichen Leben zu kämpfen. So bekommen beispielsweise Ehepartner, die als Familiennachzügler nach Deutschland gekommen sind, vier Jahre lang keine Arbeitserlaubnis. „Das ist ein riesengroßes Integrationshemmnis für junge Familien, von denen wir laufend fordern, sie müssten sich selbst ernähren und nicht von Sozialhilfe abhängig sein“, behauptet auch Barbara John, die Ausländerbeauftragte des Senats.¹⁷ Es gibt eine Reihe von politischen Bestimmungen, die Ursache dafür sind, dass die Integration von Migranten in Berlin nicht besonders weit fortgeschritten ist. Die Tatsache, dass sich die Stimmung gegenüber Ausländern in den letzten Jahren - u.a. verursacht durch die gespannte Arbeitsmarktlage¹⁸ - verschlechtert hat und gerade Zuwanderer aus Osteuropa sich teilweise rassistischen Stereotypen ausgesetzt sehen - verursacht durch die hohe Anzahl an Aussiedlern oder beispielsweise durch das Image des polnischen Mafiosi, der Autos verschiebt - tun ihr Übriges. Selbst die Integration der Aussiedler ist keineswegs abgeschlossen, weder sozial, noch auf dem Arbeitsmarkt. So waren nach einer Studie der 'Forschungsstelle Sozialanalysen Berlin' Ende 1996 nur 6% der Aussiedler überhaupt erwerbstätig, 27% waren arbeitslos gemeldet. Fast jeder Dritte absolvierte einen Sprachkurs, um die sprachlichen Barrieren zur möglichen Integration zu beseitigen.¹⁹

Auf der anderen Seite ist bekannt, dass einige 'Communities' ihr eigenes, informelles Netzwerk aufgebaut haben. So wird behauptet, dass ein Berliner Russe fast alle Bedürfnisse bei Landsleuten befriedigen kann; vom Friseur zum Schuster, vom Kindergarten bis zur russischen Zeitung - ob legal oder nicht - in Berlin scheint alles vertreten zu sein.²⁰ Doch diese Netzwerke fordern nicht unbedingt die Integration, sondern machen deutlich, wie gering der beiderseitige Wille von Deutschen und Zuwanderern ist, voneinander zu lernen und den interkulturellen Austausch als Bereicherung anzusehen; zu groß sind die Ängste vor der unkontrollierten Einwanderung, aufgeheizt durch eine z.T. unverantwortlich geführte Diskussion um die Themen Illegalität, 'Organisierte Kriminalität' und 'Innere Sicherheit', die seit einigen Jahren in der politischen Diskussion fast automatisch mit der Zuwanderung aus MOE in Verbindung gebracht wird.

Dass Berlin dennoch ein Zielort von besonderer Attraktivität zu sein scheint, ist mit den aus der Migrationsforschung hervorgegangenen sogenannten „push- and pull-

¹⁷ Vgl.: Der Tagesspiegel, 30.5.1993.

¹⁸ Nach einer von der Ausländerbeauftragten des Senats Barbara John in Auftrag gegebenen Studie zur Ausländerintegration aus dem Jahre 1996 stimmten der Aussage „Ausländer nehmen Deutschen die Arbeitsplätze weg“ 12,3 % 'voll zu' und weitere 19,7 % 'eher zu'. Barbara John forderte in diesem Zusammenhang zu Recht eine stärkere Aufklärung über die „hausgemachten und strukturellen Ursachen“ von Arbeitslosigkeit. (Die Welt, 5/6.1.1996).

¹⁹ Vgl.: Berliner Zeitung, 23.9.1996.

²⁰ Vgl.: Der Spiegel, 35/1995, 28.8.1995.

Faktoren" zu begründen. Als „push-Faktoren" werden allgemein Bedingungen genannt, die am Herkunftsort als unerträglich erfahren oder als bedrohlich empfunden werden.²¹ „Pull-Faktoren" entstehen in den Zielländern, indem diese etwas anbieten (Arbeit, Wohlstand, Freiheit), was auf Angehörige anderer Staaten anziehend wirkt.²² Dies trifft auf Berlin sicherlich zu, wobei die „push- and pull-Faktoren" für die Migration von MOE nach Berlin, wie bereits angedeutet, im Einzelfall sehr unterschiedlich sind. Tatsache ist, daß es in vielen verschiedenen Bereichen eine erkennbare Nachfrage nach Berliner Osteuropa-Kompetenz gibt - das beweisen auch die gestiegenen Zahlen der neu gegründeten osteuropäischen Unternehmen in Berlin, trotz der bekannten rechtlichen und verwaltungstechnischen Auflagen.²³

3 Die Berliner Ausländerpolitik und ihre Akteure

Ähnlich wie auf Bundesebene lässt sich auch innerhalb des Berliner Senats kein einheitliches Konzept für die Bereiche Migration- und Ausländerpolitik finden. So sind nicht nur quer durch die Koalition und die Senatsabteilungen, sondern auch innerhalb der Parteien verschiedene Positionen zu erkennen, die Ansätze und politische Vorstöße in unterschiedliche Richtungen aufweisen.

Ein Aktivposten in diesem Politikbereich ist der Innensenator Jörg Schönbohm: erst kürzlich legte er seine Haltung gegenüber einer multikulturellen Gesellschaft dar²⁴. Er sieht in ihr lediglich die „letzte Utopie der Linken", die, wie die Linke generell, zum Scheitern verurteilt sei. Er begründet die Ablehnung einer „großzügigen Zuwanderung" mit der Gefahr der Entstehung von „Parallelgesellschaften" und speziell in Berlin mit der Gefahr von „Ghettobildungen" auf Grund von fehlenden Sprachkenntnissen. Immer wieder werden von Teilen der CDU Forderungen erhoben, wie etwa auf dem Landesparteitag 1997: „Wer nach Berlin kommt, soll Deutschland vorfinden".²⁵ So spricht auch Schönbohm davon, dass „der Souverän in Deutschland allein der deutsche Staatsbürger"²⁶ sei. In diesem Zusammenhang steht auch der Begriff der „deutschen Kultur" als „Leitkultur" und „Wertekanon".²⁷ Solche Äußerun-

²¹ Diese Bedingungen können von sehr unterschiedlicher Art sein: Naturkatastrophen, Landknappheit, Arbeitslosigkeit (Armut), soziale Diskriminierung (von ethnischen oder religiösen Minderheiten), binnen- oder zwischenstaatliche Kriege, politische Verfolgung (direkte Gewalt) oder der Zwang der Verhältnisse („strukturelle Gewalt"), subjektive Entfremdung und Frustration, (vgl.: Nuscheier 1995).

²² Während bei Fluchtbewegungen die „push-Faktoren" überwiegen, scheinen bei der Emigration auf Dauer, Arbeitsmigration auf Zeit oder bei der „Wirtschaftsflucht" die Verheißungen des Ziellandes auf ein besseres Leben ausschlaggebend zu sein. (vgl. Nuscheier 1995).

²³ Vgl.: Der Tagesspiegel, 12.9.1997.

²⁴ Vgl.: Berliner Zeitung, 22. 6. 1998.

²⁵ Zitiert nach: Berliner Zeitung, 29.4.1997.

²⁶ Vgl.: Berliner Zeitung, 22.06.1998.

²⁷ Ebd.; offensichtlich liegt diesem Kulturbegriff das romantische Nationsverständnis zu Grunde, das sich deutlich vom französischen und US-Amerikanischen als einer freiwillig zusammengeschlossenen Zukunftsgemeinschaft unterscheidet. Micha Brumlik, Vorsitzender des Ausschusses für Immigration und Integration der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, schreibt deshalb in einem Kommentar in der taz vom 27.7.1998: (Dieses Nationsverständnis) „betont jedoch nicht die gemeinsamen, freiwillig eingegangenen Verpflichtungen der Individuen, sondern ihre gemeinsame

gen stehen dabei im Kontext der Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft und der Ansicht, Deutschland sei und werde kein Einwanderungsland.

In der aktiven Politik gegen Zuwanderung bedient sich Schönbohm dabei häufig der Thesen der Überfremdungsgefahr und Ausländerkriminalität, die wesentliche Bestandteile der Wahlkampfthemen „Organisierte Kriminalität“ und „Innere Sicherheit“ sind. Als Ergebnis der Diskussion um diese beiden Themenfelder wurde seit Anfang der 90er Jahre eine dauerhafte Zuwanderung bis auf wenige Ausnahmen unmöglich gemacht. Migranten, die über keinen dauerhaften Aufenthaltstitel verfügen, werden mit immer strengeren Auflagen konfrontiert²⁸. Dahinter steckt offensichtlich die Absicht, Migranten von vornherein von einem dauerhaften Bleiben abzuschrecken.

Grundsätzlich stellt sich bei der Diskussion um die Integration von Immigranten die Frage nach dem Grundverständnis des Integrationsmodells. Schönbohm stimmt zwar der Meinung zu, dass Integration nicht mit Assimilation verwechselt werden darf. Er erhebt auch den Anspruch, dass Integrationsprobleme und Spannungen zwischen Ausländern und Deutschen nicht tabuisiert werden dürfen und nennt als Beispiele mangelnde Sprachkenntnisse, die hohe Arbeitslosigkeit unter Ausländern und die hohe Konzentration von Ausländern in manchen Stadtteilen.²⁹ Dabei beklagt er aber den mangelnden Willen zur Integration und fordert eine Koppelung vom Erwerb einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung an deutsche Sprachkenntnisse sowie die Auflösung und Verhinderung von „Getthoisierung“.³⁰

Letzten Endes bleibt unklar, welches Integrationsmodell Schönbohm verfolgt, wenn er von der „deutschen Leitkultur“ spricht und zwanghafte Mechanismen zur Integration einsetzen will. Dagegen brachte die von Bürgermeister Diepgen initiierte Innenstadt-Konferenz, die am 27.4. 1998 zum Thema Bildungspolitik stattfand, nicht nur wesentlich klarere Ergebnisse zum Vorschein, sondern benannte viele Probleme auch beim richtigen Namen. Danach werden viele Missstände auf ein ausländer spezifisches Problem reduziert, wobei es sich eher um Defizite in der Bildungs- oder auch Sozial- und Wirtschaftspolitik handelt. So scheinen die immer wieder erhobenen Forderungen nach Ausländerquoten oder gar Ausländerklassen³¹, sowie Zuzugssperren für Ausländer in bestimmte Bezirke wenig konstruktiv, weil sie an der Wurzel des Problems vorbeigehen. Notwendig wäre statt dessen im Bereich der Bildungspolitik eine Anpassung der Lehrerbildung, beispielsweise für Deutsch als Zweitsprache, oder

unabänderliche Herkunft, an die sie gebannt und der sie verpflichtet bleiben. Im romantischen Modell ist Kultur in erster Linie nicht Medium, sondern verpflichtendes Erbe, nicht Chance, sondern Aufgabe, nicht veränderlich, sondern starr.“

²⁸ Dazu zählen u.a. der regelmäßige „Besuch“ bei der Ausländerbehörde und die kaum zu erfüllenden Auflagen, eine Arbeitserlaubnis zu bekommen.

²⁹ Vgl.: Der Tagesspiegel, 13.6.1998.

³⁰ Mit dieser Formulierung hat er heftige Kritik ausgelöst. Vgl. die Mahnungen von Barbara John um Sachlichkeit, Frankfurter Rundschau, 5.6.1998; und die Vorwürfe des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Andreas Nachama, der Schönbohms Äußerungen in die Nähe der „Blut-und-Boden-Ideologie“ und des „bräunlichen Muffis von Stammtischen“ rückte, Die Welt, 11.6.1998; oder die Aktuelle Stunde im Abgeordnetenhaus, 26.6.1998.

³¹ Zu fragen wäre, was beispielsweise mit den Aussiedlerkindern ist, die einen deutschen Pass haben, aber die deutsche Sprache ebenfalls nicht beherrschen.

mehr Lehrkräfte für einen speziellen Förderunterricht. Als die Schulsenatorin Ingrid Stahmer jedoch 50 neue Lehrer für Ausländer-Förderklassen forderte, entgegnete Schönbohm dem mit dem Hinweis auf geplante Kürzungen im selben Bereich.³² Die vielbeschworene Integration von Ausländern scheitert offensichtlich am politischen Willen und der daraus resultierenden Sparpolitik in den genannten Bereichen.

Nicht anders sieht es bei der Flüchtlingspolitik aus. Die Kreuzberger Sozialstadträtin Ingeborg Junge-Reyer machte schon 1997 deutlich, dass die Berliner Praxis gegenüber Asylsuchenden, für die die Sozialsenatorin Beate Hübner (CDU) zuständig ist, dahingehend zu verstehen sei, dass man den Flüchtlingen das Leben so ungemütlich wie möglich machen wolle.³³ Seit Juni 1997 durften Asylbewerber nur noch bargeldlos (Wertgutscheinpraxis) in den zwei Sorbat-Magazinläden - später kamen noch weitere Läden dazu - einkaufen. Ab August 1998 können Asylbewerber, die in Übergangwohnheimen untergebracht sind, nur noch per Chipkarte einkaufen.³⁴ Zwar erweitert sich damit auch die Zahl der Einkaufsmöglichkeiten, aber das Sachleistungsprinzip bleibt „entwürdigend und diskriminierend“.³⁵ So stehen „einem erwachsenen Asylbewerber derzeit monatlich 360 Mark zu. 40 Mark werden in Kleidergutscheinen ausgegeben, 80 Mark bekommen sie weiterhin bar als Taschengeld. Die restlichen 240 Mark werden auf der Chipkarte gespeichert, von denen sie Lebensmittel kaufen können, aber beispielsweise keinen Alkohol und keine Zigaretten“.³⁶

Die von der CDU geforderte Ausweitung dieser Praxis auf de facto-Flüchtlinge, wie die bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge, hängt von der Zustimmung der zuständigen Bezirke ab, wobei PDS- und Grüne-Sozialstadträte schon deutlich machten, daß sie dies ablehnen.³⁷

Besonders aktiv zeigte sich die Berliner CDU - unter der Federführung von Jörg Schönbohm - bei der Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetz, die im Februar diesen Jahres in Form einer Gesetzesinitiative in den Bundesrat eingebracht wurde. Danach sollten Bürgerkriegsflüchtlinge und andere ausländerrechtlich geduldete Menschen, sowie Asylbewerber, die aus rein wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland gekommen sind, oder die Auskunft über ihr Herkunftsland verweigern, um einer Abschiebung zu entgehen, nur noch dann einen Anspruch auf Sozialleistungen haben, „soweit dies im Einzelfall nach den Umständen unabweisbar geboten ist“.³⁸ Die Diskussion, die bis zuletzt sehr kontrovers geführt wurde, endete am 25. Juni 1998 mit der Verabschiedung im Bundestag. Unklar blieb dabei, wer von diesen

³² Vgl.: taz, 21.4.1998 und Berliner Zeitung, 29.4.1998.

³³ Vgl.: Berliner Zeitung, 30./31.8.1997.

³⁴ Das Land Berlin ist das erste Land, welches das Sachleistungsprinzip über die Chipkarte verwirklicht, während in einigen anderen Ländern, wie Hamburg, Bremen und Sachsen-Anhalt die Sozialhilfe weiterhin bar ausgezahlt wird.

³⁵ Nach einem Kommentar von Rita Kantemir vom Flüchtlingsrat in der taz, 23.7.1998.

³⁶ Zitiert nach: taz, 23.7.1998.

³⁷ Die grüne Wilmersdorfer Stadträtin Martina Schmiedhofer, ebd.: „Sachleistungen beinhalten einen unzumutbaren Verwaltungsaufwand, sind teuer, bürokratisch und überflüssig.“

³⁸ Zitiert nach: Berliner Zeitung, 7.2.1998.

Regelungen betroffen sein wird und in welchem Umfang die Kürzungen stattfinden sollen. „Das wird mit gummiartigen Formulierungen in das Belieben der Verwaltungsbehörden gestellt. Genauso ist es mit den Leistungen, die dem Flüchtling gewährt oder gestrichen werden. Nach dem vagen Wortlaut des Gesetzes ist es jedenfalls nach wie vor möglich, dem Flüchtling grundsätzlich sämtliche Leistungen zu streichen.“³⁹ Schätzungen zufolge sind davon etwa 20 000 Menschen in Deutschland betroffen. Der Berliner Senat jedenfalls begrüßte die beschlossene Verabschiedung des Gesetzes und ergänzte, dass es „aus Berliner Sicht besonders wichtig sei, daß auch diejenigen Bewerber mit einbezogen werden, die illegal einreisen oder freiwillig ausreisen könnten“.⁴⁰ Wie die Betroffenen auf den Ausschluss der staatlichen Unterstützung reagieren werden, ob sie tatsächlich ausreisen oder in die Illegalität abtauchen, bleibt abzuwarten.⁴¹

Auch in der Abschiebepaxis gegenüber Illegalen und Bürgerkriegsflüchtlingen nimmt Berlin in Deutschland eine Vorreiterrolle ein. So wurden 1998 im Vergleich zum Vorjahr bereits 40 Prozent mehr „illegale“ Ausländer abgeschoben.⁴² Die Massenabschiebung von bosnischen Flüchtlingen am 10. Juli diesen Jahres stellt dabei einen Höhepunkt dar. In einer Nacht-und-Nebel-Aktion wurden 74 Flüchtlinge nach Sarajevo abgeschoben. Diese willkürliche Abschiebepaxis kritisierte der frühere EU-Administrator in Mostar, Hans Koschnick, als „grob unmenschliche“ Methoden „wie zur Gestapo-Zeit“ und bezeichnete die Aktion als „reines Spektakel für den Bundestagswahlkampf“.⁴³

Gegen diese insgesamt restriktive Flüchtlingspolitik, deren Fortsetzung angekündigt wurde⁴⁴, entsteht inzwischen ein immer breiteres Protestbündnis von Nicht-Regierungs-Organisationen. Dazu zählen vor allem kirchliche Gruppen und Menschenrechtsvereine, aber auch die Anwalts- und Ärztekammer Berlin.

Häufig wird die Abschiebepolitik legitimiert durch die angeblich hohe Ausländerkriminalität in Berlin, die eine „beunruhigende Zuwachsrate“ verzeichnet. Erklärt wird dies mit der Nähe zur Grenze zu MOE, wobei Berlin als Großstadt wie ein riesiger Magnet wirke. Diese Entwicklung bedrohe den inneren Frieden der Stadt.⁴⁵ Deshalb setzt sich die CDU seit langem dafür ein, kriminelle Ausländer konsequent und kompromisslos abzuschicken. In diesem Zusammenhang steht auch die ver-

³⁹ Zitiert nach: Heribert Prantl, Süddeutsche Zeitung, 24.6.1998.

⁴⁰ Vgl.: taz, 26.6.1998.

⁴¹ Inzwischen soll ein internes Rundschreiben an die Sozial- und Jugendämter existieren, aus dem hervorgeht, daß die Betroffenen nach in Kraft treten des Gesetzes von der Ausländerbehörde die Aufforderung bekommen, nach maximal sechs Wochen das Land zu verlassen. Danach wird jede Unterstützung wegfallen. Vgl.: taz, 27.7.1998.

⁴² Nach einer Erklärung des Innenstaatssekretärs Kuno Böse, vgl.: taz, 16.7.1998.

⁴³ Zitiert nach: taz, 16.7.1998.

⁴⁴ Vgl. hierzu taz, 22.7.1998; danach plant die Innenverwaltung nach Aussage des Innenstaatssekretärs Kuno Böse eine „kontinuierliche Abschiebung“, von der nach Schätzung der Ausländerbeauftragten Barbara John 50 bis 60 Prozent der in Berlin lebenden 20.000 Bosnier betroffen sein können. Laut Rita Kantemir, Flüchtlingsreferentin der Grünen, können davon aber 90 Prozent aller Bosnier betroffen sein.

⁴⁵ Vgl.: Die Welt am Sonntag, 4.2.1996.

schärfte Sicherheitspolitik mittels eines restriktiv durchgreifenden Polizeiapparates. So werden in sogenannten „sozialen Brennpunkten“ verdachtstunabhängige Kontrollen durchgeführt, die damit begründet werden, dass Berlin den Erwartungen der Bürger gerecht werden müsse, „die im Prinzip nicht weniger, sondern mehr Polizei wollen.“⁴⁶ Polizeiliche Maßnahmen nach dem New Yorker Modell und der Versuch, ‚Unerwünschte‘ aus der Innenstadt zu verdrängen, scheinen immer eher legitim zu sein- sie ändern allerdings wenig an den Ursachen für Kriminalität und Armut.

Häufig zwischen den Stühlen scheint die Ausländerbeauftragte des Landes Berlin, Barbara John, zu sitzen, die sich in ihrer Funktion seit 1981 für die Integration von Ausländern einsetzt und durch eine starke Öffentlichkeitsarbeit der Bevölkerung die Ängste und Vorurteile gegenüber Ausländern nehmen will. Sie berät mit einem Stab von ca. 30 Personen Zuwanderer, unabhängig von ihrem rechtlichen Status, und hilft bei behördlichen Problemen.

Johns Hauptarbeit liegt in der Integration von legal in Berlin lebenden Ausländern, wie der türkischen Bevölkerung. In diesem Bereich wurde auf Grund ihres Engagements viel erreicht, weswegen sie innerhalb der türkischen ‚Community‘ auch vielerorts geschätzt wird. Von Kritikern wird ihr vorgeworfen, einzig als Korrektiv zu fungieren und den Vorstößen aus ihrer eigenen Partei die Spitze zu nehmen. Diese Kritik trifft nicht auf alle Bereiche ihrer Arbeit zu, jedoch ist nicht von der Hand zu weisen, dass auch Frau John mit realpolitischen Konstellationen konfrontiert ist, die sie aus beispielsweise wahltaktischen Gründen dazu veranlassen, die Politik Schönbohms zu unterstützen. So warnt John ebenso vor dem Missbrauch des Asylverfahrens für politisch Verfolgte, sie setzt sich für ein härteres Durchgreifen gegen das organisierte Verbrechen ein und will Zuwanderer, denen eine freiwillige Rückkehr in ihr Herkunftsland zuzumuten ist, ebenfalls abschieben lassen. Allerdings bleibt auch bei ihr unklar, nach welchen Kriterien eine Rückkehr zuzumuten wäre.

Gleichzeitig macht sie jedoch darauf aufmerksam, dass Deutschland eher ein „Zuwanderungsvermeidungskonzept“ verfolgt und kulturelle Verschiedenheit hierzulande eher als Problem angesehen wird, denn als Bereicherung und Chance für einen interkulturellen Austausch.⁴⁷ Sie setzt sich seit Jahren für eine Vereinfachung der Einbürgerung ein und fordert eine Quotenregelung für die Zuwanderung. Ihrer Meinung nach ist Deutschland faktisch ein Einwanderungsland, deswegen müsse die Zuwanderung durch je nach Wirtschaftslage veränderbare Quoten gesteuert werden. Weiterhin setzt sie sich für einen offenen Arbeitsmarkt ein, der anerkannten Flüchtlingen und ausländischen Familiennachzüglern die Möglichkeit der legalen Arbeitsaufnahme ermöglicht und sie nicht von Sozialleistungen abhängig macht. „Arbeit haben wir genug. Wir haben nur zu wenig legale Arbeitsplätze.“⁴⁸ So setzt sie sich für eine Legalisierung eines Teils der Arbeiten im informellen Sektor ein, um den Zuwanderern eine Möglichkeit zum unabhängigen Existenzaufbau zu geben.

⁴⁶ Zitiert nach: ebd.

⁴⁷ Vgl.: Der Tagesspiegel, 19.1.1998.

⁴⁸ Zitiert nach: ebd.

In die öffentlichen Diskussionen schalten sich natürlich immer wieder auch andere Parteien und Nicht-Regierungsorganisationen ein, die sich aktiv für die Belange von Ausländern einsetzen und so eine bedeutende Lobbyarbeit leisten, wie beispielsweise der Polnische Sozialrat und dessen 'Zentrale Anlaufstelle für Pendler aus Osteuropa' (ZAPO), die 'Forschungsgesellschaft Flucht und Migration' oder der Verein 'Süd Ost Europa Kultur e.V.'. Erwähnen sollte man in diesem Zusammenhang auch die unzähligen, selbstorganisierten Interessenvertretungen, die kirchlichen Ausländerbeauftragten und Initiativgruppen, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften, sowie die jüdische Gemeinde in Berlin. Ihre Aktivitäten stellen einen wichtigen Gegenpol zur Berliner Senatpolitik dar.

4 Nationale und europaweite Ausländerpolitik

Das Ausländerrecht ist bekanntlich Bundesangelegenheit, ebenso wird ein Großteil der Politik im Zusammenhang mit Zuwanderung auf Bundesebene gemacht. Zudem werden viele der neueren Bestimmungen im Zuge der europäischen Integration einzig im Rahmen der EU vereinbart. Diese national wie europaweit geltenden Bestimmungen und politischen Handlungen wirken sich auch auf die Berliner Ausländerpolitik aus, so dass die wichtigsten im folgenden kurz zusammengefasst werden.

Deutschlandweit kann von einer aktiven Ausländerpolitik insofern gesprochen werden, als dass die Bundesregierung im Dilemma zwischen der Realität der Wanderungsbewegungen und dem politischen Anspruch der Abschottung nach außen Versuche unternommen hat, dem erwarteten Wanderungsdruck aus MOE mittels einer „Kanalisierung durch gesteuerte, befristete und begrenzte Zulassung“ zu begegnen.⁴⁹ Dies zeigen die Abkommen mit den Nachbarländern in Osteuropa über die Werkverträge, die Visabestimmungen und die Erleichterungen der aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen für Investoren aus MOE.

Doch überwiegt auch auf Bundesebene die Einstellung, Zuwanderung aus MOE mit allen Mitteln verhindern zu wollen. Die CSU argumentiert z.B. mit Kriminalitätsstatistiken, die allerdings ein verfälschtes Bild wiedergeben.⁵⁰ Innenminister Kanther zufolge bedeuten die Wanderungsströme von Illegalen eine „Bedrohung unseres Landes“⁵¹; deshalb fordert er die kompromisslose Abschiebung von kriminellen Ausländern und spricht sich für neue Methoden und Formen der Verbrechensbekämpfung aus.⁵² Dabei handelt es sich jedoch im Wesentlichen um alte Konzepte: Schärfere Gesetze, mehr Polizeikontrollen und Einsatz von Geheimdienst und Bundesgrenzschutz werden verlangt.⁵³

⁴⁹ Vgl.: Fischer 1992.

⁵⁰ So werden u.a. Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht mit in die Statistik einbezogen, die ein Deutscher gar nicht begehen kann und von denen die Bevölkerung eigentlich nicht direkt betroffen ist.

⁵¹ Vgl.: Süddeutsche Zeitung, 30. 3. 1998.

⁵² Der Freistaat Bayern denkt mittlerweile sogar offen darüber nach, künftig unter bestimmten Bedingungen die Eltern von straffälligen ausländischen Jugendlichen mit auszuweisen.

⁵³ Die ehemalige Berliner Justizsenatorin, Frau Peschel-Gutzeit (SPD), machte in einem Interview in 'Der Welt' sogar den Vorschlag, kriminelle Ausländer bei ihrer Abschiebung mit einer Markie-

Besonders aktiv zeigt sich außerdem der Bundesgrenzschutz an den deutschen Außengrenzen zu Osteuropa, wo seit Anfang der neunziger Jahre mit modernster Technik und mehreren tausend Beamten versucht wird, die 'grüne Grenze' zu bewachen.⁵⁴ Fragwürdig bleibt, ob mit Hilfe dieser Abschottungspolitik die Ost-West-Migration wirklich dauerhaft verringert werden kann und ob die aufkommenden Kosten bei der Ursachenbekämpfung von Migration nicht bessere Verwendung finden würden.

Hinzu kommen eine ganze Reihe von gesamteuropäischen Regulierungen im Zusammenhang mit Ost-West-Emigrationsbewegungen. Die bedeutendsten dieser Abkommen sind das 'Schengener Abkommen', das die unterschiedlichen nationalen Asylgesetzgebungen in wesentlichen Punkten angleicht⁵⁵ und das 'Dubliner Übereinkommen', welches die Kriterien festschreibt, anhand derer entschieden werden kann, welcher Staat für die Prüfung eines in einem Mitgliedsstaat gestellten Asylantrags zuständig ist.⁵⁶ Diese Abschottungspolitik von Seiten der EU hat laut Peter Gauweiler „die schlimmsten Entwicklungen noch verhindert“, da die Grenzen der Aufnahmefähigkeit erreicht seien.⁵⁷

5 Probleme der Ausländerpolitik

Trotz dieser Versuche auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene der Zuwanderung aus MOE Herr zu werden, wird deutlich, dass es an ganzheitlichen Konzeptionen mangelt, die auch die strukturellen Ursachen von Migration berücksichtigen und diese bekämpfen. Repressive Maßnahmen gegen die Zuwanderer haben in Wahlkampfzeiten Konjunktur; es herrschen Leitbilder, die Berlin als Dreh- und Angelpunkt der ‚Organisierten Kriminalität‘⁵⁸ und als Drehscheibe der illegalen Zuwande-

rung zu versehen, die einige Zeit auf der Haut bleibt und nur mit einer bestimmten Technik an der Grenze sichtbar gemacht werden könnte.

⁵⁴ Nach Angaben des Landeskriminalamtes Berlin kommen bis zu 80% der illegalen Einwanderer in das Gebiet der Europäischen Union über die polnisch/tschechisch-deutsche Grenze, was auch die hohe Zahl an illegalen Zuwanderern in Berlin erklären könnte.

⁵⁵ Zentral an dem Vertragswerk ist die Einführung des Visumzwangs für die wichtigsten Herkunftsländer außereuropäischer Flüchtlinge. Ohne ein gültiges Visum können Flüchtlinge bereits an der Grenze zu einem der Unterzeichnerstaaten des 'Schengener Abkommens' zurückgewiesen werden. Des Weiteren dürfen Asylbewerber nur in einem Land Asyl beantragen und können nach den Bestimmungen in 'sichere Drittländer', über die sie eingereist sind, wieder abgeschoben werden, zu denen alle osteuropäischen Nachbarstaaten gehören, (vgl.; Hentges 1992)

⁵⁶ Danach ist jener Staat verantwortlich, der dem Asylbewerber eine zum Zeitpunkt der Antragstellung noch gültige Aufenthaltserlaubnis erteilt oder der dem Asylbewerber ein gültiges (Transit-) Visum ausgestellt hat. Hat der Asylbewerber die Grenze eines Mitgliedstaates illegal überschritten, so ist das Land für die Prüfung des Antrags zuständig, mit dem der illegale Zuwanderer zuerst 'Bodenkontakt' hatte. (Vgl. ebd.)

⁵⁷ Vgl.: WELT am SONNTAG: 5. 7. 1998.

⁵⁸ Unserer Meinung nach ist der Begriff ‚Organisierte Kriminalität‘ in seiner Bedeutung unklar und in seiner Benutzung quasi willkürlich. Gerade in der Berliner Debatte scheint der Begriff fast ausnahmslos ausländische, mafiose Strukturen zu beschreiben. Nach Meinung von Kritikern ist die Tatsache, dass der Begriff ‚Organisierte Kriminalität‘ häufig auf die ‚Unterwelt‘ beschränkt bleibt einer der Gründe, warum eine konstruktiv-kritische Diskussion auf diesem Gebiet nicht zustande kommt. Es geht nicht allein um Zuhälter oder Schutzgelderpresser; vielmehr besteht die eigentliche Gefahr darin, dass eine immer stärkere ‚Verfälschung‘ von Unternehmensbossen mit Teilen der Administration und Politik zu beobachten sei und es im Zusammenspiel dieser Akteure zu illega-

rung in das Gebiet der EU ansehen und deswegen ein schärferes Vorgehen gegen Ausländer nach dem Prinzip der „law and order“-Politik für legitim halten.

Ein anderes Problem ist die Behauptung konservativer Kräfte, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei und auch nicht werden wolle. Und das, obwohl kein Land in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg so viele Menschen dauerhaft aufgenommen hat wie die Bundesrepublik Deutschland⁵⁹ und Artikel 73 des Grundgesetzes klar von der Gesetzgebungskompetenz des Bundes auf dem Gebiet der 'Einwanderung' spricht.⁶⁰ Doch sind alle Versuche, eine umfassende Einwanderungs- und Integrationspolitik auf den Weg zu bringen, gescheitert.

Dem Integrationsgedanken steht zudem eine zunehmende Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung gegenüber. Ausländer werden schnell zu Sündenböcken von gesellschaftlichen Problemen oder Krisensituationen gemacht. Diese Verunsicherung wird gerade heute verstärkt bzw. sogar ausgelöst durch polemische Äußerungen von Seiten einiger Politiker. Den Medien kommt dabei häufig eine unterstützende, manchmal aber auch initiierende Rolle zu. So verwundert es auch nicht, dass MOE in der kollektiven Wahrnehmung nicht als Chance, sondern als Bedrohung angesehen wird.

Auch die Vision einer 'Festung Europa', welche sich nach außen hin gegen Migration abschottet, verlagert lediglich das Problem von Deutschland in die osteuropäischen Nachbarstaaten, die jetzt schon mit einer starken Zunahme der Einwanderung konfrontiert sind. Zudem weisen selbst Wirtschaftsinstitute und Bevölkerungsanalysen darauf hin, daß Deutschland in den nächsten Jahren auf weitere Zuwanderung angewiesen sein wird, um auftretende Lücken auf dem Arbeitsmarkt zu füllen.⁶¹

6 Denkbare Verbesserungsvorschläge

Kritik an der gegenwärtigen Ausländerpolitik wird von vielen Seiten geäußert; eine häufig genannte Lösung vieler Probleme wäre die Einführung eines Einwanderungsgesetzes. Die Quoten sollten je nach Wirtschaftslage veränderbar sein und Bandbreiten festgelegt werden, um so flexibel auf unerwartete Situationen reagieren zu können.⁶² Auch wenn die Quotenregelung sicherlich nicht das Problem der 'Illegalität' lösen würde, wäre sie für Zuwanderer berechenbarer und klarer als die derzeitigen undurchsichtigen Vorschriften; zudem wäre eine rechtliche Situation geschaffen, die

len Geschäften komme, die, wie der Waffenhandel oder die Umgehung von Umweltschutzgesetzen mit großer krimineller Energie betrieben werden. Mafiöse Strukturen sind meist international, und so scheint eine Reduzierung auf kriminelle Vietnamesen, Russen oder Albaner dem Problem nicht gerecht zu werden.

⁵⁹ Vgl.: Winkler 1992, 80.

⁶⁰ Vgl.: Meier-Braun 1995.

⁶¹ Vgl. Nuscheier 1995, 197ff; bei diesen Lücken handelt es sich im Wesentlichen um Niedriglohnjobs, die von der deutschen Bevölkerung nicht ausgeführt werden. Die in diesem Zusammenhang interessanten Fragen um den Sozialstaat und den „Standort Deutschland“ können hier nicht näher beleuchtet werden.

⁶² Vgl.: Barbara John im Interview: Der Tagesspiegel, 19.1.1998.

ihnen einen dauerhaften Aufenthalt, und somit eine Perspektive für die Zukunft ermöglichen würde.⁶³

Ein Einwanderungsgesetz hätte - auch wenn es fraglich bleibt, ob es der Problematik der Migration gerecht wird - sicherlich eine Signalwirkung für die Integrationspolitik. Die Ableitung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts aus dem Abstammungsprinzip („Recht des Blutes“) wäre damit noch untragbarer, als sie es heute ohnehin schon ist. Die Gewährung von Bürgerrechten an Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben oder begründen wollen, darf nicht länger von ihrer ethnischen Abstammung abhängig gemacht werden. Integration kann freilich nicht allein durch die Erteilung von staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten erreicht werden, aber sie sind eine notwendige Grundlage.

Gleichzeitig wäre damit eine andere Diskussion beendet, die seit Jahren umstritten geführt wird: die Gewährung des kommunalen Wahlrechts.⁶⁴ Da die doppelte Staatsbürgerschaft aus Koalitionszwängen bis zum Regierungswechsel nicht durchsetzbar war, stellt die Forderung nach dem kommunalen Wahlrecht für viele ausländische Menschen in Deutschland weiterhin den ersten Schritt in Richtung staatsbürgerliche Rechte dar. Das Bundesverfassungsgericht stützte jedoch in seinem Urteil vom 31. Oktober 1990 die ablehnende Haltung der Bundesregierung mit dem Rückgriff auf eben jenen „Volksbegriff“, der dem Staatsangehörigkeitsrecht zugrunde liegt. „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ (Art.20, Abs.2 Satz 1 GG), unter dem „Volk“ sei aber nur das deutsche „Staatsvolk“ zu verstehen.⁶⁵

Mit der Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft würde ein großer Teil der ausländischen Bevölkerung nicht länger eine Neben- oder untergeordnete Rolle in dieser Gesellschaft spielen. Notwendig wäre weiterhin eine Überarbeitung und Vereinfachung des Ausländerrechts, damit es für Zuwanderer (welcher Art auch immer) transparenter wird und somit eine Grundlage für die Gestaltung von Lebensperspektiven darstellt. Desgleichen muss es „eingebettet sein in ein tragfähiges, wirtschafts-, sozial- und kulturpolitisches, mithin im weitesten Sinne gesellschaftspolitisches Gesamtkonzept einer Politik für Migration, Integration und Minderheiten.“⁶⁶ Für Einwanderungs- und Eingliederungsprozesse, bzw. für die verschiedenen Arten des Zusammenlebens müsste eine differenzierte, gestufte und flexible Gesamtkonzeption entwickelt werden.

Grundlegend für eine solche Konzeption ist die Achtung der kulturellen Unterschiede, ohne dass dabei deren potentielle Konflikthaftigkeit unterschätzt werden darf und

⁶³ Offen bleibt aber, nach welchen Kriterien die Einwanderer ausgewählt werden würden; Barbara John will beispielsweise nur „beruflich gut qualifizierte und wirtschaftlich starke Zuwanderer“ aufnehmen. Das sind allerdings die wenigsten der osteuropäischen Migranten. Es bestünde somit die Gefahr der Selektion nach einzig ökonomischen Kriterien.

⁶⁴ Vgl. Nuscheier 1995, 211 ff.

⁶⁵ Bedenklich stimmt die Tatsache, daß das Urteil u.a. damit begründet wurde, daß „Wahlen, bei denen auch Ausländer wahlberechtigt sind, (...) demokratische Legitimation nicht vermitteln“ könnten.

⁶⁶ Vgl.: Bade 1992.

Multikulturalismus mit „Entdeutschung“ gleichgesetzt wird oder Integration als Assimilation falsch verstanden wird, in der Immigranten zu Objekten von Erziehungsprogrammen und damit zu „Menschen mit Defiziten“ degradiert werden.⁶⁷

Politiker aller Parteien fordern von den Ausländern häufig mehr Bereitschaft zur Integration. Diese Forderung wird allerdings nicht ergänzt durch ausreichende Integrationsangebote, denn diese kosten Geld und bedürfen eines politischen Willens, der in Berlin immer öfter Sparzwängen zum Opfer fällt. Weiterhin gibt es keine Senatsstelle, die der Aufgabe gerecht wird, eine umfassende und einheitliche Migrations- und Integrationspolitik zu koordinieren. Damit bleiben verschiedene Aufgaben und Kompetenzen, die das Leben der ausländischen Bevölkerung betreffen, auf mehrere Senatsstellen verteilt. Auf der Ebene der Bezirke und Nicht-Regierungsorganisationen bestehen zwar viele Konzepte und positive Ansätze, die aber zur Verwirklichung oder zum Weiterbestehen finanzielle Unterstützung benötigen. Hierfür kann stellvertretend die Forderung der Bezirksbürgermeisterin von Berlin-Schöneberg zitiert werden: „Statt geschichtslose Parolen von sich zu geben und eine Innenstadtkonferenz nach der anderen anzusetzen, sollten besser die Initiativen von Bezirken, Vereinen und Organisationen unterstützt werden, die sich das multikulturelle Zusammenleben auf die Fahnen geschrieben haben.“⁶⁸

Berlin könnte zudem die Lebensbedingungen für Zuwanderer verbessern, indem jeder Stadtteil die Stelle einer Ausländerbeauftragten besetzen müsste und die Beratungsleistungen für Ausländer dadurch erweitert werden würden.

Im Rahmen der europäischen Integration müssen längerfristig Ausländer-, Asyl- und Integrationspolitik ohnehin angeglichen werden. Im Zuge dieser Angleichung müsste das Recht auf Asyl erweitert und zweifelhafte „Drittstaaten“- , „sichere Herkunftsländer“- und Visumsregelungen nochmals überarbeitet werden, welche das Problem nicht lösen, sondern es einzig verlagern. Zusätzlich muß tatsächlich politisch Verfolgten die legale Einreise in die Bundesrepublik ermöglicht werden, was durch „Schengen II“ äußerst schwierig geworden ist.⁶⁹ Zwischen den EU-Staaten müßte eine Art Lastenausgleich hergestellt werden, um die Hauptzielländer zu entlasten und dem Versuch einzelner Staaten vorzubeugen, sich durch besonders restriktive Maßnahmen von Aufnahmekosten zu entlasten.

Tatsache ist, dass Lösungsansätze zu ausländer-, zuwanderungs- und integrationspolitischen Fragen eine der dringendsten gesellschaftspolitischen Zukunftsaufgaben darstellen. Die Diskussion darüber wird allzu oft aus ideologischen und machtpolitischen Motiven auf einer falschen Ebene geführt. Es wäre wünschenswert, daß die

⁶⁷ Vgl.: Mahrad, Mahrad 1995.

⁶⁸ Zitiert nach Elisabeth Ziemer, in Berliner Zeitung, 8. 6. 1998.

⁶⁹ Die u.a. mit Polen, Tschechien und Ungarn beschlossene „Drittstaatenregelung“ verlegt die EU-Außengrenzen nach Osten und weist diesen Ländern die Rolle eines „Migrations-Auffangbeckens im östlichen Mittelmeerraum“ zu. Die Staaten erhalten als Gegenleistung erhebliche finanzielle Subsidien. (vgl. Nuscheier 1995, 257).

Wissenschaft in die Diskussion häufiger eingreift, um dem Bedarf an empirischer und wissenschaftlicher Arbeit auf diesem Gebiet gerecht zu werden.

Literaturverzeichnis

Altwater, Elmar; Brunnengräber, Achim; Haake, Markus; Walk, Heike (Hg.)(1997): Vernetzt und verstrickt: Nicht-Regierungs-Organisationen als gesellschaftliche Produktivkraft, Münster.

Antoschevskaja, Galina (1996), Das Nilpferd oder russische Regisseure auf dem westeuropäischen Markt, in: *JournalFilm*, 30, 51.

Bade, Klaus (1992), Ausländer, Aussiedler, Asyl in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn

Beck, Ulrich (1997), Was ist Globalisierung?: Irrtümer des Globalismus- Antworten auf Globalisierung, Frankfurt/Main.

Berliner Absatzorganisation- BAO Berlin (1997), Ost- West- Kompetenz in Berlin - Der Wegweiser, Berlin

Borgelt, Hans (1979), Filmstadt Berlin, Berlin.

Brandlmeier, Thomas (1995), Brillanten und Brillantine - Exilrussen und Filmrussen, in: Bock, Hans-Michael (Hg.), *Fantaisies Russes - Russische Filmemacher in Berlin und Paris 1920 -1930*, München.

Burchard, Amory; Duwidowitsch, Ljudmila (1994), Das russische Berlin, Ausländerbeauftragte des Senates (Hg.), Berlin.

Darieva, Tsypylma (1997), Unsere Heimat ist die russische Sprache, in R. Amann; v. Neumann-Cosel (Hg.), Berlin. Eine Stadt im Zeichen der Migration, Berlin

Darieva, Tsypylma; Schütte, Georg (1997), Exkurs: Evropacentr - eine Zeitung in Berlin. In I. Oswald/V. Voronkov (Hg.): *Post-sowjetische Ethnizitäten: Ethnische Gemeinden in St. Petersburg und Berlin/Potsdam*, Berlin

EU - Phare (1996), Katalog - „baltic sea partenariat 1996“, Gdynia

Europäische Kommission (1997), Phare/Tacis: Was sind Joint Venture Programme?

Galle, Birgit: Verstockte Reaktion und konzentriertes Herz: Ein Austausch mit viel Volumen: 7.Festival des jungen osteuropäischen Films in Cottbus, in: *Berliner Zeitung* 19.11.1997.

Garbay, Pierre (1998), Support to Filmfestivals, in: *Eurofilmfest*, 2, 6.

Gregor, Ulrich; Klejmann, Naum (1995), Deutscher und sowjetischer Film: Ein Dialog beider Filmkulturen, in: Antonowa, Irina; Merkert, Jörn (Hg.), Berlin - Moskau 1900 - 1950, München.

Grieve, Judith (1998), European Film festivals and the PECOs, in: *Euroßlmfest*, 2, 1.

Habel, F.BB. (1995), Berlin, Leinwand für Osteuropa, in: *Film und Fernsehen*, 2"3, 126.

Horkheimers, Max (1953), Rede anlässlich der Immatrikulationsfeier am 11.5.1953, in: *diskus4/1953*

IHK (1996), Das IHK- Firmenpool- Konzept, Berlin

Institut für Internationale Politik (1992), Ost-West-Migration in Europa: Ursachen, Auswirkungen und Regulierungsformen von Migrations- und Fluchtbewegungen in Europa, Wuppertal

ISA Consult (Hg.)(1997), Evaluation des Phare und Tacis Demokratieprogramms 1992-1997, European Institute, Sussex University GJW Europe, Brighton, Hamburg.

Köm, Thomas (1998), Ehrgeizige Pläne: Mediacity Adlersdorf, in: *M - Menschen machen Medien*, 3, 8.

Kom, Thomas (1998), Internationale Großprojekte nach Babelsberg - High Tech Center Babelsberg und andere Pläne, in: *M-Menschen machen Medien*, 4, 31.

Kriedemann, Teresa (1996), Anno Zero: Sarajevo im Jahre Null, in: *epdFilm*, 11,12.

Mahrad, Christa; Mahrad, Ahmad (1995), Immigration und Fremdenfeindlichkeit in Europa, in: *Politik und Zeitgeschichte*, 48, November

Martenstein, Harald (1995), Ein Paradies, aber nur im Dunkeln. ö.Folge der Reihe „Geistiger Standort Berlin“, in: *Der Tagesspiegel*, 09.02.1995.

Meier-Braun, Karl-Heinz (1995), 40 Jahre „Gastarbeiter“ und Ausländerpolitik in Deutschland in: *Politik und Zeitgeschichte*, B35/95, August

Nach dem Imperium. Rundtischgespräch über Probleme des Films in der Marktwirtschaft (1995), in: *Film und Fernsehen*, 2, 3,15.

Nuscheier, Franz (1995), Internationale Migration, Flucht und Asyl, Opladen Osteuropa-Institut der FU-Berlin (Hg.), Berliner Osteuropa Info (BOI), Nr. 10/1998.

Otto, Daniel (1995), Die Filmindustrie Europas retten! Wengeroff, Stinnes und das „Europäische Filmsyndikat“, in: Bock, Hans-Michael (Hg.), *Fantaisies Russes - Russische Filmemacher in Berlin und Paris 1920 -1930*, München, 59-77.

Rother, Hans-Jörg (1997), Die sechste dokumentART in Neubrandenburg - zwei Seiten der gleichen Zeit, in: *Film und Fernsehen*, 5, 6, 95-97.

Rüb, Matthias (1996), Ohne Heldenrabatt - erfreulich normal: Sarajevos zweites Filmfestival, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23.02.1996.

Rust, Roland (1997) Der weite Weg zur Normalität, in: *Der Tagespiegel*, 27.09.1997

Rust, Roland (1997), Geleitwort zum Festival des Osteuropäischen Films Cottbus 1997, in: *Katalog zum Festival des Osteuropäischen Films Cottbus 1997*, Cottbus.

Salovzova, Maria (1996), Das ungeschriebene Tagebuch: Bemerkungen über Filmemacher, Filmstudios, den Staat und Geld vor dem Hintergrund von 100 Jahren Film, in: *JournalFilm*, 30,41-43.

Schlöndorf, Volker (1994), in: Presse- und Informationsamt des Landes Berlin (Hg.), Kommunikations- und Medienstandort Berlin/Brandenburg; in: *Berliner Gespräche*, 3. Berlin, 64

Schmid, Klaus-Peter: Blick gen Osten. Berlin will wieder zur Drehscheibe für den Handel mit Mittel- und Osteuropa werden, in: *Die Zeit*, 8.4.1998, 29.

Schroeder, Elisabeth (Hg.) (1996), Partnerschaftsprojekte: Förderprogramme für kommunale und regionale Kooperation in West- und Osteuropa. MdEP. Die Grünen im Europäischen Parlament, Potsdam- Brüssel, 6/1996.

Senatsverwaltung für Arbeit, Berufliche Bildung und Frauen (1996), Arbeitsmarktbericht 1995, Berlin

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (1995), Migration Berlin: Zuwanderung, gesellschaftliche Probleme, politische Ansätze, Berlin

Sesselmeier, W.; Blauermel, G. (1990), Arbeitsmarkttheorien. Ein Überblick, Heidelberg

Shepotinnik, Peter (1992), With perestroika, without Tarkovsky, in: Lawton, Anna (Hg.), *The red screen - politics, society, art in Soviet cinema*; London, 331-340.

Siemons, Mark: Die entsicherte Stadt. Alles ordnungsgemäß übergeben, aber das Ende ist offen: Die russischen Truppen verlassen Berlin; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31.08.1994.

Standke, Klaus-Heinrich (1998), Zur Ost-West-Kompetenz Berlins: Versuch einer Diagnose, Internationale Akademie Schloss Baruth, Baruther Schriften Nr. 9, Berlin.

Stark, David (1995), Das Alte im Neuen. Institutionenwandel in Osteuropa, in: *Transit*, 9

Sundhausen, Holm (Hg.) (1998), Was ist Osteuropa?, in: *Interdisziplinäre Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin*, Nr. 1/98.

Walcher, Gesa (1997), Funktionsbestimmungen des Dritten Sektors: Einige theoretische Betrachtungen, in: *Arbeitspapiere des Osteuropa- Instituts der Freien Universität Berlin*, Nr. 14.

Widermann, Körner, Schinder, Wimmer (Hg.) (1997), *Fremdenrecht Praxiskommentar*, Wien

Wie kann man einen Dinosaurier wieder beleben? Der russische Film im Spiegel der internationalen Festivalpolitik (1995), Ein Rundtischgespräch; in: *Film und Fernsehen*, 2,5,98-114

Wirtschaftsstandort Wien (1996), *Servicehandbuch des WWFF*, Wien

Wirtschaftsuniversität Wien und die Deutsche Handelskammer in Österreich (1996), *Ostkompetenz Österreichs in der EU*, Wien

Aktuelle Artikel ausfolgenden Tageszeitungen:

Berliner Morgenpost

Berliner Zeitung

Der Tagesspiegel

Die Welt

Die Welt am Sonntag

Süddeutsche Zeitung

taz

Folgende Arbeitspapiere sind bisher erschienen:

1997

Nr. 1

Klaus Segbers, Transformationen in Osteuropa: Handreichungen aus politikwissenschaftlicher Sicht (2. Auflage)

Nr. 2

Christoph Zürcher, Krieg und Frieden in Tschetschenien: Ursachen, Symbole, Interessen (vergriffen)

Nr. 3

Simone Schwanitz, Transformationsforschung: *Area Studies* versus Politikwissenschaft? Plädoyer für einen akteurstheoretischen Ansatz

Nr. 4

Holger Schulze, Neo-Institutionalismus: Ein analytisches Instrumentarium zur Erklärung gesellschaftlicher Transformationsprozesse

Nr. 5

Stefanie Harter, Wirtschaftliche Transformation in Rußland: Ein Netzwerkansatz

Nr. 6

Dietmar Müller, Regionalisierung des postsowjetischen Raumes

Nr. 7

Elke Fein; Sven Matzke, Zivilgesellschaft: Konzept und Bedeutung für die Transformationen in Osteuropa

Nr. 8

Gunnar Wälzholz, Nationalismus in der Sowjetunion: Entstehungsbedingungen und Bedeutung nationaler Eliten

Nr. 9

Lars Jochimsen, Russifizierung von Windows 95 (incl. Programme auf 2 Disketten, 10.-)

Nr. 10

Elke Siehl, Pfadabhängigkeit und Privatisierung in Osteuropa. Die institutionenökonomische Perspektive

Nr. 11

Klaus Segbers, Transformations in Russia, A neoinstitutional interpretation

Nr. 12

Sergej Medvedev, Democracy, Federalism and Representation: Russian elections in retrospect

Nr. 13

Claudia Schmedt, Die Rolle des Dritten Sektors in Russland: Eine empirische Analyse

Nr. 14

Gesa Walcher, Funktionsbestimmungen des Dritten Sektors: Theoretische Erklärungsansätze

1998

Nr. 15

Klaus Segbers, Sowjeterbe und Globalisierung: Triebkräfte des nachsowjetischen Wandels

Nr. 16

Christoph Zürcher, Aus der Ostmoderne in die Postmoderne. Zum Wandel in der Früheren Sowjetunion

Nr. 18

Klaus Segbers (Hg.), Transformationstheorien konkret: Wandel in der Ukraine, Belarus und Russland

Nr. 19

Klaus Segbers (Hg.), Ost-West-Kompetenz als Ressource für Berlin?

Im Erscheinen:

Nr. 17

Gerd Herzog, Schwäche als Stärke? Bargaining im RGW

Nr. 20

Peter Born, Sektorale Akteure und Finanz-Industrie-Gruppen in Russland

Nr. 21

Graham Stack, The Tragedy and Coniedy of Regionalisation in Russia

Die Arbeitspapiere erscheinen in unregelmäßiger Folge und können gegen eine Schutzgebühr von DM 5. bezogen werden bei:

Osteuropa-Institut, Arbeitsschwerpunkt Politik, Garystr. 55, 14195 Berlin

Tel.: ++49 30 838 4058 Fax: ++49 30 838 3616 email: osifub@zedat.fu-berlin.de